

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

64. Jahrgang · 24–26/2014 · 10. Juni 2014



Aufbruch '89

Angela Siebold

1989 – eine Zäsur von globaler Reichweite?

Aron Buzogány

25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie
und Ernüchterung

Stefan Troebst

Das andere 1989: Balkanische Antithesen

Axel Schildt

Politischer Aufbruch auch im Westen Deutschlands?

Thomas Lindenberger

Ist die DDR ausgeforscht?
Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick

Bernd Lindner

Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution.
Eine Spurensuche

Alexander Kraus · Christoph Lorke

Vor dem Aufbruch. 1988 als vergessenes Jahr

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

Editorial

Das historische Jahr 1989 beginnt in Polen: Trotz Kriegsrechts und des Verbots der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność muss sich die kommunistische Staatspartei dem Druck der Streikbewegung beugen. Am 6. Februar nimmt sie am „Runden Tisch“ Gespräche mit der Opposition auf, nach zwei Monaten ist der Weg frei für die erste nichtkommunistische Regierung Polens nach dem Zweiten Weltkrieg. In Ungarn, wo bereits seit 1987 unabhängige Parteien zugelassen sind, tritt im April das Politbüro geschlossen zurück. In der DDR decken Bürgerrechtler nach der Kommunalwahl am 7. Mai massive Fälschungen des offiziellen Wahlergebnisses auf. Wenig später beginnt die Öffnung des Eisernen Vorhangs an der ungarisch-österreichischen Grenze. Die heute als „singende“, „friedliche“ und „samtene“ Revolutionen bekannten Umbrüche nehmen ihren Lauf.

So löst sich vor 25 Jahren die nach Kriegsende entstandene bipolare Weltordnung weitgehend friedlich auf. Dem Ende der kommunistischen Parteidiktaturen im östlichen Teil Europas folgt ein euphorischer Aufbruch der ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten zu Demokratie, Marktwirtschaft und europäischer Integration. Von 1989 als dem „Jahr der Wunder“ (Timothy Garton Ash) ist damals die Rede, ja gar vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama).

Deutschland steht mit der Friedlichen Revolution in der DDR, dem Fall der Berliner Mauer und seiner Wiedervereinigung ein knappes Jahr später an zentraler Stelle dieser Erzählung des Epochenjahres 1989. Doch gibt es auch Entwicklungen und Ereignisse, die dem gängigen Narrativ vom „Aufbruch ’89“ widersprechen – man blicke nur auf den Balkan, wo der langwierige und blutige Zerfallsprozess Jugoslawiens begann; nach China, wo die politische Führung mit dem Massaker auf dem Platz des Himmlichen Friedens in Peking die demokratische Reformbewegung im Land brutal niederschlug; oder nach Afghanistan, wo nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer ein Bürgerkrieg begann, der in die Schreckensherrschaft der Taliban mündete.

Anne-Sophie Friedel

1989 – eine Zäsur von globaler Reichweite?

Als Schlussakt des Kalten Krieges gilt das Jahr 1989: Der Runde Tisch in Polen, die „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei, der Fall der Berliner Mauer und der Sturz des rumänischen Diktators Nicolae Ceaușescu sind nur einige Hinweise auf eine dichte Zeit des Wandels. Zur „Zäsur 1989“ werden auch die Reformen unter Michail Gorbatschow, die deutsche Einheit sowie das Ende der Sowjetunion 1991 gezählt. Im Zentrum der 1989er Jahre¹ steht also zunächst eine kurze Zäsur, die den Zeitraum von 1989 bis 1991 zum Schwerpunkt hat.

Angela Siebold

Dr. phil., geb. 1981; akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte und der Professur für Angewandte Geschichtswissenschaft – Public History des Historischen Seminars der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Grabengasse 3–5, 69117 Heidelberg. angela.siebold@zegk.uni-heidelberg.de

Grundlegend hat Martin Sabrow zwischen der zeitgenössischen „Erfahrungszäsur“ einerseits und der retrospektiven, historiografischen „Deutungszäsur“ andererseits unterschieden.² Die erste reflektiert das Verhältnis von geschichtlichem Ereignis und persönlicher Wahrnehmung und bietet Orientierung in Bezug auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die zweite diskutiert Zugänge zum Umgang mit grundlegenden, verdichteten oder beschleunigten Übergängen sowie, in ihrem abschließenden und zugleich eröffnenden Charakter, Perspektiven auf eine sinnvolle Periodisierung von Geschichte. Rückblickend bringen Narrative, also sinnstiftende Interpretationen, die Bedeutung von Zäsuren auf eine Formel. In der Zeitgeschichte ist das besonders deshalb bemerkenswert und schwierig gleichermaßen, da sich hier häufig Erfahrungs- und Deutungszäsuren überschneiden. In dem Bestreben, der „Zäsur 1989“ einen solchen sinnstiften-

den Namen zu geben, haben Wissenschaftler vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama), vom Abschluss des „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Eric Hobsbawm) oder vom „Jahr der Wunder“ (Timothy Garton Ash) gesprochen.

All diese Formulierungen erkennen die Zeit um 1989 als historisch relevante Zäsur an. Ihnen ist überdies gemein, dass sie 1989 vorwiegend als Einschnitt wahrnehmen, der den europäischen Kontinent, eingerahmt von den beiden Großmächten UdSSR und USA, grundlegend veränderte. Während sich Forscherinnen und Forscher mittlerweile zwar zunehmend die Frage stellen, ob die „Zäsur 1989“ denn auch Auswirkungen auf Westeuropa gehabt habe, sind globalgeschichtliche Arbeiten noch immer ein Randphänomen.³ Der Schwerpunkt liegt allerdings auch hier auf dem politikgeschichtlichen Wandel. Kurz gesagt: Die Forschung zu „1989“ ist in ihrer Tendenz häufig noch zu kurzfristig oder räumlich wie thematisch zu reduziert angelegt. Zeit also, sich mit neuen Perspektiven zu beschäftigen und Europa für das Jahr 1989 nicht nur zu historisieren, sondern auch zu „provinzialisieren“?⁴ In Zeiten der Schlagworte „Globalisierung“ und „Globalgeschichte“ ist es nicht nur legitim, sondern dringend ratsam, die Frage zu stellen: Gibt es eine globale Relevanz der „Zäsur 1989“? Und wenn ja, wie kann man sich ihr nähern?

Dabei sollte es nicht darum gehen, eine universell gültige Zäsur zu konstruieren,⁵ deren Ursprung in der altbekannten Vorstellung einer nachholenden Modernisierung nach dem Maßstab eines westlich definierten Ent-

¹ Für den Formulierungsvorschlag in Anlehnung an die „68er Jahre“ danke ich Martin Stallmann.

² Vgl. Martin Sabrow, Zäsuren in der Zeitgeschichte, in: Frank Bösch/Jürgen Danyel (Hrsg.), Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden, Göttingen 2012, S. 107–130, hier: S. 122.

³ Zur globalen Bedeutung des Jahres 1989 sind mittlerweile drei Sammelbände erschienen: Jacques Rupnik (Hrsg.), 1989 as a Political World Event. Democracy, Europe and the New International System in the Age of Globalization, London–New York 2014; Susanne Stemmler et al. (Hrsg.), 1989/Globale Geschichten, Göttingen 2009; George Lawson et al. (Hrsg.), The Global 1989. Continuity and Change in World Politics, New York 2010.

⁴ Dipesh Chakrabarty, Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton 2000.

⁵ Vgl. M. Sabrow (Anm. 2), S. 122.

wicklungsparadigmas liegt.⁶ Auch kann es kein Ziel sein, allein mit der räumlich weiten Quantität bedeutsamer Ereignisse die Globalität einer Zäsur zu begründen. Stattdessen versteht sich die globalgeschichtliche Perspektive als „Ansatz, der die synchrone, aber polyzentrische Verflechtung verschiedener Modernen in den Mittelpunkt rückt“⁷ und dabei die Dominanz der nationalen Kategorie zu überwinden sucht. Ist die „Zäsur 1989“ also eine „Schlusszene, die die nationale wie globale Geschichte neu justierte“?⁸ Im folgenden Beitrag konzentriere ich mich nicht auf mögliche Wandlungsursachen, sondern auf 1989 als Ausgangspunkt für Veränderungen von möglicherweise globaler Reichweite. Drei Fragen sollen dabei im Vordergrund stehen: Was passierte in der Welt um 1989 (Ereignisse)? Wie lassen sich diese Ereignisse im Rahmen der „Zäsur 1989“ deuten (Narrative)? Und: Inwiefern lassen sich hier globale Wechselwirkungen in den Blick nehmen (Perspektiven)?

Jahr der Polyvalenz

Zu den prominentesten Ereignissen außerhalb Europas um das Jahr 1989 zählen sicherlich die Freilassung Nelson Mandelas aus seiner fast drei Jahrzehnte andauernden Haft und das verkündete Ende der Apartheid in Südafrika, aber auch das Massaker an studentischen Demonstrantinnen und Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking. In China stärkte die Führung der kommunistischen Partei ihren Einfluss in der Folge der Ereignisse von Tian’anmen.⁹ In Afrika kam es dagegen zu Unabhängigkeiten (Namibia) und zum Truppenabzug (Angola). Sierra Leone allerdings, Algerien, Liberia oder Ruanda belasteten in den Folgejahren teils unerwartete Gewaltausbrüche.

⁶ Vgl. William H. McNeill, *Argumente für Weltgeschichte* (1982), in: Fritz Stern/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Moderne Historiker. Klassische Texte von Voltaire bis zur Gegenwart*, München 2011, S. 479–506, hier: S. 497.

⁷ Matthias Middell, *Erinnerung an die Globalisierung? Die Portale der Globalisierung als lieux de mémoire: Ein Versuch*, in: Kirstin Buchinger et al. (Hrsg.), *Europäische Erinnerungsräume*, Frankfurt/M.–New York 2009, S. 297–308, hier: S. 304.

⁸ M. Sabrow (Anm. 2), S. 126.

⁹ Vgl. Jean-Philippe Béja, *China and the End of Socialism in Europe: A Godsend for the Beijing Communists*, in: J. Rupnik (Anm. 3), S. 220.

Diese Beispiele zeigen bereits die Uneinheitlichkeit der globalen Entwicklungen auf. Deutlich wird dies auch mit Blick auf Mittel- und Südamerika:¹⁰ Der gewaltvolle *Caracazo*-Aufstand in Venezuela und der US-amerikanische Militäreinsatz in Panama standen den ersten freien Wahlen in Chile nach Jahrzehnten der Diktatur und dem Ende des Contra-Krieges in Nicaragua gegenüber. Ein Militärputsch entmachtete den paraguayischen Diktator Alfredo Stroessner, wohingegen der argentinische Präsident Raúl Alfonsín aufgrund von Inflation und Wirtschaftskrise zurücktrat.

So auch in anderen Weltregionen: Auf den Abzug der sowjetischen Truppen in Afghanistan folgte keine Befriedung, sondern innere Konflikte sowie „ein Ringen zwischen den Nachbarstaaten um Einfluss und Vorherrschaft“,¹¹ wie etwa von Iran, Pakistan oder Usbekistan. Das militärische Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten machte aus der vom Westen zunächst wenig beachteten südlichen Peripherie der ehemaligen Sowjetunion mittlerweile ein globales Konfliktzentrum. Die Destabilisierung der Region wurde durch den Aufstieg der Taliban, durch die Gründung von *al-Qaida* und nicht zuletzt durch den Kaschmir-Aufstand verstärkt. Pakistans Zukunft stand im Zeichen der neuen Premierministerin Benazir Bhutto und die des Irans unter dem Eindruck des Todes von Staatsoberhaupt Ruhollah Khomeini, als 1990 in dessen Nachbarland Irak der zweite Golfkrieg ausbrach.

Deutungen der „Zäsur 1989“

1989 war ein Jahr der Bewegung, aber auch eines der Widersprüche. Der Blick über den Rand Europas hinaus zeigt die Komplexität dieser Zeit. Narrative wie das der „demokratischen Revolution“¹² dagegen sind eingängig – ihre Anziehungskraft ist groß und ihre Übernahme als globale Meistererzählung für die „Zäsur 1989“ verlockend. Wie aber verhalten sich solche gefestigten Deutungen, die

¹⁰ Vgl. Wilfried Röhrich, *Die politischen Systeme der Welt*, München 2001², S. 63.

¹¹ Faheem Dashty, *Afghanistan – eine Geschichte* (nicht nur) von 1989, in: S. Stemmler (Anm. 3), S. 242.

¹² Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 19–53.

vom Ende der bipolaren Weltordnung und offener Grenzen über Demokratisierung, Liberalisierung und Globalisierung bis hin zur Vorstellung eines friedlichen Umbruchs reichen, zu Entwicklungen außerhalb Europas?

Nach dem Ende des Kalten Krieges entstanden zunächst euphorische Erwartungen an eine neue Weltordnung. Deutlich machte dies der US-amerikanische Präsident George Bush, der 1990 vor den Vereinten Nationen seine Vision von einer freien Welt verkündete.¹³ Gleichzeitig wurden Stimmen laut, die von einer unipolaren Weltordnung unter der nun einzig verbliebenen Supermacht, den Vereinigten Staaten, sprachen. Die Vereinigung Europas – in der Folgezeit sogar unter dem Dach der gerade gegründeten Europäischen Union (EU) – sowie die weltweiten politischen und ökonomischen Transformationen nach westlichem Modell verstärkten das Bild einer globalen Vereinheitlichung. Wie bereits jenes der zweigeteilten Welt eine Reduktion der zeitgenössischen Wirklichkeit darstellte, so entwickelte sich aus diesem Erfahrungsraum heraus ein an dieser Zweiteilung ausgerichtetes Erwartungshorizont.¹⁴ Das bedeutete freilich nicht, dass nun ein Ganzes entstand: Gerade weil die Umbrüche um 1989 so unerwartet kamen, führte das in der Folge auch zu Verunsicherungen. Was häufig unter dem Schlagwort der Liberalisierung zusammengefasst wurde – Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, Marktwirtschaft und demokratischer Pluralismus – überforderte viele gerade aufgrund der Offenheit der neuen Situation. Der Politikwissenschaftler John Mearsheimer kündigte bereits 1990 an, dass wir die Gewissheiten des Kalten Krieges bald vermissen würden.¹⁵ Das „Verunsicherungspotential“,¹⁶ das die „Zäsur 1989“ in sich trug, zeigte sich rasch nach dem Abschwellen der ersten Begeisterung über die demokratischen Erhe-

¹³ Vgl. U.S. Department of State, Address to the United Nations General Assembly by President George H. W. Bush, 1.10.1990, www.state.gov/p/io/potusunga/207268.htm (20.5.2014).

¹⁴ Vgl. Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeit*, Frankfurt/M. 1989, S. 349–375, hier: S. 352.

¹⁵ Vgl. John J. Mearsheimer, *Why We Will Soon Miss the Cold War*, in: *The Atlantic Monthly*, 266 (1990) 2, S. 35–50.

¹⁶ A. Wirsching (Anm. 12), S. 54.

bungen und ließ die neue Weltordnung als „chaotic disorder“¹⁷ erscheinen. Rasch wurde deutlich, dass man nun mit noch nicht abzusehenden Dynamiken umzugehen hatte. Neue Zentren und neue Peripherien entstanden, andere rückten nun, da die Vorstellung einer zweigeteilten Welt sie nicht mehr überdeckte, wieder ins Blickfeld.

Im Bewusstsein über die Offenheit der Situation zeigte sich rasch das Bedürfnis nach neuen Definitionen und Grenzziehungen in der Welt. Diese vollzogen sich – parallel zur Umsetzung der Freizügigkeit innerhalb Europas – in zweierlei Hinsicht: Erstens entstanden neue Zäune und Mauern,¹⁸ vor allem entlang der EU-Außengrenze sowie zwischen den USA und Mexiko. Gemeinsam mit einer protektionistischen Handels- und Migrationspolitik erschufen sie *gated communities*, in welchen sich die wohlhabenden Industriestaaten vor ökonomischen, sozialen und politischen Bedrohungen der restlichen Welt zu schützen versuchten.¹⁹ Infolge dessen verschoben sich auch globale Fluchtwege,²⁰ was wiederum Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Migration und Fremdheit in Transitstaaten und Aufnahmegesellschaften hatte. Alte Mauern blieben überdies bestehen: Korea ist bis heute – trotz des 1991 geschlossenen Nichtangriffspaktes – ein geteiltes Land, und auch dem Nahostkonflikt verschaffte das Ende des Kalten Krieges keine neuen Lösungswege. Zweitens verstärkten sich durch den Wegfall der kommunistischen Alternative weltweit kulturelle Grenz Wahrnehmungen: Der Historiker Frank Bösch diagnostizierte bereits für die späten 1970er Jahre eine „Rückkehr der Religion“²¹ auch in ihrer

¹⁷ Ivan T. Berend, *Europe Since 1980*, Cambridge u. a. 2010, S. 42.

¹⁸ Vgl. Edgar Wolfrum, *Die Mauer. Geschichte einer Teilung*, München 2009, S. 158–162.

¹⁹ Vgl. Henk van Houtum/Roos Pijpers, *Towards a Gated Community*, in: *Eurozine* vom 12.1.2005, www.eurozine.com/articles/2005-01-12-houtumpijpers-en.pdf (20.5.2014).

²⁰ Vgl. unter anderem Cedric Audebert/Nelly Robin, *L'externalisation des frontières des „Nords“ dans les eaux des „Suds“*. L'exemple des dispositifs frontaliers américains et européens visant au contrôle de l'émigration caribéenne et subsaharienne, in: *Cultures & Conflits*, (2009) 73, S. 35–51.

²¹ Frank Bösch, *Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979*, in: *Zeithistorische Forschungen*, 9 (2012) 1, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Boesch-1-2012 (21.4.2014), Textabschnitt 10.

politischen Bedeutung; nun avancierte der Islam ab den frühen 1990er Jahren – gestützt durch die einprägsame Formel vom „Clash of Civilizations“ (Samuel Huntington) – zur vermeintlichen Gegenideologie einer sich als frei und demokratisch verstehenden westlichen Welt. Diskussionen um den Universalismus der Menschenrechte trafen auf kulturellrelativistische Positionen. Gleichzeitig mit der Hinwendung verschiedener afrikanischer Staaten, etwa Sudans oder Somalias,²² zum politischen Islam, begaben sich der „alte Westen“ und das „neue Europa“ nach 1989 auf die Suche nach einer kulturellen und religiösen Identität,²³ die im Innern integrierend und nach außen abgrenzend wirken sollte. Der Anschlag auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 verfestigte diese neue Weltenteilung weiter, die auch als westliche Suche nach einem neuen Antagonisten gedeutet werden kann.

Nach dem Ende der Sowjetunion schlug sich der weltweite Aufstieg des Neoliberalismus zum obersten ökonomischen Prinzip auf allen Kontinenten nieder. Der Sieg der „freien Welt“ eröffnete politisch-moralisch legitimierte Handlungsstrategien zum Ausbau des Kapitalismus und seiner Ausweitung besonders auf die südlichen Weltregionen. Gestärkt wurde dies beispielsweise im Washington Consensus, der 1990 in Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WHO) und der US-Regierung die ökonomische Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung in Ländern vorgab, deren Wirtschaft vornehmlich durch ihre Schuldenlast gebremst war.²⁴ Die „Vorstellung von einer anderen Gesellschaft“, so erklärte der Historiker François Furet mit Blick auf den Bedeutungsverlust des Kommunismus, sei nach der Zäsur 1989 „praktisch undenkbar geworden“.²⁵ Die Folgen dieser Anpassungspolitik dagegen sind hoch umstritten;²⁶ die

weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen der vergangenen Jahre führen außerdem zur Sorge um einen Legitimationsverlust demokratischer Ordnungen. Solche Entwicklungen verdeutlichten auch das Spannungsverhältnis von nationaler Wirtschaftspolitik und globalisierten Märkten. Bereits vor der „Zäsur 1989“ bestehende Prozesse erfuhren so eine Beschleunigung, Ausweitung oder größere Sichtbarkeit und der Begriff der „Globalisierung“ eine neue Schubkraft.²⁷ Globale Herausforderungen wie etwa der Klimawandel oder die Knappheit der Ressourcen, aber auch grenzüberschreitende Dynamiken der Massenkultur, des Konsums oder der Kommunikation erhielten eine neue räumliche Dimension. Dennoch sollte die Bedeutung der „Zäsur 1989“ hier nicht überbewertet werden: Während seit den späten 1970er Jahren verschiedene solcher Trends transnational wirkten und „die beschleunigte ‚Globalisierung‘ verstärkt wahrnehmbar machten“,²⁸ entstanden nach 1989 vor allem neue Räume und Akteure, die aber wiederum regional-spezifische und teils gegenläufige Dynamiken provozierten.

1989 war ein Jahr der Demokratisierung und Redemokratisierung – aber wie und nach welchem Vorbild? Um 1989 setzten weltweit vielschichtige Reformprozesse ein, doch anstatt eines Modells nach westlich-liberalem Vorbild erwachsen verschiedene Demokratietypen. Ihr qualitativer Gehalt ließ sich nicht allein an freien Wahlen festmachen. Diktaturen vererbten häufig Elitennetzwerke und Korruption. Dabei entstanden „hybride Regime“, die kompetitiv ausgelegt, aber von autoritärer Grundstruktur gezeichnet waren. Statt zu einer flächendeckenden Demokratisierungswelle kam es zudem auch zu Destabilisierungen in scheinbar gefestigten Regionen.²⁹ In einigen afrikanischen Staaten gingen Demokratisierungsprozesse mit einer Stärkung der sozialen Ungleichheit unter dem Deckmantel einer Re-Traditionalisierung einher.³⁰ Zuletzt verstärkten sich die bereits vorhandenen Diskussionen im Zuge des „Arabischen Frühlings“ um die Frage,

²² Vgl. Manthia Diawara, Afrika und der Fall der Berliner Mauer, in: S. Stemmler (Anm. 3), S. 209.

²³ Vgl. A. Wirsching (Anm. 12), S. 365.

²⁴ Vgl. Jacques Rupnik, The World After 1989 and the Exhaustion of Three Cycles, in: ders. (Anm. 3), S. 17.

²⁵ François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 625.

²⁶ Zur Diskussion vgl. Saskia Sassen, The Return of Primitive Accumulation, in: G. Lawson (Anm. 3), S. 51–75.

²⁷ Vgl. Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, Geschichte der Globalisierung. Dimensionen – Prozesse – Epochen, München 2003, S. 7–10.

²⁸ F. Bösch (Anm. 21), Textabschnitt 2.

²⁹ Vgl. J. Rupnik (Anm. 24), S. 14f.

³⁰ Vgl. Richard Banégas: ‚Tropical Democracy‘, in: J. Rupnik (Anm. 3), S. 108.

ob Demokratisierungen, die nicht mit einer „Verwestlichung“ einhergingen, erfolgreich sein könnten. Angesichts dieser Entwicklungen und neuer daraus entstehender Spannungen sprach der US-amerikanische Politikberater Robert Kagan bereits 2008 in Abgrenzung zu Fukuyamas These von einem „Return of History“^{F1} und der Journalist Josef Joffe jüngst von einer „Rückkehr der Autoritären“^{F2} nach dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ von 1989.

Die auf den weitgehend gewaltfreien Systemwechseln Mittel- und Osteuropas beruhende Vorstellung der friedlichen „Zäsur 1989“ trifft von allen dominierenden Narrativen am wenigsten zu, wenn man den Blick räumlich wie zeitlich weitet. Das Ende des Kommunismus bedeutete kein Ende der Gewalt. Belege hierfür finden sich bereits in Europa – vom gewaltsamen Diktatorensturz in Rumänien und den Jugoslawienkriegen, den Anschlägen der IRA in England oder rassistisch motivierten Gewalttaten im gerade vereinten Deutschland bis hin zum Tschetschenienkrieg in den 1990er Jahren. Über die genannten Bürgerkriege und militärischen Interventionen außerhalb Europas hinaus wäre es zudem lohnenswert, mögliche strukturelle Zusammenhänge zwischen neuen Formen der Zwangsmigration (Menschenhandel, Prostitution) und dem Fall des Eisernen Vorhangs zu untersuchen.

Perspektiven und Zugänge

Globale Phänomene sind weder homogen, noch müssen sie „die ganze Welt flächendeckend erfassen“^{F3}, sondern sie entstehen in Wechselwirkung lokaler Prozesse und ihrer überregionalen Vernetzung. Hier gilt es also zunächst, einige Einschränkungen vorzunehmen: Bereits bestehende Prozesse der Technologisierung, der ökonomischen Globalisierung oder der Massenkommunikation

^{F1} Robert Kagan, *The Return of History and the End of Dreams*, London 2008.

^{F2} Josef Joffe, *Die Rückkehr der Autoritären*, 24.4.2014, www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/autoritaer-vorbild-demokratie (24.5.2014).

^{F3} Charles Bright/Michael Geyer, *Globalgeschichte und die Einheit der Welt im 20. Jahrhundert*, in: Sebastian Conrad et al. (Hrsg.), *Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen*, Frankfurt/M. 2007, S. 53–80, hier: S. 78.

verstärkten sich teilweise durch die „Zäsur 1989“, teilweise vergrößerten sie ihren Wirkungsradius oder erfuhren eine neue Interpretation. Reformprozesse – wie etwa in Polen, der UdSSR, aber auch die *transición* in Südamerika hatten zudem schon deutlich vor 1989 begonnen. In manchen dieser Länder waren zudem innere Spannungen ausschlaggebender als überregionale Vernetzungen.^{F4} Andere Regionen waren kaum oder gar nicht von der „Zäsur 1989“ betroffen.^{F5} Auch stellt sich die Frage, ob imperiale Ordnungen nach 1989 nicht eher Kontinuitäten als Brüche aufzeigten,^{F6} oder inwiefern Gegentendenzen zu Globalisierungsprozessen aufkamen. Aus welchen Perspektiven heraus ließe sich also ein „globales 1989“ untersuchen?

Ein möglicher Zugang sind direkte Bezugnahmen, die etwa verstärkend oder legitimierend wirkten. So erleichterte das Ende des Kalten Krieges dem südafrikanischen Präsidenten Frederik Willem de Klerk, sich dem ANC und Nelson Mandela zu öffnen. Für den Historiker Andreas Eckert stellte die Entlassung Mandelas im Februar 1990 einen „Moment von globaler Bedeutung“^{F7} dar – das Ende des Kalten Krieges sei aber nur einer der Faktoren für den Wandel des südafrikanischen Regimes und weniger bedeutend als etwa der Soweto-Aufstand von 1976 gewesen. Mandelas Freiheit wurde allerdings weltweit wahrgenommen, und es wäre lohnenswert zu untersuchen, inwiefern Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen in anderen Regionen hiervon inspiriert wurden. Die Bedeutung des Massakers von Tian’anmen im Juni 1989 für die SED-Führung und die Oppositionsbewegung in der DDR hat Bernd Schäfer aufgezeigt. Demnach trug die Wahrnehmung der „chinesischen Lösung“ zu Solidaritätsaktionen und „zur weiteren Delegitimierung

^{F4} Vgl. Katja Naumann/Michael Mann, 1989 in a Global Perspective. International Conference, Leipzig 14.–16.10.2009 (Tagungsbericht), <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2976> (20.5.2014).

^{F5} Vgl. George Lawson, Introduction: the ‚What‘, ‚When‘ and ‚Where‘ of the Global 1989, in: ders. (Anm. 3), S. 17; M. Sabrow (Anm. 2), S. 123.

^{F6} Unter anderem diskutiert bei: Partha Chatterjee, *Empire After Globalization*, in: Stephen Howe (Hrsg.), *The New Imperial Histories Reader*, London 2010, S. 448–460.

^{F7} Andreas Eckert, *Das Ende der Apartheid in Südafrika als globaler Moment*, in: S. Stemmler (Anm. 3), S. 217.

der amtierenden DDR-Führung“^{f38} bei. Bezüge werden überdies immer wieder zwischen der deutschen und der koreanischen Teilungsgeschichte diskutiert und dienen dem Erfahrungsaustausch wie auch der geschichtspolitischen Selbstpositionierung.^{f39} War auch der Kaschmir-Aufstand im Wissen um die Ereignisse in Berlin oder Rumänien motiviert? Der Journalist Muzamil Jaleel bezeichnete die *Line of Control* zwischen Indien und Pakistan als „so etwas wie de(n) Eiserne(n) Vorhang des südlichen Asien“^{f40}; hier wie auch in China seien die Fernsehbilder aus Europa 1989 verfolgt worden. Es kann also möglich gewesen sein, dass über weite Entfernungen hinweg „das Bewusstsein der Zeitgenossen, einen epochalen Umschwung zu erleben, selbst zum Katalysator des Wandels“^{f41} wurde und die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa wie auch das retrospektive Herstellen solcher Vergleiche das Selbstverständnis in anderen Weltregionen beeinflussten.

Ein weiteres Beispiel stellt der Umgang mit postdiktatorischen und postkommunistischen Vergangenheiten, im Austausch besonders zwischen Südamerika, Afrika und Europa seit den späten 1980er Jahren, dar. Unterschiedliche Umgangsweisen mit Diktaturerfahrungen, beispielsweise durch die Bildung von Wahrheitskommissionen, dienten als transnationale Referenzpunkte in der globalen Entwicklung der *transitional justice*.^{f42} Daraus folgte auch eine wechselseitige Beeinflussung nationaler vergangenheitspolitischer Diskurse. Hier eröffnete das Ende des Kalten Krieges auch Handlungsspielräume. Das zeigte sich

^{f38} Bernd Schäfer, Die DDR und die „chinesische Lösung“. Gewalt in der Volksrepublik China im Sommer 1989, in: Martin Sabrow (Hrsg.), 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen 2012, S. 153–172, hier: S. 158.

^{f39} So beispielsweise die Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur „Unüberwindbar? Vom Umgang mit der Teilung in Korea“ am 19. 10. 2009 in Berlin.

^{f40} Muzamil Jaleel, Eine blutende Wunde – Kaschmir seit 1989, in: S. Stemmler (Anm. 3), S. 257f.; zu China vgl. Yang Lian: Was haben wir aus dem Sterben gelernt?, in: ebd., S. 131.

^{f41} Manfred Berg, Der 11. September 2001 – eine historische Zäsur?, in: Zeithistorische Forschungen, 8 (2011) 3, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Berg-3-2011 (20. 5. 2014), Textabschnitt 1.

^{f42} Vgl. Anne K. Krüger, Transitional Justice. Ein Forschungsbericht; in: Jahrbuch für Politik und Geschichte, (2013) 4, S. 237–258.

ebenfalls im neuen Selbstverständnis der Vereinten Nationen, als Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die historische Chance nutzte und in seiner „Agenda für den Frieden“ 1992 mit dem Argument des überwundenen Kalten Krieges „die absolute und exklusive Souveränität“ von Staaten für beendet erklärte.^{f43}

Trotz solcher direkter Bezugnahmen wäre es verkürzt zu behaupten, der Fall der Berliner Mauer habe direkt oder gar ursächlich zu signifikanten weltweiten Veränderungen geführt. Stattdessen gilt es, indirekte und langfristige Wechselwirkungen in den Blick zu nehmen, die bis heute präsent sein können.^{f44} Wenn man sich also einem „globalen 1989“ nähern möchte, so bietet es sich an, die Zäsur nicht als punktuellen Einschnitt, sondern als langen Übergang zu begreifen,^{f45} der auch Abweichungen und nicht beabsichtigte Folgen mit sich brachte. Der Historiker Karl Schlögel hat das Jahr 1989 als „Marke“ beschrieben, „um die herum ein spezifischer historischer Raum zusammenbrach und sich ein ganz neuer zu bilden begann“.^{f46} Dazu gehörte beispielsweise die Verschiebung geopolitischer Interessen der westlichen Industriestaaten an den im Kalten Krieg umkämpften Einflussphären und eine Neuorientierung der dort gelegenen Staaten jenseits der Kategorien von „West“ und „Ost“. Das Ausspielen von west-östlichen Konfliktlinien in Afrika endete, und damit wandelte sich auch das Verhalten der betroffenen Staaten gegen-

^{f43} Vereinte Nationen, Agenda für den Frieden. Vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung und Friedenssicherung. Bericht des Generalsekretärs gemäß der am 31. Januar 1992 von dem Gipfeltreffen des Sicherheitsrats verabschiedeten Erklärung, S. 5, www.un.org/Depts/german/friesi/afried/a47277-s24111.pdf (20. 5. 2014).

^{f44} So betonen auch Timothy Garton Ash und Eckart Conze, dass die „Zäsur 1989“ bis heute nicht abgeschlossen sei. Vgl. Timothy Garton Ash, Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000–2010, München 2010, S. 86; Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 748.

^{f45} Zur „Zäsur 1989“ als langem Transformationsprozess in Europa vgl. Philipp Ther, Das „neue Europa“ seit 1989. Überlegungen zu einer Geschichte der Transformationszeit, in: Zeithistorische Forschungen, 6 (2009) 1, www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208898/Default.aspx (20. 5. 2014).

^{f46} Karl Schlögel, Kartenlesen, Raumdenken. Von einer Erneuerung der Geschichtsschreibung, in: Merkur, 56 (2001) 4, S. 308–318, hier: S. 311.

über der „westlichen Welt“. Das chinesische Engagement in Afrika und auf der arabischen Halbinsel beeinflusst mittlerweile auch die europäische Politik in diesen Regionen. Ziele, Strategien und Handlungsfelder internationaler Bündnisse wie der NATO mussten neu verhandelt werden. Solche wie auch die oben genannten politischen und ökonomischen Reformen nach der „Zäsur 1989“ sollten verstärkt unter dem Aspekt der globalen Vernetzung in den Blick genommen werden. Sie stehen nicht zuletzt im Spannungsfeld der Beständigkeit von *mental maps*, also wahrgenommener Welt- und Raumordnungen. So zeigt sich 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs: Der Kalte Krieg prägt noch immer Weltvorstellungen und Argumentationsmuster, was aktuell durch die Diskussionen um die Position der Ukraine zwischen Europäischer Union und Russland deutlich wird.

1989 als Moment der Irritation

Die zeitgenössischen Erwartungen an eine gemeinsame, freie Welt stellten sich nach 1989 rasch als Illusion heraus. Festzustellen bleibt: „The post-1989 world has left us ambiguous legacies and no master narratives.“⁴⁷ Wie aber hat sich die Welt nach 1989 entwickelt? Die Meinungen sind eher kritisch: Im globalen Maßstab habe seit 1989 – trotz aller Veränderungen von regional unterschiedlicher Tiefe und Tragweite – das Kontinuierliche gegenüber qualitativen Veränderungen überwogen.⁴⁸ Wenn jedoch weltweite Tendenzen festgestellt werden, überwiegt der skeptische Blick: Aus der Demokratisierungswelle seien eine demokratische Legitimationskrise und der Aufstieg autoritärer Regime, aus der Globalisierung der Märkte eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden; der Vereinigung Europas stehen mittlerweile neue Bedrohungen gegenüber.⁴⁹

Ist dies nun, nachdem sich die Euphorie und der Optimismus einer nachrevolutionären Zeit gelegt haben, die Zeit der großen Desillusionierung und Enttäuschung? Keinesfalls sollte hier der Rückschluss gezogen werden, alle gegenwärtigen Krisenphänomene seien der „Zäsur 1989“ und den damals verpassten

Chancen zuzuschreiben. Gleichfalls wäre es verfehlt, die gegenwartsnahe Zeitgeschichte im Sinne einer Ausweitung des Krisennarrativs der 1970er Jahre auf die 1990er Jahre zu deuten. Aber skeptische Einschätzungen demonstrieren auch einen nüchternen Blick auf die globalen Entwicklungen des vergangenen Vierteljahrhunderts, der sich von der mitreißenden Kraft der „demokratischen Revolution“ zu distanzieren vermag und das Augenmerk auf komplexe historische Prozesse anstatt auf ein einzelnes Jahr lenkt.

Für eine solche differenzierte Einschätzung bedarf es der Historisierung der „Zäsur 1989“ in ihrem breiten räumlichen, thematischen und zeitlichen Kontext.⁵⁰ Nur so stellt sich die Zäsurgeschichte 1989 mit ihren Kontingenzen, Widersprüchen und Uneindeutigkeiten genau als das dar, was Zeitgeschichte ausmacht: einen komplexen und vieldeutigen Prozess, um dessen Deutung weiterhin gestritten wird. In der zeitgenössischen Erfahrung gerieten 1989 feste Weltbilder ins Wanken. Gerade aufgrund der unerwarteten Beschleunigung und Verdichtung kann die „Zäsur 1989“ aber auch für die Historiografie ein produktives Moment der Irritation darstellen, um vermeintliche Zwangsläufigkeiten und die verlockend klare Zweideutigkeit des Kalten Krieges zu überdenken. 1989 stellte eingeschliffene Wahrnehmungen, feste Grenzziehungen und scheinbare Selbstverständlichkeiten in Frage. Heute bietet die Zäsur die Chance, mehrdeutige Prozesse sichtbar zu machen, das Auftreten neuer Phänomene und Gegenkonzepte in ihren strukturellen Vorbedingungen zu untersuchen und – gerade im globalen Blick – Perspektiven aufzubrechen, ohne sie freilich unter der Sogwirkung der „Zäsur 1989“ zu überdeuten. Erkenntnisse solcher Untersuchungen könnten wiederum positiv auf verfestigte nationale und europäische Sichtweisen rückwirken und neue Fragen an eine Zäsur stellen, die noch lange nicht „ausgeforscht“ ist – weder in Europa noch darüber hinaus.

⁴⁷ J. Rupnik (Anm. 24), S. 23.

⁴⁸ Vgl. G. Lawson (Anm. 35), S. 19.

⁴⁹ Vgl. J. Rupnik (Anm. 24), S. 8f.

⁵⁰ Vgl. Marcus Böick/Angela Siebold, Die Jüngste als Sorgenkind? Plädoyer für eine jüngste Zeitgeschichte als Varianz- und Kontextgeschichte von Übergängen, in: Deutschland Archiv, 44 (2011) 1, S. 105–113, hier: S. 110ff.

Aron Buzogány

25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung

Ähnlich wie die Umbruchsjahre 1789 oder 1848 steht das als *annus mirabilis* in die Geschichte eingegangene Jahr 1989 für ein

Aron Buzogány

Dr. rer. pol.; wissenschaftlicher Assistent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin, Arbeitsstelle Politisches System der BRD, Ihnestr. 22, 14195 Berlin. buzogany@zedat.fu-berlin.de

Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. In dieser Zäsur verdichtet sich symbolisch das Ende sowohl des Kalten Krieges als auch der Systemkonkurrenz zwischen West und Ost, zwischen Demokratie und Autoritarismus,

zwischen Kapitalismus und Kommunismus.¹ Die Aufhebung der Systemgrenzen – am stärksten versinnbildlicht durch den Berliner Mauerfall – steht für die Wiedervereinigung nicht nur der zwei deutschen Staaten, sondern auch des zweigeteilten europäischen Kontinents. Es waren Ereignisse in der Sowjetunion, hier vor allem der durch die Perestroika Michail Gorbatschows ermöglichte politische Frühling, aber auch die Reformbewegungen und friedlichen Revolutionen in Mitteleuropa, die diesen Neuanfang zur Wirklichkeit machten. 1989 ist ohne den langen Prozess, der zu diesem Umbruch geführt hat, ohne die Aufstände in Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968), die polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Dissidentenbewegungen, die Streikwellen der polnischen Gewerkschaft Solidarność oder die Umweltproteste der 1980er Jahre in Bulgarien und Ungarn kaum in seiner gesamt-europäischen Bedeutung zu verstehen.

Gleichwohl handelte es sich bei den friedlichen Revolutionen in Osteuropa nicht um Revolutionen im herkömmlichen Sinne. Die Forderungen von Dissidenten wie Václav

Havel in der Tschechoslowakei, Adam Michnik in Polen oder György Konrád in Ungarn waren im Grunde „anti-politisch“ (Konrád) und nicht darauf gerichtet, die politische Macht zu erringen. Sie riefen vielmehr nach allgemeinen Menschenrechten, nach einem würdevollen „Leben in der Wahrheit“ (Havel), nach einer „Rückkehr nach Europa“, und hielten die Werte einer von staatlichen Eingriffen freien Zivilgesellschaft hoch.² Das Bemerkenswerte dabei war die nicht-utopische, nicht-ideologische Natur der Forderungen, die im Kern einen Ruf nach Normalität anstelle der Willkür und des Zynismus der sozialistischen Staatsbürokratien enthielten. In diesem Sinn handelte es sich laut Jürgen Habermas um „nachholende Revolutionen“, die keine genuin neuen Ideen hervorgebracht haben, sondern lediglich die Angleichung an die im Westen bereits erkämpften Rechte einforderten.

Gleichzeitig wurden diese vor allem moralischen und philosophischen Forderungen der osteuropäischen Dissidentinnen und Dissidenten im Westen als Wiederentdeckung und Neubelebung des politischen und ökonomischen Liberalismus gefeiert. Bestärkt durch den westlichen Sieg über den implodierenden „real existierenden Sozialismus“ schienen plötzlich die zahlreichen Agonien und Widersprüche der liberalen Demokratie und des Kapitalismus vergessen – der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama ging sogar so weit, das „Ende der Geschichte“ auszurufen und proklamierte die unaufhaltsame globale Ausbreitung von Demokratie und marktwirtschaftlicher Ordnung.

In der Tat bedeutete das Weltereignis 1989 nicht nur das Ende einer Ära, sondern auch den Anfang eines grundlegenden Systemwandels. Die historisch einmalige Aufgabe in den osteuropäischen Staaten bestand darin, Demokratie und Kapitalismus gleichzeitig aufzubauen. In den Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Jugoslawiens kam erschwerend auch noch die Etablierung funktionierender (Natio-

¹ Vgl. Jacques Rupnik (Hrsg.), 1989 as a Political World Event: Democracy, Europe and the New International System in the Age of Globalization, Abington 2013.

² Vgl. Marlies Glasius, Dissident Writings as Political Theory on Civil Society and Democracy, in: Review of International Studies, 38 (2012) 2, S. 343–364.

nal-)Staaten hinzu. Im Gegensatz zu Fukuyama wies der deutsche Soziologe Claus Offe bereits früh auf die ob der ihr immanenten Widersprüche kaum zu meistern Aufgabe hin und sprach von einem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“[¶] der sich widersprechenden Zielsetzungen. 25 Jahre nach dem euphorischen Aufbruch von 1989 soll im Folgenden ein kursorischer Blick auf die Hoffnungen von damals bezüglich des demokratischen Aufbaus, des Übergangs zur Marktwirtschaft und der „Rückkehr nach Europa“ geworfen werden – aber auch auf die fast zwangsläufigen Enttäuschungen und Widersprüche.

Demokratie

Folgt man den in der Demokratieforschung etablierten Indikatoren wie dem Freedom House Index oder dem Bertelsmann Transformation Index, so zeigt sich, dass weder Fukuyamas optimistischer noch Offes pessimistischer Vorhersage uneingeschränkt zugestimmt werden kann. Die nach 1989 einsetzende globale Diffusion liberaler Demokratie und marktwirtschaftlicher Ordnung büßte innerhalb eines Jahrzehnts ihre Kraft ein, in vielen Fällen kam es sogar zu einer „Gegenwelle“ der Stabilisierung autoritärer Herrschaft. Dies trifft auch für Teile der osteuropäischen Region zu. Vor allem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben sich „defekte Demokratien“ und „kompetitive Autoritarismen“^{¶¶} konsolidieren können. Bei allen verbleibenden Unterschieden ist es für diese Staaten charakteristisch, dass dort zwar Wahlen abgehalten werden, es jedoch immer wieder massive Verletzungen politischer und bürgerlicher Rechte seitens der herrschenden Macht gibt.

In den Staaten Ostmitteleuropas dagegen, in denen sich in den 1980er Jahren vielfach Proteste gegen die kommunistischen Machthaber formierten, zeigen dieselben Indikatoren – im Großen und Ganzen – eine erstaunlich schnelle und erfolgreiche demokratische Konsolidierung, deren Qualität und Stabilität sich durchaus an westeuropäischen Demokratien messen

lassen.[¶] In rascher Folge wurden hier neue, demokratische Institutionen ins Leben gerufen, Parteien (wieder-)gegründet, Parlamente gewählt und mit einigem Erfolg daran gearbeitet, die miteinander verwachsenen Strukturen des Einparteienstaates den Bedürfnissen der Mehrparteiendemokratie anzupassen. Eine wichtige Rolle kam dabei den von kommunistischen Systemen unterbelichteten Themen wie der Stärkung der Parlamente, dem Schutz der Individualrechte oder der Etablierung der Gewaltenteilung, beispielsweise durch den Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit, zu.

Trotz der bleibenden Probleme der demokratischen Konsolidierung, auf die noch eingegangen werden soll, können zumindest für die ostmitteleuropäische Region deutliche Erfolge verbucht werden. Besonders sichtbar werden diese Errungenschaften im intratemporalen und intraregionalen Vergleich. Gemessen an historischen Maßstäben drängt sich dabei der Eindruck auf, dass die Ausweitung der Demokratie in diesem Teil Europas als großer Erfolg gewertet werden muss: Bessere Jahre als die zurückliegenden zwei Dekaden hat es in der Region kaum gegeben.^{¶¶} Auch im Vergleich mit Lateinamerika, Asien oder Afrika steht die demokratische Entwicklung Ostmitteleuropas beeindruckend da.

Selbstverständlich verliefen diese Entwicklungen nicht einheitlich. Bereits Mitte der 1990er Jahre kristallisierte sich eine Vorreitergruppe aus Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien heraus. Mit Ausnahme Polens etablierten sich hier bald konsolidierte Parteiensysteme, die für relativ stabile Regierungen sorgten und wichtige Reformen durchsetzen konnten. In den baltischen Staaten, der Slowakei, aber auch in Rumänien und Bulgarien verlief die demokratische Konsolidierung aufgrund ungelöster Minderheitenfragen oder der anhaltenden Vormachtstellung reformunwilliger Eliten mit einiger Verzögerung. Allerdings gab es bis zum Ende des Jahrzehnts auch hier klare Fortschritte, die zumindest teilweise auf den

¶ Claus Offe, *Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa*, in: *Merkur*, 45 (1991) 4, S. 279–292.

¶¶ Steven Levitsky/Lucan Way (Hrsg.), *Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes After the Cold War*, New York 2010.

¶ Vgl. Wolfgang Merkel, *Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 48 (2007) 2, S. 413–433.

¶¶ Vgl. Ekiert, Grzegorz/Daniel Ziblatt, *Democracy in Central and Eastern Europe One Hundred Years On*, in: *East European Politics and Societies*, 27 (2013) 1, S. 90–107.

reformeinhegenden Einfluss der Europäischen Union (EU) zurückgeführt werden können.

Während der institutionelle Rahmen der demokratischen Rechtsordnung erfolgreich eingeführt werden konnte und mehreren Transformationskrisen standhielt, war ein weiteres Versprechen der Dissidenten – die Etablierung einer aktiven Zivilgesellschaft – von weniger Erfolg begleitet. Nach den ersten Jahren hoher politischer Partizipation während der demokratischen Euphorie der frühen 1990er Jahre folgten zwei Jahrzehnte sinkender Teilhabe und auf niedrigem Niveau verbleibender zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Sicherlich stecken hinter diesen Entwicklungen zumindest teilweise die Erbschaften des Staatssozialismus: Nach der faktischen Zwangsmitgliedschaft in der Partei oder der Einheitsgewerkschaft war es mehr als verständlich, dass Parteimitgliedschaften oder das Engagement in Vereinen weit unter dem westeuropäischen Durchschnitt blieben. Zusammen mit der fehlenden gesellschaftlichen Einbindung der politischen Parteien und der kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligung weist diese Entwicklung in Richtung einer stark elitär geprägten Parteidemokratie, die sich immer mehr von ihren eigentlichen Wurzeln entfernt.

Marktwirtschaft

Anders als erwartet schien im ersten Jahrzehnt nach dem Systemwechsel die Etablierung der Marktwirtschaft in Osteuropa keineswegs im Widerspruch zur demokratischen Entwicklung zu stehen – vielmehr bestärkten sich beide Prozesse. Wie schon bei der Konsolidierung des demokratischen Institutionenrahmens wiesen insbesondere die ostmitteleuropäischen Länder schnelle Fortschritte bei der Etablierung marktwirtschaftlicher Reformen auf. Vieles basierte dabei auf Imitation: Es wurden keine Experimente des „Dritten Weges“ gewagt, sondern die neoliberalen Reformen des Washington Consensus bereitwillig aufgenommen, dessen Zielsetzungen – weniger Staat, mehr Markt – sich als passende Lösung für den Umgang mit den staatssozialistischen Erblasten anbot. Trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen waren die oft ressourcenreicheren Nachfolgestaaten der Sowjetunion bei der Umsetzung solcher Reformen weit weniger erfolgreich. Nicht nur die Etablierung demokratischer Spielregeln,

auch die wirtschaftliche Transformation verlief hier ungleich konfliktreicher und führte oft erst zur Stabilisierung, nachdem der Staat oder ihm nahestehende Oligarchengruppen ihre Macht ausbauen konnten.

Aber auch in den Staaten Ostmitteleuropas kann man trotz der vielfach bestehenden strukturellen Analogien kaum von einer Homogenisierung der sich herausbildenden Institutionen sprechen. Vielmehr haben sich verschiedene regionale „Spielarten des Kapitalismus“⁷ etabliert. Allen gemeinsam sind die starke Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen und die enge Verzahnung über Lieferketten mit westeuropäischen Staaten. Bedeutende Unterschiede gibt es vor allem bei der sozialen Einbettung der Produktionsregime und dem Mehrwert der hergestellten Erzeugnisse. So kam es insbesondere in den vier Visegrád-Staaten Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn sowie in Slowenien zur Herausbildung stark exportorientierter Industriesegmente, welche diese Länder zur „verlängerten Werkbank“ westeuropäischer, teilweise aber auch asiatischer Hersteller machten.

Nach dem dramatischen Einbruch der Wirtschaftsproduktion Anfang der 1990er Jahre sind die gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtseffekte der wirtschaftlichen Entwicklung in den zurückliegenden 25 Jahren in Ostmitteleuropa kaum zu übersehen. Die früher üblichen Pferdekarren sind von den Straßen verschwunden, die Innenstädte wirken herausgeputzt. Betrachtet man nur die acht Länder aus der ersten EU-Beitrittswelle 2004, haben diese zwischen 1993 und 2012 ihre Wirtschaftsleistung durchschnittlich von 41 Prozent des EU-Durchschnitts auf 61 Prozent gesteigert.⁸ Insbesondere im Baltikum, in Polen und der Slowakei kam es zu hohen Wachstumszuwächsen. Die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Staaten, etwa in der Tschechischen Republik, in Ungarn oder Slowenien, startete von einem deutlich höheren Niveau, stieg aber auch sehr viel langsamer an.

Allerdings sagen diese Zahlen nichts über die sozialen Kosten der ökonomischen Transformation aus. Zum einen führte der Wandel

⁷ Dorothee Bohle/Béla Greskovits, *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*, Ithaca 2012.

⁸ Vgl. Thomas Kaiser, *Das hat die Ost-Erweiterung der EU gebracht*, in: *Die Welt* vom 1.5.2014.

für Teile der strukturell benachteiligten Bevölkerung in die Armut. Zu den Transformationsverlierern gehören oft Menschen mit niedrigem Ausbildungsniveau, die sich nicht mehr an die Herausforderungen anpassen konnten, ältere Menschen oder Gruppen wie die Roma, die nach der Auflösung der Staatsbetriebe in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden und wegen starker Diskriminierung nur schlecht Fuß fassen konnten. Zum anderen ist die Ungleichheit in den früher stark egalitären Gesellschaften überall deutlich angestiegen. Auch trotz absoluter Wohlstandsgewinne führt das relative Empfinden einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu Frustration.

Reformanker EU

Ein zentraler Grund für die erfolgreiche doppelte Konsolidierung von Demokratie und Kapitalismus in den Ländern Ostmitteleuropas liegt in einem Faktor, der in Offes These vom „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ noch außen vor blieb: die Rolle externer Akteure, insbesondere der EU.[¶] Zwar waren die Forderungen der osteuropäischen Dissidenten nach einer Wiedervereinigung des Kontinents und einer Rückkehr ihrer Länder nach Europa eher philosophischer Natur und bezogen sich auf eine vielfach idealisierte Wertegemeinschaft. Doch entfaltete dieser Traum, materialisiert durch Beitrittsversprechen sowie die Beitrittskonditionalität der EU, eine politische Bindekraft, die sich als beispiellos erfolgreicher Reformanker erwies.

Anders als bei der Aufnahme der südeuropäischen Staaten Spanien, Portugal und Griechenland bestand die EU diesmal auf harte Kriterien, bevor sie den elf osteuropäischen Staaten sowie Malta und Zypern ein Beitrittsversprechen machte. Die Kopenhagener Beitrittskriterien der EU umfassten – mehr oder weniger – konkrete Vorstellungen über das Vorhandensein von Demokratie und einer funktionierenden Marktwirtschaft in den Beitrittsstaaten. Hinzu kam das Acquis-Kriterium, also die Verpflichtung, europäische Gesetzesmaterien bereits vor dem Beitritt in die nationale Legislation zu überführen. Anders als in den postsowjetischen und postjugoslawischen Staaten, wo dieser Faktor fehlte, hat die Beitrittskonditionalität der „transfor-

mativen Macht“ EU dafür gesorgt, dass auch in sensiblen Bereichen, wie etwa bei der Frage von Minderheitenrechten, Erfolge erzielt werden konnten und Reformhindernisse mit dem Verweis auf das übergeordnete Ziel des Beitritts ausgeräumt werden konnten.^{¶¹⁰}

In vielen Mitgliedsstaaten wurde die „Big-Bang“-Erweiterung der EU kritisch beäugt. Zehn Jahre nach dem Beitritt der ersten Gruppe osteuropäischer Staaten zur EU im Mai 2004 muss jedoch festgestellt werden, dass die meisten Befürchtungen nicht eingetreten sind. Weder ist die Entscheidungsfindung in den europäischen Gremien durch größere Abstimmungszwänge blockiert, noch gibt es allzu auffällige Probleme bei der Einhaltung europäischer Gesetzgebung. Fünf der elf Beitrittsstaaten haben schon eine EU-Ratspräsidentschaft absolviert (Slowenien, Ungarn, Tschechien, Polen, Litauen), vier haben den Euro eingeführt (Slowenien, Slowakei, Estland, Lettland). Auch die vielfach befürchtete große Migrationswelle aus dem Osten blieb aus, gleichzeitig konnten Firmen aus den alten Mitgliedsstaaten von den zunehmenden Ausfuhr- und den günstigeren Produktionsbedingungen in Osteuropa profitieren.

Gleichwohl gibt es eine Reihe von Ermüdungserscheinungen, die darauf hindeuten, dass die transformative Macht der EU im Reformprozess vor allem auf die Vorbeitrittsphase beschränkt blieb. Die europäische Währungs- und Finanzkrise verdeutlichte, welche Gefahren eng miteinander verschränkte Märkte mit sich bringen können: Die baltischen Staaten gingen durch eine tiefe Rezession, Slowenien befand sich am Rand des Bankrotts. Und sowohl in Ungarn als auch in Rumänien kam es zu institutionellen Veränderungen, durch welche das etablierte Gleichgewicht der Gewaltenteilung gehörig ins Wanken geriet. Zwar kritisierten das Europäische Parlament, die Kommission und die meisten Mitgliedsländer diese Änderungen als undemokratisch, dennoch waren die betroffenen Staaten nur teilweise zur Aufgabe ihrer Positionen bereit.^{¶¹¹}

^{¶¹⁰} Vgl. Frank Schimmelfennig/Uli Sedelmeier, *The Europeanization of Central and Eastern Europe*, Ithaca 2005.

^{¶¹¹} Vgl. Uli Sedelmeier, *Anchoring Democracy from Above? The European Union and Democratic Backsliding in Hungary and Romania after Accession*, in: *Journal of Common Market Studies*, 52 (2014) 1, S. 105–121.

[¶] Vgl. W. Merkel (Anm. 5).

Nach der Euphorie die Ernüchterung?

Das zehnjährige Jubiläum der EU-Osterweiterung wurde von keiner großen Jubiläumsfeier begleitet. Obwohl das eine Reihe von Maßzahlen nahelegen würde, werden in den meisten Staaten Ostmitteleuropas weder die EU-Mitgliedschaft noch die eigenen Errungenschaften in den Bereichen Demokratie und Marktwirtschaft als besonders positiv gewertet. Umfassende Umfragedaten aus der Life in Transition Survey (LiTS) der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung aus dem Jahr 2010 zeigen, dass in der gesamten postsowjetischen Region die Demokratie als erwünschte Herrschaftsform nur noch etwa von knapp über der Hälfte der Bevölkerung genannt wird.¹² Noch niedriger war mit 34,9 Prozent die Unterstützung für die marktwirtschaftliche Ordnung. Im Vergleich zu den hohen Zustimmungswerten zum Wechsel zu Demokratie und Kapitalismus Anfang der 1990er Jahre haben sich diese Werte eindeutig verschlechtert. Zudem zeigt der intraregionale Vergleich, dass sich insbesondere in den demokratischeren und wirtschaftlich erfolgreicher Staaten Ostmitteleuropas mit den politischen und ökonomischen Krisen, die vor allem mit der globalen Finanzkrise explizit wurden, die öffentliche Meinung gegen marktwirtschaftliche Reformen gewendet hat. Bei marktwirtschaftlichen Nachzüglern, etwa in Zentralasien, ist die Erwünschtheit von Demokratie dagegen um einiges höher.

Welche Gründe könnte es für diese Unzufriedenheit mit dem seit 1989 Erreichten in Osteuropa geben? Mikrodaten aus der LiTS machen deutlich, dass nicht nur die absolute Armut, sondern auch das relative Armutsempfinden von großen Teilen der Bevölkerung zur Enttäuschung über den „real existierenden Kapitalismus“ beitragen.¹³ Offensichtlich führt die Enttäuschung über die neue, aber unsichere Ordnung zur Vertrauenserosion und zu einer Nostalgie für die Sicherheit der alten Ordnung. Bemerkenswert

¹² Vgl. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Life in Transition Survey (LiTS) II, London 2011, www.ebrd.com/pages/research/publications/special/transitionII.shtml (15. 5. 2014).

¹³ Vgl. Pauline Grosjean et al., Learning, Political Attitudes and Crises: Lessons From Transition Countries, in: Journal of Comparative Economics, 41 (2013) 2, S. 490–505.

dabei ist aber auch, dass die Unterstützung von Demokratie und Kapitalismus bei jüngeren Alterskohorten, die keine Erinnerungen an das alte System haben, deutlich höher ausfällt. Hinzu kommt, dass die Legitimität des Systemwechsels vor mehr als zwei Jahrzehnten in Frage gestellt wird, da die politischen Eliten der kommunistischen Vorgängerregime ihre Position oft erfolgreich in neue Machtpositionen und ökonomisches Kapital ummünzen konnten.

Die auf den Systemwechsel folgenden anderthalb Jahrzehnte der Anpassung an die detaillierten Anforderungen der EU vermittelten den Eindruck von Demokratie als „Politik ohne Alternativen“ und zeigten diese dabei nicht von ihrer besten Seite. Während des langen Beitrittsprozesses hatten Parlamente und Parteien weder Kapazitäten noch Zeit, um jenseits der zu implementierenden EU-Blaupausen über eigene Lösungsvorschläge zu debattieren. Es ist daher wenig verwunderlich, dass der parlamentarische Raum in den meisten Staaten Osteuropas mittlerweile als entleert gilt und dies weiter zur Erosion der repräsentativen Demokratie beiträgt: Die Postdemokratie¹⁴ ist im postsozialistischen Raum angekommen. Gleichzeitig befindet sich auch der Fluchtpunkt der Modernisierung dieser Länder, die EU, selbst in einer nicht mehr verschleierbaren Krise, was ihre Imitation immer weniger erstrebenswert macht. Der wirtschaftliche Erfolg alternativer Entwicklungsmodelle dezidiert nicht-demokratischer Provenienz, wie durch China und in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU durch Russland vertreten, wirft dabei die Frage auf, ob das glückliche Zusammengehen von Demokratie und Kapitalismus in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht ein historischer Zufall war.¹⁵

Ende der Meistererzählung

Lange Zeit galt die Erinnerung an die – mehr oder weniger¹⁶ – friedlichen Revolutionen von 1989 als Gründungsmythos des neuen,

¹⁴ Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie, Bonn 2008.

¹⁵ Vgl. Ivan Krastev, Deepening Dissatisfaction, in: Journal of Democracy, 21 (2010) 1, S. 113–119.

¹⁶ Im Fall Rumäniens kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Siehe auch den Beitrag von Stefan Troebst in diesem Heft (*Ann. d. Red.*).

sich demokratisch, kapitalistisch und EU-europäisch definierenden Osteuropas. Allerdings zeigen sich zweieinhalb Jahrzehnte später immer mehr Risse in diesem Narrativ, was gleichzeitig auf eine gewisse Ermüdung dieser drei strukturierenden Prinzipien in der Region hindeutet. Aufgrund seiner Vielschichtigkeit und symbolischen Aufladung eignet sich das Symboljahr 1989 besonders gut zur politischen Instrumentalisierung. Dabei treffen nicht nur Fragen der Demokratie und des Kapitalismus aufeinander, sondern auch die der Vergangenheitsbewältigung und teilweise der nationalen Identität. Verstärkt wird dieser Deutungskonflikt durch die prägende Konfliktlinie osteuropäischer Parteiensysteme, welche nicht wie in Westeuropa zwischen rechts und links verläuft, sondern entlang weltanschaulicher Cleavages wie Traditionalismus und Liberalismus.¹⁷

Die etablierte triumphalistische Lesart sah in 1989 das Gründungsmoment liberaler Demokratie. Demnach gelang es damals Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und reformorientierten Mitgliedern der alten Elite Vereinbarungen zu treffen, welche den friedlichen Machtwechsel ermöglichten. Diese Lesart wurde von weiten Teilen der neuen politischen Elite unterstützt, darunter die mittlerweile meist sozialdemokratisch orientierten Nachfolgeparteien der kommunistischen Parteien und die wichtigsten Gruppen der demokratischen Opposition, die 1989 an die Macht kamen. Gegenüber dieser Lesart hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt sowohl wissenschaftliche als auch politisch instrumentalisierte Kritik angesammelt. So argumentierte der Historiker Stephen Kotkin, dass hinter den politischen Umwälzungen des Jahres 1989 eher die Implosion des sowjetischen Herrschaftssystems und seiner „unzivilen“ Gesellschaft (die Nomenklatur des Parteienstaates) stehe, als die heroischen Taten der systemkritischen Opposition.¹⁸ Auch zeigen neuere Untersuchungen, dass das Erbe der Dissidenten durchaus vielfältiger war und durchaus innovative radikaldemokratische

¹⁷ Vgl. Milada Vachudova/Liesbeth Hooghe, Post-communist Politics in a Magnetic Field: How Transition and EU Accession Structure Party Competition on European Integration, in: *Comparative European Politics*, 7 (2009) 1, S. 179–212.

¹⁸ Vgl. Stephen Kotkin, *Uncivil Society: 1989 and the Implosion of the Communist Establishment*, New York 2009.

Forderungen enthielt,¹⁹ welche aber in Vergessenheit geraten sind. Politisch wurden die Ereignisse von 1989 und die darauffolgenden Jahrzehnte allerdings vor allem von national-konservativen Parteien wie der Fidesz in Ungarn oder „Recht und Gerechtigkeit“ in Polen zu Krisenzeiten uminterpretiert. Im Pakt zwischen der liberalen Opposition und den alten Machthabern sehen diese Parteien einen Verrat an den Zielen der Revolution und die Erbsünde der neuen politischen Ordnung. Für die rechtsradikale Jobbik-Partei aus Ungarn kulminierte die Ablehnung des nach 1989 entstandenen „Unrechtsregimes“ im Wahlslogan „20 Jahre für die letzten 20 Jahre“.

Solche dissonanten Töne verdeutlichen, dass es 25 Jahre nach 1989 keine einheitliche Meisterzählung über den Systemwechsel mehr gibt, die in der Lage wäre ein gemeinsames Narrativ für die polarisierten politischen Eliten Ostmitteleuropas zu bieten. Während das Erbe der Dissidenten bereits lange ins realpolitische Abseits geraten ist und die unerwünschten Nebenfolgen der entstandenen demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung sich zu einer veritablen moralischen Krise der Politik verdichten, bietet die Imitation westlicher Modelle aufgrund der dort herrschenden Krise auch keine Orientierung mehr. Gleichzeitig scheint sich mit den in den vergangenen Jahren in der Region immer wieder aufflammenden Massenprotesten ein historischer Kreis zu schließen.²⁰ Ähnlich wie 1989 meldet sich dabei die lange totesagte Zivilgesellschaft Osteuropas zurück und fordert – wie es Václav Havel formulierte – das Recht auf ein würdevolles „Leben in der Wahrheit“. Eine „Demokratisierung der Demokratie“²¹ in der Region muss diesmal ohne fremde Vorbilder auskommen.

¹⁹ Vgl. Paul Blokker, Democracy Through the Lens of 1989: Liberal Triumph or Radical Turn?, in: *International Journal of Politics, Culture, and Society*, 22 (2009) 3, S. 273–290; Robert Brier, Broadening the Cultural History of the Cold War: The Emergence of the Polish Workers' Defense Committee and the Rise of Human Rights, in: *Journal of Cold War Studies*, 15 (2013) 4, S. 104–127.

²⁰ Vgl. Venelin Ganev, Bulgaria's Year of Civic Anger, in: *Journal of Democracy*, 25 (2014) 1, S. 33–45.

²¹ Vgl. Claus Offe (Hrsg.), *Demokratisierung der Demokratie: Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt/M.–New York 2003.

Stefan Troebst

Das andere 1989: Balkanische Antithesen

Die Geografie des *annus mirabilis* 1989 zeigt ein östliches Mitteleuropa, bestehend aus Polen und Ungarn sowie, um etliche Monate zeitversetzt,

Stefan Troebst

Dr. phil. habil., geb. 1955; Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig; stellv. Direktor des dortigen Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), Reichsstr. 4–6, 04109 Leipzig. troebst@uni-leipzig.de

DDR und ČSSR. Hinzu kommt eine teils parallele, kausal aber nur bedingt verknüpfte Entwicklung in der UdSSR. Südosteuropa war von alledem bis Ende 1989 nicht tangiert. Denn das, was in Bulgarien als „Wechsel“ bezeichnet wird,

sowie die gar als „Revolution“ figurierende Entwicklung in Rumänien waren dem Inhalt nach primär Palastrevolten im Zuge von Konflikten innerhalb der Herrschaftselite und in der Form lediglich Imitate dessen, was zuvor in Budapest, Warschau und Leipzig geschehen war. Während in Ostmitteleuropa staatssozialistische Regime unter dem Druck von Gegenkräften einknickten, steigerten die Parteidiktaturen Südosteuropas den Konformitätsdruck auf die Mehrheitsgesellschaften und verstärkten dabei beträchtlich den mit Formeln kommunistischen Sozialingenieurturns verbrämten Assimilierungsdruck auf nationale Minderheiten. Dies galt nicht nur für Gerontokraten wie Todor Živkov, der seit 1954 an der Spitze der Bulgarischen Kommunistischen Partei stand, oder den rumänischen Diktator Nicolae Ceaușescu, seit 1965 im Amt, sondern auch für den neuen starken Mann der jugoslawischen Teilrepublik Serbien, Slobodan Milošević.

Zwei Wochen nach Tadeusz Mazowieckis Wahl zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Nachkriegspolens am 24. August 1989 und einen Monat vor dem Leipziger Sieg der Friedlichen Revolution in

der DDR am 9. Oktober veröffentlichte Viktor Meier, der langjährige Südosteuropa-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), einen Artikel mit dem auf den ersten Blick tautologischen Titel „Der Balkan wird wieder Balkan“. Auch der Untertitel nahm sich kryptisch aus: „Das Werk von Schiwkow, Ceaușescu und Milošević.“¹ Worum es Meier in dem Artikel ging, war die Verletzung von Menschenrechten in Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien durch die nationalistischen, gar rassistischen Nationalitätenpolitiken der drei südosteuropäischen Autokraten. Er beschrieb darin drei Phänomene: erstens das im Frühjahr installierte apartheidähnliche serbische Besatzungsregime in der bis dahin autonomen Provinz Kosovo; zweitens die als „Systematisierung“ verharmloste Politik der Zwangsurbanisierung in Rumänien, von der sich vor allem die nationalen Minderheiten bedroht fühlten; und drittens die gewaltsame Assimilierungspolitik des bulgarischen Staates gegenüber der großen türkischen Minderheit des Landes samt staatlich geschürter Fluchtwelle, vom Regime zynisch „Wiedergeburtprozess“ beziehungsweise „Großer Ausflug“ genannt. Die geografische Region Balkan, so Meiers Argument, war erneut deckungsgleich mit dem negativen Regionalstereotyp gleichen Namens, das für Bakschisch und Blutrache, Korruption und Gewalttätigkeit, Rückständigkeit und nationalen Überwertigkeitswahn stand. Das Jahr 1989 war ihm zufolge der Beginn einer Re-Balkanisierung des Balkans im schlechtesten Sinne des Wortes.

Zwangsassimilierung, Fluchtwelle, Palastrevolte: Bulgarien

Als extremsten der drei Fälle stellte Meier Bulgarien dar. Denn die seit 1984 umgesetzte zwangsassimilatorische Politik Sofias gegenüber den etwa 900 000 Türkinnen und Türken im Lande hatte zwischen Juni und August 1989 eine staatlich geschürte, massenhafte Fluchtbewegung in die Türkei ausgelöst, die zu einem Rekordrückgang der Bevölkerung des Landes um über drei Prozent und zur Entvölkerung weiter Gebiete im Osten des Landes

¹ Viktor Meier, Der Balkan wird wieder Balkan. Das Werk von Schiwkow, Ceaușescu und Milošević, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 8.9.1989, S. 16.

führte. Was mit einer behördlichen Kampagne zur zwangsweisen Änderung arabisch-islamischer Vor-, Vaters- und Familiennamen in slavisch-christliche Namensformen begonnen hatte und seitens der Betroffenen mit stummem Hass und vereinzelt Terroranschlägen beantwortet wurde, hatte die interethnischen Beziehungen auf einen Tiefpunkt gebracht. Minderheit und Staat standen sich jetzt feindlich gegenüber, während die bulgarische Mehrheitsbevölkerung zu großen Teilen die turkophobe Politik des Živkov-Regimes unterstützte – mit gravierenden Folgen für das Zusammenleben in den ethnisch gemischten Gebieten im Nord- und Südosten des Landes.

1989 gingen in Bulgarien drei auf den ersten Blick unverbundene, auf den zweiten indes interdependente politische Entwicklungen vorstatten: Erstens eskalierten die Spannungen zwischen Staat und türkischer Minderheit in Form von Massenprotesten und anschließender Massenflucht. Zweitens formierte sich eine politische Oppositionsbewegung von Vertreterinnen und Vertretern der Mehrheitsbevölkerung, die zwar klein war, aber intellektuell wirkmächtig und bis in die kommunistische Monopolpartei hineinreichte. Und drittens wuchs in Zentralkomitee (ZK) und Politbüro der Bulgarischen Kommunistischen Partei die Unzufriedenheit mit dem selbstherrlichen Živkov, der die Dynamik der Perestroika in der sowjetischen Führungspartei wie auch seine Amtskollegen in Rumänien und der DDR erkennbar unterschätzte und sich offen dagegen stellte.^f

Im Frühjahr 1989 kam es zu Hungerstreiks und anderen Protestaktionen von Türken, die im Mai flächendeckend den gesamten Osten des Landes erfassten. Die Staatsmacht, deren Repressionsressourcen durch die Ausbreitung der Widerstandsbewegung auf etwa ein Drittel des Territoriums Bulgariens erkennbar überdehnt wurden, reagierte anfänglich mit Gewalt, wobei über 30 Demonstrantinnen und Demonstranten starben. Sodann zog jedoch die Parteiführung die Notbremse: Am 29. Mai 1989 hielt Partei- und Staatschef Živkov eine Fernseh- und Radioansprache, in der er die vorgezogene Ausgabe von

^f Vgl. Stefan Troebst, Bulgarien 1989: Gewaltarmer Regimewechsel in gewaltträchtigem Umfeld, in: Martin Sabrow (Hrsg.), 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen 2012, S. 357–383.

Reisepässen an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes ankündigte.^f Binnen weniger Wochen beantragten daraufhin 370 000 bulgarische Türken die Ausstellung von Reisepässen. In den elf Wochen der Öffnung der bulgarisch-türkischen Grenze durch Ankara vom 3. Juni bis zum 21. August 1989 emigrierten 344 000 von ihnen in die Türkei.

Živkov verlor nun sukzessive die Unterstützung der Partei und geriet selbst im Politbüro in Isolation. Am 24. Oktober erklärte sein langjähriger Adlatus, Außenminister Petăr Mladenov, in einem offenen Brief an die Parteiführung als Zeichen des Protestes gegen Živkovs „Abkehr von UdSSR und KPdSU“ seinen Rücktritt als Minister (nicht aber als Politbüromitglied). Anschließend holte er sich in Moskau die informelle Zustimmung für den Sturz des seit 35 Jahren herrschenden Partei- und Staatschefs. Am 10. November, einen Tag nach der unfreiwilligen Öffnung der Berliner Mauer durch die SED, nötigte er im ZK-Plenum Živkov zum Rücktritt von all seinen Funktionen. Zugleich übernahm er von dem Gestürzten das Amt des Generalsekretärs der Partei und eine Woche später auch dasjenige des Staatsratsvorsitzenden.^f

Es folgten eine allmähliche Transformation der weiterhin regierenden kommunistischen zu einer linkssozialdemokratischen Partei sowie eine Formierung der Opposition zum parteiübergreifenden Bündnis „Union demokratischer Kräfte“. Vor allem aber stiegen die interethnischen Spannungen im Land dramatisch an. Denn sowohl dagebliebene als auch nun aus der Türkei zurückkehrende Türken forderten, die Namensänderungen rückgängig zu machen, und organisierten wochenlange Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude. Am 29. Dezember 1989 fassten Staatsrat und Ministerrat einen Beschluss, in dem die „angewandten Zwangsmaßnahmen bei der Namensänderung von bulgarischen Staatsbürgern, die moslemische Namen trugen“, auf „willkürliche und von einzelnen Personen gefasste Beschlüsse während des totalitären Regimes“ zurückgeführt und als

^f Vgl. Wolfgang Höpken, Živkov-Erklärung zu Unruhen unter der türkischen Minderheit Bulgariens. Dokumentation, in: Südosteuropa, 38 (1989) 5, S. 327–332.

^f Vgl. Wolfgang Höpken, Was geschah am 10. November? Hintergründe zum Živkov-Sturz, in: Südosteuropa, 39 (1990) 10, S. 627–641.

„grobe Verletzung der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz“ verurteilt wurden. Zugleich wurde eine Rückgängigmachung der Zwangsumbenennung sowie des Verbots der türkischen Sprache und anderer diskriminierender Maßnahmen angekündigt.[¶] Darauf wiederum reagierten große Teile der bulgarischen Mehrheitsgesellschaft vor allem im Osten des Landes mit Empörung, Angst und Aggression. Der Parteiapparat in den gemischt besiedelten Gebieten, die dortigen Außenstellen der Staatssicherheit, aber auch Betriebsleitungen und Lehrerkollektive organisierten sich am 31. Dezember in einem Gesamtvölkischen Komitee zur Verteidigung der nationalen Interessen. Hauptforderung war ein Referendum über die Ergebnisse des „Wiedergeburtprozesses“, um eine Aufhebung der Zwangsumbenennung und eine Legalisierung der türkischen Sprache zu verhindern. In der ersten Januarwoche 1990 fanden in zahlreichen Städten im Osten und Süden des Landes Demonstrationen, Kundgebungen und Autocorsi von zehntausenden Bulgarinnen und Bulgaren statt, bei denen Losungen wie „In Bulgarien nur bulgarische Namen!“ oder – unter Anspielung auf die osmanische Herrschaft – „Sind 500 Jahre denn nicht genug?“ skandiert und plakatiert wurden. Nur mit großer Mühe gelang es der Regierung gemeinsam mit dem neuen Oppositionsbündnis und der neu formierten Partei der bulgarischen Türken, der Bewegung für Rechte und Freiheiten, die ethnopolitische Hochspannung binnen anderthalb Jahren abzubauen.[¶]

In Geschichtspolitik und Erinnerungskultur Bulgariens ist die Zwangsassimilierungskampagne der Jahre 1984 bis 1989 das bis heute bei weitem heikelste Thema.[¶] Über die Schrecken des kommunistischen Lagersystems oder die Verwerflichkeit der sogenannten Regenschirmmorde an Oppositionellen

[¶] Vgl. Wolfgang Höpken, Sofias Kurskorrektur in der Türken-Politik. Dokumentation, in: Südosteuropa, 39 (1990) 1, S. 76–79.

[¶] Vgl. Stefan Troebst, „Demokratie als ethnisch geschlossene Veranstaltung“: Nationalistischer Integrationsdruck und politische Formierung der nationalen Minderheiten in Bulgarien (1989-April 1991), in: Wolfgang Höpken (Hrsg.), Revolution auf Raten – Bulgariens Weg zur Demokratie, München 1996, S. 117–172.

[¶] Vgl. Evgenia Kalinova, Remembering the „Revival Process“ in Post-1989 Bulgaria, in: August Dimou et al. (Hrsg.), Remembering Communism. Private and Public Recollections of Lived Experience in Southeast Europe, Budapest–New York 2014, S. 567–593.

im Exil durch das Komitee für Staatssicherheit können sich die Bulgaren fast ausnahmslos verständigen. Für den „Wiedergeburtprozess“ und den „Großen Ausflug“ gilt dies nicht. Zwar hat das bulgarische Parlament im Januar 2012, 22 Jahre nach dem Beginn des Demokratisierungsprozesses, die Zwangsassimilierung in einer Erklärung verurteilt. Doch Parolen wie „Bulgarien den Bulgaren!“ und „Türken raus!“ sind bis heute Bestandteil der politischen Kultur des Landes.

Dorfvernichtungspläne, Hungerrebellion, Tyrannenmord: Rumänien

Das Rumänien Ceaușescus war 1989 das Armenhaus Europas. Lebensmittel, Kleidung und Schuhe waren, wenn überhaupt, nur mit Zuteilungskarten und in schlechter Qualität zu bekommen, die Fernheizungssysteme blieben auch im Winter abgeschaltet, Elektrizität, Gas und Benzin wurden strengstens rationiert und medizinische Versorgung nur gegen Schmiergeldzahlung geleistet. Zugleich dröhnte die Parteipropaganda unvermindert weiter, und die Geheimpolizei Securitate war allgegenwärtig.

Am 15. Dezember 1989 lief das Fass über, als es in Temeschwar, der zweitgrößten Stadt des Landes und Zentrum der multiethnischen Grenzregion Banat, zu einem regelrechten Volksaufstand gegen das kommunistische Regime kam. Vom 17. Dezember an schossen die Sicherheitskräfte gezielt auf Demonstranten, was zu einem Überschwappen der Proteste auf die Hauptstadt führte.[¶] In den folgenden Tagen fielen über tausend Menschen der Gewalt der Securitate zum Opfer. Bereits am 22. Dezember war der Diktator Ceaușescu geflohen, wurde aber gefasst und am 25. Dezember gemeinsam mit seiner Ehefrau vor ein Schnellgericht gestellt und hingerichtet. Eine Parteifraktion um Ion Iliescu, die gemeinsam mit in Ungnade gefallenen Altkommunistinnen und -kommunisten, Militärs, Geheimdienstoffizieren und einigen Alibi-Dissidentinnen und -Dissidenten als „Front der nationalen Ret-

[¶] Vgl. hier und im Folgenden Peter Ulrich Weiss, Traumatische Befreiung. Die rumänische Revolution von 1989/90 als unbewältigte Gewalterfahrung, in: M. Sabrow (Anm. 2), S. 304–337 sowie Dragoș Petrescu, Explaining the Romanian Revolution of 1989. Culture, Structure, and Contingency, Bukarest 2010.

tung“ auftrat, übernahm jetzt staatsstreichartig die Macht und bildete am 27. Dezember eine provisorische Regierung.

Die Erinnerung an Hungerrebellion, Palastrevolte und die vielen Toten der beiden letzten Wochen des Jahres 1989 überlagert in Rumänien heute jene an die landesweite Welle von Zukunftsangst, welche die Verlautbarungen des Regimes über die Intensivierung der „Systematisierung“ jetzt auch im ländlichen Bereich ausgelöst hatte.⁹ Die Umsetzung des 1974 verabschiedeten „Gesetzes 58/1974 zur Systematisierung des Territoriums sowie urbaner und ruraler Ortschaften“ war ab 1. März 1978 mittels Einebnung historischer Stadtzentren erfolgt, um Platz für Neubauten zu schaffen. Der Historiker Dinu C. Giurescu konstatierte 1989, dass damals in 29 rumänischen Städten bereits 85 Prozent der historischen Bausubstanz (einschließlich Kirchen und Friedhöfe) zerstört waren, darunter auch die der Hauptstadt, und in 37 weiteren Städten die Abrissarbeiten begonnen hatten.¹⁰ Auf dem Land hingegen war die „Systematisierungskampagne“ nur schleppend verlaufen. Daher erließ das Regime 1988 mehrere Dekrete zu ihrer Beschleunigung. Bis zu 6000 der 13000 Ortschaften Rumäniens, so Ceaușescu in einer Rede am 3. März 1988, sollten jetzt „systematisiert“ werden. Anstelle dieser Dörfer sollten 550 „agro-industrielle Zentren“ mit Wohnraum für jeweils mindestens 5000 Menschen gebaut und die vormaligen Dorfbewohnerinnen und -bewohner dorthin zwangsumgesiedelt werden.¹¹ Allein diese Ankündigungen lösten landesweit Verunsicherung bis hin zu Panik aus.

Auch wenn das gesamte Land unter Ceaușescu zerstörerischem Modernisierungswahn litt, sahen kritische Beobachterinnen und Beobachter innerhalb und außerhalb Rumäniens die ungarische, deutsche und Székler-Minderheit in Siebenbürgen sowie die serbische und deutsche im Banat als Haupt-

zielgruppen für die Umsiedlungen in Agrostädte. Damit, so die Befürchtung, sollten kompakte rurale Siedlungsgebiete der Minderheiten, die damals neun Prozent der Bevölkerung ausmachten, aufgelöst werden. Die Neubelebung der „Systematisierungsmanie“ im Jahr 1988 löste entsprechend vehemente Proteste in den Nachbarstaaten aus.¹² Im Mai 1988 protestierte die neue Staats- und Parteiführung Ungarns gegen Ceaușescus Pläne und im Juli verurteilten die Außenminister Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland, Alois Mock und Hans-Dietrich Genscher, diese als gravierende Menschenrechtsverletzung. Am 9. März 1989 verurteilte die UN-Menschenrechtskommission mit der Stimme des Warschauer Pakt-Mitglieds Ungarn und bei Stimmenthaltung der UdSSR, der DDR und Bulgariens den Abriss von Dörfern in Rumänien und die dortige repressive Minderheitenpolitik. Eine Woche später verabschiedete auch das Europäische Parlament eine Resolution gegen die Verletzung elementarer Menschenrechte durch das Ceaușescu-Regime, in der an erster Stelle die Politik ruraler Zwangsumsiedlung firmierte – neben der Unterdrückung nationaler Minderheiten, der repressiven Bevölkerungspolitik, die Geburtenkontrolle und Abtreibung unter Strafe stellte, und der Zwangseinweisung von Dissidenten in psychiatrische Anstalten.

So konfliktträchtig und widersprüchlich die rumänische „Wende“-Variante samt ihrer Folgen auch war, so positiv hat sich der Regimewandel doch in puncto „Systematisierung“ ausgewirkt – für die Bevölkerungsmehrheit wie für die Minderheiten: Die Umsetzung des megalomanen Plans, nach den Städten Rumäniens auch seine Dörfer zu zerstören, konnte in letzter Minute verhindert werden.

Sezession, Apartheidsregime, Staatszerfall: Serbien in Jugoslawien

Anders als für Bulgarien und Rumänien brachte das Jahresende 1989 für Jugoslawien keinen Systemwechsel, sondern irreparable Risse in seiner föderalen Struktur, sodass die Systemkrise in der gesamten Osthälfte Europas dort die Form von Staatszerfall annahm.

⁹ Vgl. Dietmar Müller, Strategien des öffentlichen Erinnerens in Rumänien nach 1989: Postkommunisten und postkommunistische Antikommunisten, in: Ulf Brunnbauer/Stefan Troebst (Hrsg.), Zwischen Amnesie und Nostalgie. Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa, Köln u. a. 2007, S. 47–69.

¹⁰ Vgl. Dinu C. Giurescu, *The Razing of Romania's Past*, Washington, DC, 1989, S. X.

¹¹ Vgl. Dennis Deletant, *Social Engineering in Romania: Ceaușescu's Systematization Program, 1965–1989*, in: *Romanian Civilization*, 2 (1993) 1, S. 53–74.

¹² Vgl. Cristina Petrescu, *From Robin Hood to Don Quixote. Resistance and Dissent in Communist Romania*, Bukarest 2013, S. 93–215.

Der italienische Politikwissenschaftler Daniele Conversi hat dabei die landläufige Sicht einer 1989 beginnenden Abspaltung Sloweniens sowie sukzessive Kroatiens vom Gesamtstaat durch eine gegenläufige Deutung konterkariert: Ihm zufolge hat sich das politische Zentrum der Föderation, nämlich die Teilrepublik Serbien samt der auf ihrem Territorium gelegenen Bundeshauptstadt Belgrad und der von ihr kontrollierten Bundesorgane – wie Jugoslawische Volksarmee, Bundespolizei und Zoll – durch mehrfachen Bruch der Bundesverfassung aus dem Staatsverband hinaus kaputtuliert.¹³ Auch der US-kroatische Historiker Ivo Banac teilt diese Sichtweise, wobei er insbesondere auf die verfassungswidrige Aufhebung der Territorialautonomie der beiden Sozialistischen Autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo innerhalb der Teilrepublik Serbien im März 1989 verweist.¹⁴ Desgleichen markiert für die deutsche Südosteuropahistorikerin Marie-Janine Calic „1989 (den) Anfang vom Ende“,¹⁵ wobei auch sie auf den Autonomieverlust der beiden Provinzen abhebt.

Als treibende Kraft dieser „Sezession des Zentrums“ nutzte der 1987 an die Spitze des Bundes der Kommunisten Serbiens gelangte Slobodan Milošević seine im Mai 1989 gewonnene Stellung als Präsident der Teilrepublik Serbien, um den jugoslawischen Föderalismus im serbischen Sinne unter dem Schlagwort einer „antibürokratischen Revolution“ umzugestalten: Statt des Konsensprinzips sollte von nun an auf Bundesebene das Mehrheitsprinzip gelten – was einer serbischen Hegemonie gleichkam. Denn von den acht Stimmen im Föderationsrat kontrollierte Milošević vier: die Serbiens, diejenigen der formal weiterbestehenden Föderationssubjekte Vojvodina und Kosovo sowie die des kurz zuvor gleichgeschalteten Montenegro. Angesichts der schwankenden Haltung von Mazedonien, Bosnien und Herzegowina gerieten die beiden nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien so in eine strukturelle Minderheitenposition. Der Bruch,

den der Verfassungsstreit zwischen den Protagonisten Serbien und Slowenien ausgelöst hatte, wurde auf dem außerordentlichen 14. Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens im Januar 1990 offenkundig. Serbien und Montenegro drängten auf stärkere Zentralisierung, Slowenien und Kroatien auf mehr Selbstständigkeit und Mazedonien und Bosnien versuchten das Titosche Prinzip von „Brüderlichkeit und Einheit“ der „Völker und nationalen Minderheiten Jugoslawiens“ zu retten. Der Kongress endete mit dem Zerfall der Gesamtpartei.¹⁶

Verstärkt wurden die zentrifugalen Kräfte durch das Ende des Kalten Krieges, fiel doch jetzt der den blockfreien Bundesstaat zusammenhaltende äußere Druck weg. Und mit dem Ende des Kommunismus in Ostmittel- und Südosteuropa sowie in Eurasien hatte sich auch das als „Dritter Weg“ vermarktete jugoslawische Sozialismusmodell mit seinen marktwirtschaftlichen Spurenelementen überlebt. Die *raison d'être* einer (fast) alle Südslawinnen und -slawen umfassenden Bundesrepublik war nicht mehr gegeben – dies war Ende 1989 unübersehbar. 1990 begann daher ein erst 2008 abgeschlossener und in den Jahren 1991 bis 1995 sowie 1998 bis 1999 überaus blutiger Prozess der Dekomposition der Titoschen Föderation in sieben Nachfolgestaaten.

Die dramatischste Form nahmen 1989 die innerjugoslawischen Gegensätze im Südtteil Serbiens, der Provinz Kosovo, an. Milošević setzte beim Ausbau seiner Machtstellung vor allem auf Nationalismus. Das Tito zugeschriebene Prinzip „Serbien muss schwach sein, damit Jugoslawien stark ist!“ galt es ihm zufolge ein für alle Mal mittels serbischer Dominanz über die anderen Teilrepubliken außer Kraft zu setzen. Die Region Kosovo bot sich gleich aus zwei Gründen als Exempel an. Zum einen konnte hier die „Schmach“ beseitigt werden, dass mit der Tito-Verfassung von 1974 Serbien als einzige Teilrepublik autonome Provinzen tolerieren musste. Zum anderen aber griff er auf den mittelalterlichen Kosovo-Mythos zurück, demzufolge diese Region das Herzland aller Serbinnen und Serben sei. So zielte Miloševićs Streben nach Hegemonie innerhalb Jugoslawiens zu Beginn der 1990er

¹³ Vgl. Daniele Conversi, *The Dissolution of Yugoslavia: Secession by the Centre?*, in: John Coakley (Hrsg.), *The Territorial Management of Ethnic Conflicts*, London 2003, S. 264–292.

¹⁴ Vgl. Ivo Banac, *Post-Communism as Post-Yugoslavia: The Yugoslav Non-Revolution of 1989–1990*, in: ders. (Hrsg.), *Eastern Europe in Revolution*, Ithaca-London 1992, S. 168–187.

¹⁵ Marie-Janine Calic, *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 297.

¹⁶ Vgl. Holm Sundhaussen, *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen*, Wien u. a. 2012, S. 253–277.

Jahre auf ein aus großen Teilen des implodierten Bundesstaates bestehendes Großserbien.

Für die Kosovo-Albanerinnen und -Albaner begann im Frühjahr 1989 eine zehnjährige Leidenszeit, die im Frühsommer 1999 in der massenhaften ethnischen Säuberung von über 900 000 von ihnen über die Landesgrenzen hinweg nach Mazedonien und Albanien, durchgeführt von regulären wie irregulären serbischen Sicherheitskräften, kulminierte. Mindestens 5000 albanische Kosovarinnen und Kosovaren wurden dabei getötet. Bereits im November 1988 hatte Milošević als serbischer Parteichef ihm hörige Funktionäre an die Spitze des ZKs des Bundes der Kommunisten des Kosovo gesetzt, was zum einen Massendemonstrationen in Prishtina, zum anderen nationalistische Gegenkundgebungen in Belgrad auslöste. Im Februar 1989 traten die kosovo-albanischen Bergleute in einen Hungerstreik, der umgehend zu einem die gesamte Provinz erfassenden Generalstreik auswuchs. Am 23. März zwang die serbische Republikführung unter Androhung von Gewalt durch Armee und Miliz die Provinzparlamente des Kosovo und der Vojvodina, einer Änderung der Verfassung Serbiens zuzustimmen, die die beiden autonomen Provinzen abschaffte. Im Zuge neuerlicher Massendemonstrationen und der Verhängung des Ausnahmezustandes gab es im Kosovo mindestens 29 Tote und zahlreiche Verletzte. Milošević krönte seinen Triumph mit der 600-Jahr-Feier der Schlacht auf dem Amselfeld am symbolträchtigen St. Veits-tag, dem 28. Juni 1989, an der Gedenkstätte Gazimestan bei Prishtina vor einer Million Menschen. In seiner Rede identifizierte er „Heldentum“ als Hauptcharakteristikum der Geschichte Serbiens und der Serben von der Schlacht 1389 bis zur Gegenwart und forderte Heroismus auch für die Zukunft: „Heute, sechs Jahrhunderte später, stehen wir wieder in Schlachten und vor Schlachten.“¹⁷

Vom Frühjahr 1989 bis zum Abkommen von Kumanovo am 9. Juni 1999 zwischen der serbisch kommandierten Jugoslawischen Volksarmee und der NATO über den Rückzug serbischer Sicherheitskräfte befand sich der Kosovo unter einem apartheidähnlichen serbischen Okkupationsregime, in dem Albaner praktisch rechtlos waren. Dennoch blieb der albanische Widerstand gegen Belgrad lan-

ge Zeit gewaltfrei. Unter der Leitung der von Ibrahim Rugova geführten Demokratischen Liga des Kosovo bauten die Albaner ihren „Schattenstaat“ mit eigenen Bildungs- und Gesundheitsstrukturen auf. Eine der bittersten Lektionen der Gewaltfreiheitsgeschichte des 20. Jahrhunderts ist, dass sich die pazifistische Option für die Albaner im Kosovo nicht ausgezahlt hat. Außer Lob für ihre Friedfertigkeit erhielten sie von der Staatengemeinschaft nichts. Erst als Militante die Befreiungsarmee des Kosovo UÇK formierten und Rugova beiseite drängten, realisierte die Weltöffentlichkeit 1998, dass Handlungsbedarf bestand.¹⁸

In der Erinnerung der Kosovo-Albaner endeten 1989 die mit dem Namen Tito verbundenen 15 Autonomie-Jahre in der jugoslawischen Periode ihrer Nationalgeschichte. Was folgte, waren serbische Okkupation, passiver Widerstand, bewaffneter Kampf und schließlich Eigenstaatlichkeit. Das dramatische Jahrzehnt von 1989 bis 1999 lässt dabei wenig Raum für Jugo-Nostalgie.¹⁹

Fazit

Auch wenn die Wirkungen des Jahres 1989 in Bulgarien und Rumänien in der Folgezeit eine Liberalisierung und eine partielle Demokratisierung mit sich brachten, sind die Unterschiede zum Entwicklungsverlauf in Ostmitteleuropa eklatant – mit bis heute erkennbaren Folgen. In der zerbrechenden jugoslawischen Föderation kam es zu Staaten- und Bürgerkriegen, die 1995 nur teilweise durch internationale Intervention und das Dayton-Abkommen beendet wurden. Denn die 1989 einsetzende serbische Repressionspolitik im Kosovo eskalierte 1998/1999 in einer gigantischen ethnischen Säuberung, die eine weitere Militärintervention der Staatengemeinschaft auslöste. Für viele, wenn nicht für die meisten Menschen in Südosteuropa, gleicht 1989 daher vielmehr einem *annus horribilis*.

¹⁸ Vgl. Stefan Troebst, Chronologie einer gescheiterten Prävention: Vom Konflikt zum Krieg im Kosovo, 1989–1999, in: Osteuropa, 49 (1999) 8, S. 777–795.

¹⁹ Vgl. Stephanie Schwandner-Sievers/Isabel Ströhle, Der Nachhall des Sozialismus in der albanischen Erinnerung im Nachkriegskosovo, in: U. Brunnbauer/S. Troebst (Anm. 9), S. 216–235.

¹⁷ Zit. nach: ebd., S. 262.

Axel Schildt

Politischer Aufbruch auch im Westen Deutschlands?

Die beiden Jahre 1989/1990 markieren eine tief greifende Zäsur der deutschen, der europäischen und der Weltgeschichte.¹

Axel Schildt
Dr. phil., geb. 1951; Direktor der
Forschungsstelle für Zeitge-
schichte und Professor für Neue
re Geschichte an der Universität
Hamburg, Beim Schlump 83,
20144 Hamburg.
schildt@
zeitgeschichte-hamburg.de

Das „kurze 20. Jahr-
hundert“ (Eric Hobs-
bawm) nahm seinen
Abschied, die Block-
konfrontation des Kal-
ten Krieges lief aus.
Aber ging damit ein
von den westdeutschen
Zeitgenossen empfunden
er politischer Auf-
bruch einher und –
wenn ja – welche gesellschaftliche Eindring-
tiefe und Nachhaltigkeit wies er auf? Welche
Faktoren standen ihm entgegen?

Nach einem Blick auf Stimmungen in der
Bevölkerung und Konstellationen des politi-
schen Streits um die deutsche Einheit in der
Bundesrepublik nach Mauerfall und Ende der
DDR soll eine Skizze der seit Mitte der 1990er
Jahre öffentlich diskutierten Aufbruchsbe-
griffe „Berliner Republik“, „Generation 89“
und „Generation Berlin“ erfolgen, bevor nach
Gründen gefragt wird, die diese Elitendiskur-
se ihrer Durchschlagskraft beraubten.

Kurze Euphorie – rasche Ernüchterung

Einschneidende politische Ereignisse werden
in ihrer ganzen Tragweite zwar erst aus zeit-
licher Distanz als solche deutlich, gerade in
der neueren deutschen Geschichte gibt es je-
doch gewichtige Beispiele für die nachhaltige
Prägung der politischen Kultur durch große
Brüche, die schon während des Geschehens
als Aufbruch in neue Zeiten wahrgenommen
wurden. So war es bei der blutigen Reichs-

einigung „von oben“, deren Erleben sich
über Jahrzehnte in „sozialmilitaristischen“
(Hans-Ulrich Wehler) Dispositionen tradierte.
Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges mit dem
tief empfundenen Ende nationalistischer Hybris
ist in etlichen Erzählungen, insbesondere der
sogenannten 45er, als Aufbruch zu neuen
Horizonten illustriert worden. In komplizierten
Entwicklungen und über Jahrzehnte hinweg,
so die Wahrnehmung einer ganzen Generation
im Westen, mündete die Nachkriegszeit in eine
postnationale und postheroische Zivilgesell-
schaft, die wegen ihrer ökonomischen Überlegen-
heit im Systemwettbewerb mit dem ostdeutschen
Staat – nicht zuletzt durch Rundfunk und
Fernsehen – auch auf die Bewohnerinnen und
Bewohner der DDR werbend ausstrahlte.

Verglichen damit fällt es schwer, von einem
Aufbruch 1989/1990 im westlichen Deutsch-
land zu sprechen, und es verwundert nicht,
dass schon der Begriff selbst als Chiffre für
subjektive Phänomene, eine Stimmung der
Begeisterung und Freude, bisher kein Thema
der jüngsten, allerdings erst in Fragmenten
und Skizzen vorliegenden Zeitgeschichtsschrei-
bung darstellt. Wir kennen die anrührenden
Fernsehbilder von der Maueröffnung in Berlin
am 9. November 1989, die den Aufbruch von
Bewohnern Ost-Berlins in den Westteil der
Stadt in seiner Wortbedeutung zeigen. Freude
und Aufregung herrschten angesichts des Zerfalls
der SED-Diktatur auch im Westen. Die Begei-
sterung angesichts des Mauerfalls und die
Empathie mit den Bürgerinnen und Bürgern
der DDR waren an Ort und Stelle, in West-
Berlin wie in den grenznahen Gebieten,
nachzuempfinden, die Gefühle der Bundesbür-
ger am Fernsehschirm werden ähnlich gewese-
nen sein.

Aber handelte es sich nicht doch eher um
eine situativ begrenzte Medialisierung eines
Ereignisses, das eine kurze Euphorie der
Einheit schuf, der aber keine nachhaltige
Prägung der politischen Kultur folgte?

Noch rascher als im Osten mischten sich
im Westen zunehmend bedenkliche Töne
in die anfängliche Begeisterung. Nicht von
„Aufbruch“, sondern von „Wende“ war
meist sehr vage die Rede. Und je weiter west-

¹ Vgl. zuletzt Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 1154 ff.

lich man wohnte, desto weniger nahm man sie wahr. Mit einer glatten Fehlanzeige ist die Frage nach dem Aufbruch im Westen gleichwohl nicht zu beantworten, weil damit die heftige politische Debatte um das Ende der Zweistaatlichkeit und die deutschen Zukunftsaufgaben ignoriert würde, die den Einheitsprozess begleitete.

Es gab viele Journalistinnen und Journalisten, die nicht nur ihrer Begeisterung über das Ende der SED-Diktatur Ausdruck gaben, sondern deren Siegesgefühl sich an der endgültigen Niederlage aller Linken und jeder Form des Sozialismus für alle Zukunft delectierte. Manche freuten sich besonders über die endgültige Abrechnung mit den verhassten 68ern.¹² Zugleich fühlten sich viele Publizistinnen und Publizisten, die das „machtvergessene“ Bonner Provisorium bereits in den 1980er Jahren kritisiert und eine der ökonomischen Stärke entsprechende selbstbewusste Außenpolitik angemahnt hatten,¹³ von der Geschichte bestätigt; für eine Bonn-Nostalgie hatten sie kein Verständnis. Auch wenn sich lange gepflegte Rechtsansprüche, die über die vereinigten Territorien von Bundesrepublik und DDR hinaus nach Osten griffen, durch den „Zwei plus Vier“-Vertrag schließlich als obsolet herausstellten, war doch das kleinere Provisorium durch einen größeren Staat ersetzt worden, der Reminiszenzen an preußische Kernlande und an die alte Reichshauptstadt evozierte. Kaum zu unterscheiden war im aufgeregten Ton der Publizistik, wer dabei „nur“ an eine selbstbewusstere Rolle der erweiterten Bundesrepublik innerhalb der NATO und der Europäischen Gemeinschaft dachte und wer tatsächlich von neuer weltpolitischer Größe jenseits überkommener „Westbindung“ träumte.¹⁴

¹² Vgl. Albrecht von Lucke, 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht, Berlin 2008.

¹³ Vgl. stellvertretend: Hans-Peter Schwarz, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.

¹⁴ Vgl. Rainer Zitelmann et al. (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt/M. u. a. 1993; Hans-Peter Schwarz, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994; auf den politischen Unterschied macht aufmerksam Dominik Geppert, Republik des Geistes. Die Intellektuellen und das vereinigte Deutschland, in: Michael C. Bienert et al. (Hrsg.), Die Berliner Republik. Beiträge zur deutschen Zeitgeschichte seit 1990, Berlin-Brandenburg 2013, S. 159–180, hier: S. 164.

In der Spätzeit der Bonner Republik wurzelten auch die Positionen derjenigen, die keine nationalen Aufbruchsgefühle empfanden oder sich vor diesen sogar fürchteten. Von milder Melancholie angesichts des Ablebens der „alten“ Bundesrepublik waren viele linke Intellektuelle erfüllt, die sich gerade erst – in den 1980er Jahren – mit dem einst abgelehnten Staat ausgesöhnt hatten.¹⁵ Verbreitet war die Befürchtung einer Entsorgung der NS-Verbrechen, die im „Diktaturvergleich“ mit dem „Unrechtsstaat“ DDR verschwinden würden. Moralische Begründungen einer Ablehnung der Einheit „wegen Auschwitz“, prominent bei Günter Grass, oder die bizarre Bewegung der „Antideutschen“, die mit Parolen wie „Deutschland, halt’s Maul“ demonstrierten und vor einem nationalistischen „IV. Reich“ warnten, blieben allerdings Randerscheinungen.

Dass sich hinsichtlich der Einheit weder die Hoffnungen auf der rechten noch die Ängste auf der linken Seite bewahrheiteten, ist hinlänglich bekannt. Die von Jürgen Habermas gefürchtete „Deuschtümelei der Liberalen“¹⁶ entfaltete keine größere Wirkung, eine Renaissance des Nationalismus gab es ebenso wenig wie eine Militarisierung der Gesellschaft. Die Erinnerung an die NS-Vergangenheit wurde in erhöhtem Maß zur deutschen Staatsraison und die Diskussion über die DDR versachlichte sich im Zuge empirischer Aufarbeitung, etwa im Rahmen zweier Enquête-Kommissionen des Bundestages, gerade weil kein restloser geschichtspolitischer Konsens entstand.¹⁷ Die im Zusammenhang mit der „Asyldebatte“ Anfang der 1990er Jahre – im Wortsinn – aufflammende Ausländerfeindlichkeit betraf beide Teile des vereinten Deutschlands und war nicht ein erst durch die Einheit entstandenes Problem.¹⁸

¹⁵ Vgl. Otthein Rammstedt/Gert Schmidt (Hrsg.), BRD ade! Vierzig Jahre in Rück-Ansichten von Sozial- und Kulturwissenschaftlern, Frankfurt/M. 1992.

¹⁶ Jürgen Habermas an Christa Wolf, 26. 11. 1991, in: ders., Die Normalität einer Berliner Republik. Kleine Politische Schriften VIII, Frankfurt/M. 1995, S. 101–111, hier: S. 103.

¹⁷ Vgl. zusammenfassend Martin Sabrow et al. (Hrsg.), Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2007.

¹⁸ Vgl. U. Herbert (Anm. 1), S. 1168 ff.

Inszenierungsversuche eines Aufbruchs

Unter Einbeziehung eines weiteren semantischen Feldes lassen sich einige Versuche dokumentieren, den Vereinigungsprozess mit publizistischen Vorstößen zu flankieren, die einen politischen Aufbruch postulierten. Die eigentliche Kernzeit der Kreation von Aufbruchsbegriffen waren nicht die Jahre 1989/1990, sondern die mittleren 1990er Jahre, als die „Berliner Republik“ zum zentralen Streitpunkt wurde.⁹ Die Prominenz dieses Begriffs speiste sich aus den vielfältigen Möglichkeiten seiner Besetzung. Er stand zunächst für die Empfindung und den Wunsch nach der Betonung einer tiefen Zäsur 1990, ob als simple Möglichkeit der Unterscheidung von Epochen in der Trias der Weimarer, Bonner und Berliner Republik oder als Sehnsucht nach einer Metropole als Hauptstadt in Verbindung mit dem Narrativ von Deutschlands Mitte und dem Postulat einer auch Ostdeutschland integrierenden politischen Formel für die erweiterte Bundesrepublik. Rückblickend wird häufig der Publizist Johannes Gross, ein Bewunderer des Staats- und Völkerrechtlers Carl Schmitt, als Begriffsschöpfer genannt. 1995 legte er eine schmale Schrift zur „Begründung der Berliner Republik“ vor, die von ihm als Ende der „Binnenisolation der deutschen Politik“ begrüßt wurde. Die Bundesrepublik sei „durch die Wiedervereinigung nicht nur größer, sondern dank der sie begleitenden Veränderungen der internationalen Politik von Grund auf anders geworden.“ Deutschland solle wieder die Rolle einer „Führungsmacht mit gleichberechtigter Mitentscheidung in Weltfragen“ beanspruchen.¹⁰

Eingeführt wurde der Begriff „Berliner Republik“ allerdings einige Jahre zuvor in pejorativem Sinne. Auf einer lokalen „Donnerstagsdemonstration“ gegen die Verlegung

⁹ Vgl. Axel Schildt, „Berliner Republik“. Harmlose Bezeichnung oder ideologischer Kampfbegriff?, in: Michaela Bachem-Rehm et al. (Hrsg.), *Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert*. Festschrift für Wilfried Loth, München 2014, S. 21–32.

¹⁰ Johannes Gross, *Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1995, S. 7, 92, 124; vgl. Patrick Bahners, *Begründerzeit. Johannes Gross als Glossator des Verfassungswandels im Übergang von Bonn nach Berlin*, in: M. C. Bienert et al. (Anm. 4), S. 181–200.

des Regierungssitzes nach Berlin 1991 rief der CSU-Bundestagsabgeordnete Günther Müller auf dem Bonner Marktplatz unter dem Beifall der Menge: „Der Bürger soll wissen, was ihn dieses Vergnügen, aus der Bonner Republik eine Berliner Republik zu machen, kostet.“¹¹ Geradezu instinktiv wehrten sich an erster Stelle Regierungspolitikerinnen und -politiker gegen den Begriff der „Berliner Republik“. Hier wirkte die Negativformel von der „anderen Republik“ aus den 1980er Jahren nach, die es zu verhindern galt. Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnete den Begriff als „ausgemachten Unsinn“.¹² Die föderalistisch grundierte Kritik wurde von jenen linken Intellektuellen geteilt, die für die Verwestlichung der „alten“ Bundesrepublik standen. Habermas erklärte, dass ihm der europäisch denkende „Kohl auch sympathisch geworden“ sei, demonstrierte er doch in seiner Zivilität das „beinahe schon körperliche Dementi jener Art von Staatsästhetik, die von unseren elitären Geistern, vor allem seit 1989, eingefordert wird“.¹³

Parallel zur „Berliner Republik“ verbreitete sich der Begriff „Generation 89“. Ursprünglich eine zugleich ironische und selbstbewusste Eigenbezeichnung von Akteuren der großen Streikbewegung an den Universitäten der „alten“ Bundesrepublik 1988/1989, wurde er von dem Politikwissenschaftler Claus Leggewie als Label für den erhofften erneuten Aufbruch des akademischen Nachwuchses benutzt.¹⁴ Die dem Generationenkonzept inhärente Suggestion der Überwindung des Älteren durch das Jüngere verlockte allerdings auch junge Rechtsintellektuelle, diesen Begriff für sich zu reklami-

¹¹ Zit. nach: „Das Elend ist unbeschreiblich“. Spiegel-Reporter Jürgen Leinemann über Bonner Hoffnungen und Selbstmitleid im Sommerloch, in: *Der Spiegel*, Nr. 34 vom 19. 8. 1991, S. 43.

¹² Zit. nach: Michael Sontheimer, *Berlin, Berlin. Der Umzug in die Hauptstadt*, Hamburg 1999, S. 222; zahlreiche ablehnende Stimmen in: *Rheinische Post* (Hrsg.), *Streitfall Berliner Republik. Aufsätze, Polemiken, Interviews*, Düsseldorf 1999.

¹³ Jürgen Habermas, *Zeit der Übergänge*. Kleine politische Schriften IX. Frankfurt/M. 2001, S. 11; Habermas spielte offenbar auf den Herausgeber der Zeitschrift „Merkur“ Karl-Heinz Bohrer an, der bereits in den 1980er Jahren aus umgekehrtem Grund seine ästhetisch-politische Abneigung gegen den Bundeskanzler kultiviert hatte.

¹⁴ Vgl. Claus Leggewie, *Die 89er. Porträt einer Generation*, Hamburg 1995.

mieren.¹⁵ Die Vorstellung der Überwindung der alten 68er, die sich mit der Zweistaatlichkeit abgefunden hätten und mit der nationalen Einheit nichts anzufangen wüssten, durch eine jüngere Generation, die genau hier ihren Ausgangspunkt nehmen würde, beherrschte die Pressespalten wohl deshalb nur kurzzeitig, weil sie mit der empirischen Realität wenig zu tun hatte. Anhaltende Begeisterung für die deutsche Einheit war im jüngeren Teil der westdeutschen Bevölkerung seltener als in anderen Alterssegmenten anzutreffen.¹⁶

Zum Generationenprojekt wurde stattdessen bald der Regierungswechsel 1998 stilisiert, der ansonsten als Sieg einer „Linksunion“¹⁷ erschien. Die rot-grüne Aufbruchsrhetorik ließ eher den krönenden Abschluss des „Marsches durch die Institutionen“ assoziieren, den Rudi Dutschke 1968 propagiert hatte, als einen Erfolg der „Mauerfallkinder“.¹⁸ Für den dringend herbeigesehnten neuen „Stil“ einer ernsthaften Politik jenseits der Bonner „ironischen Nation“ wurde eine intellektuelle „Generation Berlin“ präsentiert,¹⁹ die allerdings kaum auffindbar war und nur eine kurze Halbwertszeit hatte. Habermas kommentierte den Stilisierungsversuch sarkastisch: „Mein Freund Herbert Marcuse, der ja den Berliner Tonfall nicht einmal im Englischen verleugnete, hätte zu den kursierenden Schnittmustern für eine ‚Generation Berlin‘ nur ‚Kacke mit Lakritze‘ gesagt. Eine neue Generation oder eine neue Kultur, die der Hauptstadt ja zu wünschen wäre, kann man schlecht ankündigen. Man ist eine neue Generation, indem man etwas Neues hervorbringt – mit einem neuen Design ist es nicht getan.“²⁰

Es ist nicht zu bestreiten, dass sich die Bundesrepublik ein Jahrzehnt nach der Her-

¹⁵ Vgl. Roland Bubik (Hrsg.), *Wir 89er. Wer wir sind und was wir wollen*, Frankfurt/M. 1995; Heimo Schwilk/Ulrich Schacht, *Die selbstbewusste Nation*, Frankfurt/M.–Berlin 1995.

¹⁶ Vgl. U. Herbert (Anm. 1), S. 1106, 1115.

¹⁷ Arnulf Baring, *Die Berliner Republik*, in: APuZ, (1999) 32–33, S. 9–15, hier: S. 11.

¹⁸ Vgl. Edgar Wolfrum, *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, München 2013, S. 626 ff.

¹⁹ Heinz Bude schreibt, er habe den Begriff 1998 eingeführt. Vgl. Heinz Bude, *Generation Berlin*, Berlin 2001, S. 7; vgl. E. Wolfrum (Anm. 18), S. 629, 777.

²⁰ J. Habermas (Anm. 13), S. 21 f.

stellung der deutschen Einheit nicht nur innen- (Stichwort: Agenda 2010), sondern auch außenpolitisch stark verändert hatte. Die Gründung der „Berliner Republik“ wird denn auch häufig erst in der Beteiligung an der NATO-Intervention gegen Serbien 1999 oder, als „der wahre Geburtsakt der Berliner Republik“,²¹ in der deutschen Verweigerung einer Teilnahme am Irakkrieg drei Jahre später gesehen, also in einer selbstbewussteren deutschen Außenpolitik. Aber selbst wenn die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer die „Berliner Republik“ realisiert haben sollte, so drückte sich dies nicht in einem „Aufbruch“²² aus. Die „Windmaschine“ der Presse in der „Berliner Medienrepublik“ bildet zwar einen deutlichen Kontrast zum „Bundesdorf“ Bonn der 1980er Jahre, aber die eingetretene kommunikative Beschleunigung hatte wohl mehr mit revolutionären technischen Neuerungen und weniger mit der deutschen Einheit und dem Wechsel des Regierungssitzes zu tun.²³

Gründe für den ausgebliebenen Aufbruch

Zu resümieren ist, dass es einen politischen Aufbruch in Westdeutschland nur als Inszenierungsversuche im Kampf um publizistische Deutungshoheit gab. Die darum kreisenden elitären Diskurse entfalteten keine größere gesellschaftliche Mobilisierung. Die Gründe dafür sind politische, wirtschaftliche und ideologische.

An erster Stelle ist die Form der Vereinigung als Beitritt zu nennen, bei dem von der Fahne bis zur Hymne – abgesehen vom immer wieder zitierten „Ampelmännchen“ – kaum etwas aus der DDR stammte oder gemeinsam neu geschaffen wurde. Der Historiker Andreas Rödder konstatierte zu Recht: „Die Bundesregierung gestaltete die Wiedervereinigung ganz aus den Denkmus-

²¹ Mary M. McKenzie, *The Origins of the Berlin Republic*, in: James Sperling (Hrsg.), *Germany at Fifty-Five. Berlin ist nicht Bonn?*, Manchester–New York 2004, S. 58–79, hier: S. 75.

²² So explizit E. Wolfrum (Anm. 18), S. 633.

²³ Vgl. Lutz Hachmeister, *Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik*, Stuttgart 2007, S. 16, S. 82.

tern der ‚alten Bundesrepublik‘.²⁴ Der Verzicht auf eine entsprechende Symbolik spiegelte den Wunsch nach Kontinuität wider. Warum sollte es im Westen Deutschlands einen Aufbruch geben, wenn man den Systemwettbewerb gewonnen hatte und alles so weiter gehen sollte wie gewohnt? Die beruhigende Nachricht, die Einheit könne aus der Portokasse bezahlt werden, bildete das Pendant zum Versprechen an die neuen Bundesbürger, man werde den erfolgreichen Wiederaufbau wiederholen und „blühende Landschaften“ schaffen. Konterkariert wurde jeglicher Aufbruchswille zudem durch die Fortsetzung der Bonner Koalition, die nur durch den „Mauerfall für Kohl (als) ein Geschenk der Geschichte“²⁵ überdauerte.

Hinzu kam, dass sich in der Öffentlichkeit bald herumsprach, dass die Kosten der Einheit weit höher lagen als zunächst dargestellt.²⁶ Zwar konnte grassierenden Befürchtungen, ohne den Systemwettbewerb werde sich ein Kapitalismus *sans phrase* durchsetzen, mit der Formel vom „rheinischen Kapitalismus“ (ein in den 1990er Jahren eingeführter Begriff) – also der „sozialen Marktwirtschaft“ – glaubhaft entgegengetreten werden. Aber in den Medien wurde zugleich die Gefahr eines sich vergrößern internationalen Rückstandes der Bundesrepublik ausgemalt.

Schließlich ist auf die international herrschende ideologische Grundstimmung eines selbstgewissen Quietismus der Siegerseite hinzuweisen, die sich im Titel des noch vor dem Mauerfall 1989 verfassten Textes des US-Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama „The End of History?“ ausdrückte.²⁷

Gemeint war damit der endgültige Sieg des Liberalismus, der sich unweigerlich vollziehen würde und keines kollektiven Aufbruchs, sondern individueller karrieristischer Aufbrüche bedurfte.

In diesem Sinne verschwand die – politisch gelöste – nationale Dimension der deutschen Einheit hinter der europäischen Integration und einem enormen Globalisierungsschub,²⁸ der sich lebensweltlich vor allem in revolutionären kommunikativen und medialen Beschleunigungen ausdrückte. Der Journalist Frank Schirrmacher erklärte vor diesem Hintergrund die „deutsche Revolution, die ganz Osteuropa ergriff“ zu „Deutschlands Beitrag zur Globalisierung“.²⁹

So wurden die sozialpolitischen Einschnitte der 2000er Jahre nicht von nationalem Pathos begleitet, sondern nüchtern mit dem Argument des globalen ökonomischen Wettbewerbs durchgesetzt. Am Ende steht eine – angenehme – Enttäuschung. Die politische Aufbruchsrhetorik verpuffte in der Normalität einer Gesellschaft, die ihrer offenbar nicht bedurfte.³⁰

²⁴ Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 371.

²⁵ Gregor Schöllgen, Deutsche Außenpolitik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2013, S. 234; vgl. Andreas Wirsching, Eine „Ära Kohl“? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982–1998, in: Meik Woyke (Hrsg.), Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013, S. 671–688.

²⁶ Vgl. Gerhard A. Ritter, Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2007, S. 351 ff.

²⁷ Deutsche Fassung des zum Buch erweiterten Aufsatzes: Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992; zur Rezeption vgl. zuletzt U. Herbert (Anm. 1), S. 1133 ff.

²⁸ Vgl. Akira Iriye, Die Entstehung einer transnationalen Welt, in: ders. (Hrsg.), 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013, S. 671–825.

²⁹ Frank Schirrmacher, Der Westen ist frei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 30.9.2000, Beilage Bilder und Zeiten; vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik. Von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 517 ff.

³⁰ Vgl. Axel Schildt, Zeitgeschichte der „Berliner Republik“, in: APuZ, (2012) 1–3, S. 3–8.

Thomas Lindenberger

Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick

Das Zusammentreffen von Archivrevolution¹ und Übertragung des westdeutschen Wissenschaftsbetriebs auf Ostdeutsch-

Thomas Lindenberger

Dr. phil., geb. 1955; Leiter der Abteilung I „Kommunismus und Gesellschaft“ am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam. lindenberger@zzf-pdm.de

land führte im vereinigten Deutschland dazu, dass sich die „Historikerzunft“ in ihrer ganzen Breite, von konservativ-liberal über SPD-nah bis linksliberal-alternativ und über alle Subdisziplinen hinweg dem Thema „DDR“ zuwandte und es binnen eines Jahrzehnts zusammen mit der internationalen *scientific community* zu einer, wenn nicht der am dichtesten und gründlichsten erforschten Regionen der Weltgeschichte nach 1945 machte. Ein erster, noch immer eindrucksvoller und mit Gewinn zu lesender Überblick über die immense Frucht dieser Forschungseuphorie der 1990er Jahre erschien 2003 aus Anlass des 75. Geburtstags des unbestrittenen Doyens der DDR-Forschung Hermann Weber unter dem Titel „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung“.² Anstatt die bereits darin ausgebreitete und heute noch immer gültige Vielfalt der hochspezialisierten Forschungsthemen erneut zu rekapitulieren, sollen im Folgenden grundlegende Phasen und Trends der Entwicklung bis in die Gegenwart sowie ein Ausblick skizziert werden.

Traditionelle Politikgeschichte im Zeichen des Totalitarismusansatzes

Die Aktenöffnung der DDR-Quellen auf ganzer Breite eröffnete zunächst einmal die Möglichkeit, binnen kurzer Zeit großflächig „Tatsachen“ der DDR-Vergangenheit zu entdecken und festzuhalten, etliche der „weißen Flecken“ der Kommunismusgeschichte (Hermann We-

ber) zu beseitigen und mit einigen Legenden aufzuräumen. Es lag daher in der Natur der Sache, dass während der ersten Welle der DDR-Forschungen nach der Archivrevolution ein positivistisches Verständnis historischer Ereignisse vorherrschte, das sich vor allem an den Strukturen und Aktionen des Herrschaftsapparates orientierte. Nur zum Teil verband sich diese fachwissenschaftliche Perspektive mit der sofort nach 1989 einsetzenden Rehabilitierung der Totalitarismustheorie. In den Diskussionen der Enquêtekommisionen des Deutschen Bundestages, in publizistischen Debatten, vor allem auch in den damit verbundenen politikwissenschaftlichen Kontroversen fanden verschiedene Spiel- und Lesarten dieses Konzepts hingegen deutlich breiteren Anklang. Das war vor allem dem postrevolutionären Erfordernis der eindeutigen Entlarvung und Denunzierung des SED-Regimes und der Sowjetherrschaft als eine mit der Nazi-Diktatur grundsätzlich vergleichbare Gewalt- und Willkürherrschaft zu verdanken. Allerdings stand die Abstraktheit dieser Debatte mit ihren Typenbildungen und Strukturmerkmalskatalogen in einer gewissen Spannung zu zahlreichen quellengesättigten Rekonstruktionen, in denen das Attribut „totalitär“ eher als rhetorisches Beiwerk fungierte.

Die weitgehend unangefochtene Rede von „der“ totalitären Diktatur in den Sonntagsreden der Politikerinnen und Politiker und in den Feuilletons stellt sich rückblickend betrachtet als ein Pseudo-Triumph der Theorien totalitärer Herrschaft heraus, zumindest wenn man die professionelle Erforschung der DDR-Vergangenheit im Fach Geschichte zum Maßstab nimmt. Das ist am allerwenigsten diesen Theorien in ihrer ursprünglichen Ausarbeitung anzulasten. Sie waren als Gegenwartsdiagnosen verfasst worden, um inmitten des welthistorischen Konflikts zwischen liberalen Demokratien und verschiedenen Spielarten extremer Gewaltherrschaft zu seinem tieferen Verständnis beizutragen – und nicht als Gebrauchsanleitungen für deren rückblickende empirisch-historische Erforschung nach dem Ende des

¹ „Archivrevolution“ ist der in der internationalen Forschung gängige Begriff für die plötzliche Öffnung der Staats- und Parteiarchive der ehemals kommunistischen Staaten des Ostblocks ab 1990; vgl. Sonia Combe (Hrsg.), *Archives et histoire dans les sociétés postcommunistes*, Paris 2009.

² Vgl. Rainer Eppelmann et al. (Hrsg.), *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn 2003.

Konflikts, das in diesen Theorien in der Regel kaum „vorgesehen“ war. Vieles von dem, was an solider Rekonstruktion politischer Herrschaftsgeschichte aus den neu zugänglichen Quellen erarbeitet wurde, ließ sich daher ohne größere Mühe unter dem Dach einer formelhaft verkürzten Lesart dieses Ansatzes platzieren. Das hat eine Reihe verdienstvoller, noch heute lesenswerter Arbeiten zur Herrschaftsgeschichte der DDR entstehen lassen.^{f3}

Frage nach der DDR als Gesellschaft

Zum Zeitpunkt der Vereinigung spielte die westdeutsche, mittlerweile um geschlechter- und alltagshistorische Ansätze erweiterte Sozialgeschichte in den Beratungsgremien der Wissenschaftspolitik eine tonangebende Rolle und prägte folglich auch den Umgestaltungsprozess der ostdeutschen Universitäts- und Forschungslandschaft. Ihre Vertreterinnen und Vertreter nahmen die Herausforderung an, ihr explizites, sich dezidiert eklektizistisch aus dem Repertoire der Nachbarwissenschaften speisendes Methoden- und Theorieverständnis nun anhand des neuen Forschungsgegenstandes „DDR“ weiterzuentwickeln. Den sichtbaren Anfang bildete ein von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr herausgegebener Tagungsband „Sozialgeschichte der DDR“^{f4} und einige in der Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“ veröffentlichte Beiträge.^{f5} Auch der von Richard Bessel, einem britischen Sozialhistoriker, und Ralph Jessen, einem Schüler von Jürgen Kocka, herausgegebene Tagungsband „Die Grenzen der Diktatur“ von 1996 gehört zu diesen ersten Positionsbestimmungen einer Gesellschaftsgeschichte der DDR als einer „modernen Diktatur“.^{f6} Die Überformung aller

sozialen und kulturellen Beziehungen durch den Gestaltungsanspruch der SED und des von ihr befehligten Staatsapparates stellten ihr zentrales konzeptionelles Problem dar.

Sozialgeschichte war in Nachfolge von Marx und Weber immer von einer relativen Autonomie der durch Produktions- und Reproduktionsverhältnisse gestifteten sozialen Beziehungen ausgegangen, um anschließend einen Bezug zur Sphäre des Staates herzustellen. In der staatssozialistischen Diktatur funktionierte es umgekehrt: Alles Soziale schien gemäß dem Herrschaftsanspruch der Monopolpartei und ihrer Ideologie aus dem Politischen abgeleitet.^{f7} Auf der Suche nach Möglichkeiten, dennoch ein genuin sozialgeschichtliches Untersuchungsobjekt zu bestimmen, erlangten die mikrohistorische und erfahrungsgeschichtliche Herangehensweise der Alltagsgeschichte, denen das Establishment der „Bielefelder“ zehn Jahre zuvor noch polemisch entgegengetreten war, einen Bedeutungszuwachs: Ganz offensichtlich wäre eine auf die Makroebene beschränkte Sozialgeschichte der DDR bei ihrer „Draufsicht“ der Wirklichkeitskonstruktion des seinerzeitigen Wahrheitsmonopolisten SED verhaftet geblieben. Auf die unterste und mittlere Ebene zu gehen und von den individuellen Akteuren her die Herrschaftspraxis im SED-Staat nachzuzeichnen und nicht lediglich das Herrschaftsdesign, ermöglichte die Entdeckung des Informellen, des mangels Meinungsfreiheit Unausgesprochenen, und damit die Rekonstruktion sozialer Beziehungen unterhalb und außerhalb des vom SED-Staat vorgegebenen institutionellen Rahmens.^{f8}

eine moderne Diktatur?, in: Reinhard Rürup et al. (Hrsg.), *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup*, Frankfurt/M.–New York 1999, S. 540–550.

^{f3} Vgl. als eine der frühesten Armin Mitter/Stefan Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993.

^{f4} Hartmut Kaelble et al. (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994.

^{f5} Vgl. Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 19 (1993) 1, S. 5–14; Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21 (1995) 1, S. 96–110; Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 24 (1998) 1, S. 110–131.

^{f6} Vgl. Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996; Jürgen Kocka, *Die DDR –*

^{f7} Vgl. die damals unter Sozialhistorikerinnen und -historikern überaus einflussreiche Studie von Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt/M. 1993.

^{f8} Vgl. Thomas Lindenberger, *Alltagsgeschichte und ihr Beitrag zur Erforschung der Sozialgeschichte der DDR*, in: R. Bessel/R. Jessen (Anm. 6), S. 298–325; ders., *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln 1999; ders., *SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und „Eigen-Sinn“*, in: Jens Gieseke (Hrsg.), *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*, Göttingen 2007, S. 23–47; Peter Becker/Alf Lütke, *AKten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte: Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, Berlin 1997.

Als Forschungsprogramm umgesetzt, brachte diese Perspektive bis auf den heutigen Tag eine Fülle an spezialisierten Einzelstudien und Überblicksdarstellungen hervor, die zusammen mit den erwähnten Darstellungen der politischen Institutionen, der Herrschaftsapparate und insbesondere der politischen Opposition in der DDR seit ungefähr Mitte der 2000er Jahre einen vorläufigen „Sättigungsgrad“ in Sachen DDR-Forschung zeitigten. Von den behandelten Zeitabschnitten her standen zunächst die frühen DDR-Jahrzehnte bis zum Mauerbau und anschließend bis zum Ende der Ulbricht-Ära im Mittelpunkt, bei einem gleichzeitigen Fokus auf die Geschichte und unmittelbare Vorgeschichte der Friedlichen Revolution. In den vergangenen zehn Jahren rückte zunehmend die dazwischenliegende Zeit der Honecker-Ära in den Mittelpunkt des Interesses, und derzeit wenden sich DDR-Forscherinnen und -Forscher vereinzelt einem Zeitraum zu, der bislang von der „Transformationsforschung“ bearbeitet wurde. In Ostdeutschland wie im ehemaligen Ostblock harren die Prozesse der Demokratisierung und des Übergangs zum Kapitalismus einer systematischen Historisierung.⁹

Auch wenn wir jetzt, fast 25 Jahre nach dem Ende der DDR, in der Zeit „nach dem großen Boom“ der DDR-Forschung angelangt sind, bleibt im vereinigten Deutschland, im Vergleich etwa mit seinen postkommunistischen Nachbarn, die kommunistische Diktatur im eigenen Land weiterhin ein fester Bestandteil der reflexiven und selbstkritischen Geschichtskultur.¹⁰ Dies ist sowohl den vielfältigen Projektförderungen zu verdanken als auch dem Pluralismus der Trägerinstitutionen und Massenmedien sowie der politischen und methodologischen Orientierungen – und nicht zuletzt dem anhaltenden Interesse nicht nur der eigenen Gesellschaft, sondern auch der europäischen und nordamerikanischen *scientific community*. Da-

⁹ Vgl. Philipp Ther, Das „neue Europa“ seit 1989. Überlegungen zu einer Geschichte der Transformationszeit, in: *Zeithistorische Forschungen*, 6 (2009) 1, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Ther-1-2009 (19. 5. 1014); ders., Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Frankfurt/M. 2014 (i. E.).

¹⁰ Vgl. Martin Sabrow (Hrsg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009.

bei kann an einige Gewissheiten angeknüpft werden, die sich nach und nach „eingebürgert“ haben: Der Diktaturcharakter des politischen Systems der DDR ist unstrittig, versinnbildlicht in der diktatorischen Stellung der SED-Führung und der übermächtigen Stellung des Repressionsorgans MfS als „Schild und Schwert der Partei“.¹¹ Ebenso hat sich die Sichtweise etabliert, dass SED-Herrschaftssystem und DDR-Gesellschaft nicht unversehens gleichzusetzen sind. Bei weitem nicht alles, was in der DDR „war“, ist allein aus dem diktatorischen Charakter ihres politischen Systems zu erklären. Ebenso hat sich herumgesprochen, dass nicht ein Entweder-oder, sondern nur ein konstruktives Neben- und Miteinander von methodischen Zugängen weiterführt: Es heißt nicht mehr „Alltagsgeschichte“ oder „Repressionsgeschichte“, sondern „Repression im Alltag“ und „Alltag der Repression und der Repressionsorgane“.¹²

Dennoch: Oberflächlich betrachtet fällt es heute nicht mehr so leicht, Themen oder Bereiche zu benennen, zu denen es noch rein gar nichts „gibt“. Wer das Geschäft seit den frühen 1990er Jahren mitverfolgt und -gestaltet hat, dem kommt heute beim Lesen der Rezensionen oder Drittmittelanträge immer öfter das Diktum Karl Valentins in den Sinn, wonach zwar schon alles gesagt sei, aber eben noch nicht von allen. Wir dürfen uns also bei der Beantwortung der Frage, ob die DDR „ausgeforscht“ sei, nicht mehr, wie damals, von der Suche nach noch völlig unbekanntem Gegenständen und Ereignissen leiten lassen. Was mehr denn je das Innovative in der Forschung ausmacht, ist nicht das einzelne Untersuchungsobjekt, sondern die wissenschaftliche Fragestellung und mit ihr das über die SBZ und die DDR hinausweisende Erkenntnisinteresse. Die DDR als Untersuchungsgegenstand und Untersuchungsfeld reiht sich nun in die übrigen Gegenstandsbereiche und Epochen der historischen Forschung ein. Wie bei Themen der Frühen Neuzeit oder des 19. Jahrhunderts muss auch bei der DDR jede neue Forscher-Kohorte,

¹¹ Jens Gieseke, *Die Stasi. 1945–1990*, München 2011; ders. (Hrsg.), *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011.

¹² Vgl. die Beiträge in J. Gieseke (Anm. 8) sowie Jan Palmowski, *Inventing a Socialist Nation. Heimat and the Politics of Everyday Life in the GDR, 1945–1990*, Cambridge 2009.

von einem umfangreichen wissenschaftlich und kulturell überlieferten Vorwissen ausgehend, immer wieder diejenigen Fragen und Erkenntnisinteressen neu entdecken und formulieren, die für ihre Zeit am bedeutsamsten und aufschlussreichsten sind. Das Argument, dass man X oder Y „in der DDR“ erforschen *muss*, nur weil es noch keiner gemacht hat, zieht nicht mehr. Auf der Ebene der bloßen Tatsachen wird die Wahrscheinlichkeit der unverhofften Überraschungen und der gelüfteten Geheimnisse immer geringer – es sei denn, es tritt das Moment einer aus Gegenwartsinteressen abgeleiteten Fragestellung hinzu, die so noch nicht an Untersuchungsgegenstände der DDR-Forschung herangetragen worden war.

Was bleibt (zu erforschen): DDR als „Fall“

Welche Fragestellungen und Problematiken könnten das sein? Bereits 2003 hat Jürgen Kocka anlässlich der Vorstellung des erwähnten Bilanz-und-Perspektiven-Bandes in einem aufsehenerregenden Vortrag vor einer Selbstisolierung der DDR-Forschung gewarnt.¹³ Seitdem verrete ich mit einem Teil der Fachkolleginnen und -kollegen die Ansicht, dass sich die weitere Erforschung der DDR-Geschichte vor allem dort *wissenschaftlich* lohnt, wo sie systematisch in vergleichende und internationale Bezüge im weitesten Sinne des Wortes eingebettet ist.¹⁴ Nur so kann dieses Spezialgebiet den mittlerweile erreichten Grad an Integration und Anerkennung in der Gemeinschaft der historischen Subdisziplinen aufrechterhalten. Andernfalls droht ihm die Herabstufung zu einer Spielart der Landesgeschichte neben anderen. Das wäre in Deutschland gar nicht mal so ehrenrührig, denn dass die vergangene Eigenstaatlichkeit der Bayern, Sachsen, Hannoveraner etc. bis heute Subdisziplinen und Lehrstühle rechtfertigt, ist fester Teil der Geschichtskultur in unserem föderalen Gemeinwesen. Ob allerdings das Innovationspotenzial des Forschungs-

¹³ Vgl. Jürgen Kocka, Der Blick über den Tellerrand fehlt, in: Frankfurter Rundschau vom 22. 8. 2003.

¹⁴ Vgl. Thomas Lindenberger/Martin Sabrow, Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung. Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: Frankfurter Rundschau vom 12. 11. 2003.

feldes „DDR“ in einem solchen Reservat gut aufgehoben wäre, darf füglich bezweifelt werden.

Was ist hier mit vergleichenden und internationalen Bezügen gemeint?

1. Die sich sofort aufdrängenden Blickrichtungen einer Vergleichs- und Verflechtungsgeschichte sind der Osten und Südosten, hin zu den anderen ehemaligen kommunistischen Ländern. Auch dort ist die Forschung mittlerweile in etlichen Bereichen so weit, dass mehr möglich ist als jenes für internationale Konferenzen der 1990er und 2000er Jahre typische unverbundene Nebeneinander von Forschungsergebnissen, die mangels konzeptioneller Gemeinsamkeiten nicht zueinander „sprechen“ können. Insbesondere das von der Volkswagenstiftung von 2001 bis 2011 aufgelegte Förderungsprogramm „Einheit in der Vielfalt“ hat nicht nur die enge Zusammenarbeit deutscher Osteuropahistoriker mit Kollegen in der Region ermöglicht und neue Standards in der Förderung internationaler Forschungsnetzwerke gesetzt, sondern auch zur keineswegs selbstverständlichen Einbeziehung der DDR als Vergleichsfall beigetragen. Die deutschen Forschungen zur DDR-Geschichte genießen in diesen Kooperationen einen exzellenten Ruf, und dies nicht nur unter den Kollegen im erweiterten EU-Raum, sondern auch in den anderen postkommunistischen Ländern. Den „Fall DDR“ in derartige Projekte einzubringen, befördert vor allem das systematische Verständnis der je relativen, national bedingten Eigenheiten kommunistischer Regime im Verhältnis zum sowjetischen Modell und deren Bedeutung für das letztendliche Scheitern des kommunistischen Projekts als alternatives Weltsystem. Die Erkenntnischancen dieser Vergleichsperspektive sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

2. In einem weiteren Schritt spricht einiges dafür, die Blickrichtung des Vergleichs auch nach Westen zu richten. Damit meine ich nicht nur die alte Bundesrepublik – dazu unten mehr – sondern durchaus auch das übrige Europa. Die DDR wird in der sozialhistorischen Forschung nicht nur als ein Fall der europäischen Diktaturgeschichte, sondern zugleich als eine Variante moderner Sozialstaatlichkeit diskutiert. Sie war, in

noch größerem Umfang als die Sowjetunion selbst, von Ideen und Wertvorstellungen geprägt, die sich um 1900 in der Epoche der europäischen Hochindustrialisierung in der modernen Arbeiterbewegung herausgebildet hatten und auch nach dem leninistischen Schisma in der Fürsorgediktatur (Konrad Jarausch) virulent geblieben waren.¹⁵ Eine andere Lesart diskutiert die DDR mit ihrer zentralistischen Wirtschaftsplanung und der institutionellen Fusionierung von produktiven und reproduktiven Steuerungsinstrumenten im sozialistischen Großunternehmen als Teil der fordistischen Phase der Industriegesellschaft, deren Scheitern in erster Linie aus der politisch bedingten Unfähigkeit zum Übergang in die nach-fordistische Informations- und Dienstleistungsgesellschaft resultierte.¹⁶ Die DDR als „Fall“ in diese systematische Vergleichsperspektive einzubringen, birgt die Chance, ihre widersprüchliche Stellung zwischen nachholender industrieller Entwicklung in weiten Teilen des „Ostblocks“ und dem in Mitteldeutschland bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreichten Modernisierungsniveau genauer zu bestimmen.

3. Schließlich ist der oft beschworene, aber noch lange nicht ausgereizte innerdeutsche Vergleich anzuführen. Dass die DDR als Gemeinwesen ein Nebenprodukt der Geschichte internationaler Beziehungen war, das nach Wegfall der sowjetischen Bestandsgarantie noch schneller von der Bildfläche verschwand, als es gegründet wurde, ist nur ein Teil davon, obgleich ein wesentlicher. Die innerdeutsche Perspektive hat lange dazu tendiert, in der DDR vor allem das „ganz Andere“ der Bundesrepublik zu sehen. Das hat sich etwa in exotisierenden Metaphern wie „sowjetische Satrapie“¹⁷ geäußert. Als deren spiegelbildliche Variante kann die – zumeist in Abwehr von westdeutschen Pauschalabwer-

tungen vorgebrachte – Rede von der DDR als ein legitimer Versuch angesehen werden, eine ganz eigene, „andere“ Moderne zu realisieren.¹⁸ Gegenüber beiden Vorstellungen unterstreichen jüngere Forschungen die konstitutive Zwischenlage der DDR: Wohl war die SED als Staatspartei so abhängig von der sowjetischen Bestandsgarantie wie keine der anderen „Bruderparteien“, zugleich aber blieb die von ihr gelenkte Wirtschaft immer auf Geschäftsbeziehungen zu westdeutschen Firmen angewiesen. Um innerer Unruhe vorzubeugen, musste das Regime auch nach dem Mauerbau immer wieder Konzessionen an das auf den Westen gerichtete Zusammengehörigkeitsgefühl „seiner“ Menschen machen. Innerhalb der sowjetischen Hemisphäre ermöglichte seine „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern das im Ostblock höchste Lebensniveau sowie ein vergleichsweise gut funktionierendes Bildungs- und Gesundheitssystem. Doch zugleich konnten diese im Fernsehen und bei Verwandtenbesuchen ganz genau beobachten, wie seit den 1980er Jahren der Abstand zur Entwicklung in der Bundesrepublik immer schneller wuchs.

Und dennoch: Zivilisatorisch repräsentierte die DDR den „westlichsten“ Fall innerhalb des Ostens, weshalb sie bei vergleichenden Forschungen über die sechs Satellitenstaaten häufig als Sonderfall verbucht wird. Sie war mit Sicherheit das kommunistische Land mit den häufigsten und am weitesten ins Innere von Land und Leuten hineinwirkenden Kontakten mit dem Westen, konkret der Bundesrepublik. Für diesen Umstand hat Christoph Kleßmann die treffende Formel der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“¹⁹ der beiden deutschen Staaten gefunden. Den verschlungenen Pfaden dieser Geschichte zu folgen, bringt mit westdeutschen Firmen, Regierungsstellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zugleich zusätzliche Brisanz ins Spiel.

¹⁵ Vgl. Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 699f.; Konrad H. Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur*, in: APuZ, (1998) 20, S. 33–46.

¹⁶ Vgl. Ulrich Busch/Rainer Land, *Ostdeutschland: Vom staatssozialistischen Fordismus in die Entwicklungsfalle einer Transferökonomie*, in: Peter Bartelheimer et al. (Hrsg.), *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland*, Wiesbaden 2012, S. 153–183.

¹⁷ Hans-Ulrich Wehler, *Bundesrepublik und DDR. 1949–1990*, Bonn 2010.

¹⁸ Vgl. Christian Lannert, *„Vorwärts und nicht vergessen“? Die Vergangenheitspolitik der Partei Die Linke und ihrer Vorgängerin PDS*, Göttingen 2012, S. 106–117.

¹⁹ Christoph Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung – Umriss einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte*, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz, *Sozialismus und Kommunismus im Wandel*. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 486–499.

Hinter den sensationell aufgemachten Medienberichten über Arzneimittelforschung im Auftrag westlicher Pharmakonzerne, die in volkseigenen Betrieben von politischen Strafgefangenen geleistete „Zwangsarbeit“ für westliche Möbelfabriken oder über den Verkauf von „Häftlings-Blut“ an das Bayerische Rote Kreuz erhebt sich die Frage nach dem gewollten oder ungewollten Beitrag der Alt-Bundesrepublik zur ökonomischen und politischen Stabilisierung des SED-Regimes. Dieser kritische Blick vom Osten her auf die Geschichte der Bundesrepublik ist erst in Ansätzen erprobt und noch lange nicht „ausgeforscht“.

DDR in weiter Ferne – und doch so nah

Abschließend bleibt festzuhalten: Der Charme der Entdeckerfreude von Pionieren, die unbekanntes Terrain im eigenen Land erschließen, gehört der Vergangenheit an, unwiderruflich. Gemessen an den damaligen Geländegewinnen sinkt der Grenznutzen der in die DDR-Geschichte investierten Forschungsmittel – ein unvermeidlicher Normalisierungsprozess. Wird damit die DDR als Gegenstand historischer Forschung uninteressant, wird sie endlich eine Fußnote der Weltgeschichte (Stefan Heym)? Meine Prognose lautet: solange man den Blick starr und ausschließlich auf die DDR heftet, nicht rechts und nicht links schaut, und solange dieser Blick in erster Linie durch die gebetsmühlenartig wiederholte Bekräftigung des mittlerweile allgemein Anerkannten, nämlich des Diktaturcharakters der DDR, motiviert ist – ja.

Aber: Die DDR der Quellen ist mehr als der schriftliche Niederschlag einer perfiden und menschenverachtenden Diktatur. Sie ist nicht zuletzt dank der MfS-Überlieferung eine der am dichtesten in Archivquellen dokumentierten modernen Gesellschaften unserer Epoche. Die Fragen, die sich mit diesem Material bearbeiten lassen, weisen weit über die DDR um der DDR willen hinaus, sie betreffen – wie ich an einigen Beispielen aufzuzeigen versucht habe – grundlegende Fragen der Entwicklung moderner Industriegesellschaften, die sich nur in vergleichender und beziehungsgeschichtlicher Perspektive bearbeiten lassen.

Die Friedliche Revolution ist 25 Jahre her, und dennoch – nimmt man den unablässigen Ausstoß an Publikationen, Veranstaltungen und Medienereignissen zum Maßstab – in Deutschland noch ganz „nah“. Irgendwann aber geht alles einmal zu Ende, auch die „gefühlte“ Nähe zu diesem „Gebilde“ des Kalten Krieges. Angesichts der erfolgreichen Eingemeindung der vereinigten Deutschen in das westliche Lager und der EU-Osterweiterung wird die damals durch Deutschland verlaufende Systemgrenze des Kalten Krieges nach und nach ihre identitätsstiftende Sonderstellung einbüßen. Sie wird sich mit anderen, durch das europäische Projekt forcierten beziehungsweise dieses herausfordernden Bruchlinien verbinden. Das müssen wir zum Beispiel dieser Tage in der Auseinandersetzung um Ansprüche russischer Hegemonie in nicht zur EU gehörenden Ländern des ehemaligen Sowjetimperiums erleben.

Innerhalb eines um solche und andere globale Bezüge erweiterten Geschichts- und Selbstbildes der Deutschen wird die DDR eines fernen Tages eines von etlichen anderen untergegangenen Gemeinwesen darstellen, deren Geschichten je individuelle Eigenheiten und Idiosynkrasien aufweisen. Sie wird den Deutschen aber auch mit wachsendem zeitlichen Abstand immer noch als die eine der beiden Diktaturerfahrungen im Gedächtnis haften bleiben. Darüber hinaus werden ihre immensen und frei zugänglichen archivalischen Hinterlassenschaften weiterhin die Neugierde der historischen Forschung auf dieses untergegangene Land lenken. Hinzu kommt eine Nachfolgesellschaft, die fest entschlossen scheint, aus dieser Überlieferungssituation das Beste für ihre politische Kultur, für das Geschäft der Aufklärung und nicht zuletzt fürs Histotainment herauszuholen.

Wenn die DDR als heuristischer „Fall“ für die wissenschaftliche Forschung, als Anschauungsfall für den Demokratieunterricht, als nie versiegender Quell unterhaltsamer „authentischer“ Geschichten weiterhin Geltung beanspruchen kann, ist sie noch lange nicht ausgeforscht. Im Gegenteil, dann steht ihr noch viel „Erforschtwerden“ bevor.

Bernd Lindner

Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche

Jeder gesellschaftliche Umbruch hinterlässt Spuren in der Sprache und den Begriffen seiner Zeit. Das gilt auch für die historischen Ereignisse

Bernd Lindner

Dr. phil., geb. 1952; apl. Professor am Karlsruher Institut für Technologie; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig/Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Brockhausstr. 42, 04229 Leipzig. lindner.bernd@gmx.net

von 1989/1990 in der DDR. Rasch schälten sich damals zur Beschreibung des laufenden Prozesses Begriffe und Wortmarken heraus, die zuvor im Osten Deutschlands ungebrauchlich oder mit einer anderen Konnotation versehen waren.

Medial verbreitet und verstärkt, wurden sie schnell zu „Kampfbegriffen“ widerstrebender gesellschaftlicher Kräfte. Oder es wurde stillschweigend vorausgesetzt, dass sie dort schon immer so und nicht anders im Gebrauch waren. Waren sie erst einmal einer Person oder Denkrichtung als vermeintlichem Urheber zugeschrieben, erübrigte sich auch die Nachfrage nach weiteren, älteren Quellen für diese Begriffe und Losungen. Dass der vorletzte Staatsratsvorsitzende der DDR Egon Krenz den *Wende*-Begriff 1989 in die politische Auseinandersetzung eingebracht hat, um der *Friedlichen Revolution* und den *Bürgerbewegungen* den Schneid abzukaufen und sich an die Spitze des Dialogs und der Reformen zu setzen, gilt heute daher allgemein als unstrittig. Ebenso wird medial weiterhin verbreitet, dass die Losung „*Wir sind ein Volk!*“ eine originäre Schöpfung der DDR-Bevölkerung und ihres unbändigen Willens zur Wiedervereinigung gewesen sei. Streit flackert nur noch auf, wenn es um die örtliche Zuschreibung der zentralen Losung vom Herbst 1989 „*Wir sind das Volk!*“ geht. Wurde sie zuerst in Dresden oder Leipzig gerufen, ist die nicht ganz uneigennützte Frage.

Die vorliegende Spurensuche hat einen zeitlich wie räumlich weiteren Zuschnitt. Überprüft werden soll, wer wann und in welchem Kontext 1989 die oben genannten Begriffe und Losungen in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht hat beziehungsweise welche Referenztexte dabei Pate gestanden haben (können). Gesichtet wurden dafür zahlreiche mediale Berichte, Zeitzeugenaussagen, künstlerische Werke, die Transparente der Demonstrationen in Leipzig, Plauen, Berlin und anderen Orten sowie die Flugblätter und Programmschriften der widerstrebenden Kräfte des Herbstes 1989. Recherchiert wurde in einschlägigen Archiven und Museen, dokumentarischen Sammelbänden und auf diversen Internetseiten. Dabei habe ich nur Quellen berücksichtigt, die bereits 1989 öffentlich zugänglich waren – und zwar sowohl einer breiten medialen Öffentlichkeit in Ost und West als auch einer eingeschränkten Öffentlichkeit in relevanten Teilgruppen. Gerade die DDR-Geschichte von 1989 belegt, dass es mitunter nur kleiner Gruppen entschlossen Handelnder bedarf, um große gesellschaftliche Veränderungen in Gang zu setzen. Zugleich zeigt sie aber auch, dass diese ohne die flankierende Berichterstattung der (westlichen) Medien kaum eine solche Schlagkraft entwickelt hätten. Damit war also eine starke (direkte wie indirekte) Einflussnahme der Medien auf die Begriffsbildung während der Friedlichen Revolution in der DDR gegeben.

Bürgerbewegung

Die in der Spätphase der DDR gegründeten Bürgerbewegungen gelten zu Recht als Initiatoren und wesentliche Träger der ersten Etappen des gesellschaftlichen Umbruchs von 1989/90.¹ Dennoch war der Begriff *Bürgerbewegung* zur Bezeichnung oppositioneller Gruppen in der DDR lange ungebrauchlich. In den 1980er Jahren zahlreich entstanden, nannten sie sich selbst Arbeitsgruppe oder -kreis, Initiativgruppe oder schlicht Gesprächskreis und engagierten sich für Friedens-, Umwelt- oder Menschenrechtsfragen sowie für die „Dritte Welt“. Allein in Leipzig gab es davon über hundert.² Viele die-

¹ Vgl. Bernd Lindner, *Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90*, Bonn 2010, S. 86f.

² Vgl. Christian Dietrich/Uwe Schwabe (Hrsg.), *Freunde und Feinde. Dokumente zu den Friedensgebeten in Leipzig*, Leipzig 1994, S. 495.

ser Gruppen konnten oft nur innerhalb der Evangelischen Kirche tätig sein. Auch aus Selbstschutz nannten sie sich nicht *Bürgerbewegung*, denn die Staatssicherheit „kriminalisierte den Begriff und sah in der ‚Schaffung sogenannter Bürgerrechtsbewegungen‘ eine feindliche Absicht des Westens“.[¶] Selbst als die bereits 1985 gegründete Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) unter dem Eindruck der Entwicklung in der Sowjetunion, Polen und Ungarn am 11. März 1989 einen Aufruf an alle unabhängigen Gruppen unter dem Dach der Kirche richtete, „ihre Isolierung (zu) überwinden“ und sich den Bemühungen der IFM für „tiefgreifende Veränderungen“ in der DDR anzuschließen, vermied sie eine eindeutige Benennung der angestrebten Fusion. Die IFM sei „weder eine Organisation noch eine Partei. Um sich ihr anzuschließen, bedarf es keiner eingeschriebenen Mitgliedschaft.“[¶] Auch die Pastoren Martin Gutzeit und Markus Meckel wählten für die von ihnen angestrebte Gründung einer sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR den Umweg über eine Initiativgruppe. Alles andere sei, wie sie am 24. Juli 1989 in einem Aufruf feststellten, „zur Zeit legal nicht möglich“.[¶]

Einen Schritt weiter ging die Gruppe „Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung“. Ihr Sprecher, der Physiker Hans-Jürgen Fischbeck, forderte am 13. August 1989 in der Ostberliner Bekenntniskirche die Bildung einer „landesweiten Sammlungsbewegung“ der DDR-Opposition. Ihr Ziel war: eine „identifizierbare Alternative“ zu bieten, die bereits in zwei Jahren an der Volkskammerwahl teilnehmen könne.[¶] Einen Monat später ging aus diesem Kreis die „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“ (DJ) hervor. Sie war die erste und einzige der im Herbst 1989 gegründeten Reforminitiativen, die sich ausdrücklich als *Bürgerbewegung*

bezeichnete.[¶] Das Neue Forum (NF) definierte sich hingegen in seinem Gründungsaufruf „Aufbruch 89“ vom 10. September 1989 als „eine politische Plattform für die ganze DDR“, eine „übergreifende Initiative“ von „Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen“.[¶] Auch die Vereinigte Linke (VL) überschrieb ihren bereits am 4. September propagierten Sammlungsappell mit „Böhlemer Plattform“.[¶]

Als hektografierte Abzüge gingen diese Aufrufe von Hand zu Hand. Ausgehängt werden konnten sie meist nur in Kirchen, zum Teil aber auch in Theatern, Jugendklubs und Künstlerverbänden. Rockmusiker, Unterhaltungskünstler und Schauspieler verlasen – davon inspiriert – eigene Resolutionen, in denen sie Reformen und die offizielle Zulassung des NF forderten. Ein Beispiel ist die „Rockerresolution“ (unter anderem verfasst von Tamara Danz, Toni Krahl, Andre Herzberg, Hans-Eckardt Wenzel), die ab dem 18. September 1989 von über 3000 Musikern vor ihren Konzerten verlesen wurde. Sie taten dies trotz drohender Auftrittsverbote und zeitweiliger Verhaftungen. Wie das Ministerium für Staatssicherheit am 9. Oktober eingestehen musste, wurde die Resolution dadurch „etwa 30000 Teilnehmern öffentlicher Veranstaltungen zur Kenntnis gebracht“, wobei zum Inhalt „mehrerheitlich Zustimmung durch das Publikum erreicht wurde“.[¶] Für die Verbreitung der Gründungsaufrufe der Bürgerbewegungen sorgten aber auch westliche Medien, wobei deren Printausgaben in der DDR nur eingeschränkt zugänglich waren und Rundfunk und Fernsehen nur Teile der umfangreichen Aufrufe verlasen.

Vor und nach dem Mauerfall kam es in der DDR zur Gründung weiterer Bürgervereinigungen wie des Demokratischen Aufbruchs (DA), der Grünen Partei, der Deutschen

¶ Ehrhart Neubert, Bürgerrechtler, in: Hans-Joachim Veen et al. (Hrsg.), *Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur*, München 2000, S. 91.

¶ Aufruf der Initiative Frieden und Menschenrechte vom 11.3.1989, www.ddr89.de/ddr89/ifm/IFM22.html (29.4.2014).

¶ Martin Gutzeit/Markus Meckel, *Opposition in der DDR*, Köln 1994, S. 367.

¶ Vgl. Wieland Giebel, ... geht die DDR-Opposition an den Start, in: *Die Tageszeitung (taz)* vom 15.8.1989.

¶ Vgl. Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, Aufruf zur Einmischung in eigener Sache, in: *Temperamente. Blätter für junge Literatur*, (1990) 1, Oktober 1989 Texte, S. 20f.

¶ Neues Forum, *Aufbruch 89 – Neues Forum*, Gründungsaufruf vom 10.9.1989 (Unterstreichung im Original); zit. nach: B. Lindner (Anm. 1), S. 67.

¶ Böhlemer Plattform, Mitteilung über ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen, in: *Oktober 1989 Texte* (Anm. 7), S. 11 ff.

¶¹⁰ Zit. nach: Bernd Lindner, *DDR Rock & Pop*, Köln 2008, S. 201 f.

Forumpartei (DFP) oder der Deutschen Sozialen Union (DSU). Sie verstanden sich jedoch bereits als eigenständige Parteien. Die Medien (ab November 1989 verstärkt auch die ostdeutschen) sorgten mit ihrem Sprachgebrauch dennoch dafür, dass sich der Begriff *Bürgerbewegung* als Sammelbezeichnung für alle einschlägigen Formationen in der DDR durchsetzte; während hingegen DJ schon bald weitgehend auf diesen Namenszusatz verzichtete. Mitunter mussten seine Gründungsmitglieder, wie Ulrike Poppe und Jörg Hildebrandt, sogar erst wieder daran erinnert werden: „Wir sind, wie sie selbst sagten, 'ne Bürgerbewegung, das heißt, wir haben informelle Arbeitsstrukturen, wir sind keine Vereinigung mit festen Mitgliedschaften und natürlich keine Partei.“¹¹ Die Betonung „keine Partei“ war ihnen „besonders wichtig“. Ihr Festhalten an eher losen Strukturen wurde mit dem Gesetz zur ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 endgültig obsolet. Vorstandsmitglied Konrad Weiß bekannte am 19. Januar 1990 in einem TV-Bericht von der 1. DJ-Landeskonferenz dann auch unumwunden: „Wir sind vom Ansatz her eine Bürgerbewegung. (...) Wir haben gesagt, dass wir politische Verantwortung übernehmen wollen. Wenn das nur möglich ist, wenn man Partei ist, dann muss man darüber neu nachdenken.“¹² Das NF lehnte es weiterhin ab Partei zu werden, um den „Durchgriff der Bürgerbasis in die politische Entscheidung“ weiter gewährleisten zu können.¹³ Es schloss sich für die bevorstehende Wahl jedoch mit DJ und der IFM zum „Bündnis 90“ zusammen.

Friedliche Revolution

Der *Revolutions*-Begriff spielte im Herbst 1989 zunächst kaum eine Rolle. Das gilt auch für die Massendemonstrationen auf den Straßen von Leipzig, Plauen und Berlin.¹⁴ Wäh-

¹¹ Interview mit Ulrike Poppe und Dieter Hildebrandt, in: Aktuelle Kamera, Sendung vom 24.11.1989; 1989.dra.de/no_cache/themendossiers/politik/buergerbewegung.html (18.4.2014).

¹² Interview mit Konrad Weiß, in: Aktuelle Kamera Sendung vom 19.1.1990 (ebd.).

¹³ Jens Reich im Rechenschaftsbericht beim Kongress des NF; vgl. Die Sturm- und Drangzeit ist vorbei, in: taz vom 29.1.1990.

¹⁴ Von diesen drei Demonstrationszentren liegen umfangreiche Übersichten über die dort gerufenen Losungen und Transparente vor.

rend dort in Losungen und auf Transparenten über vierzig Mal der Wunsch nach Reformen thematisiert wurde, war in ihnen nur sechs Mal von einer *Revolution* die Rede. Und dies zudem erst spät: „Es lebe die Oktoberrevolution 1989“ wurde am 4. November auf einem Berliner Transparent verkündet.¹⁵ Die gleiche Losung ist vom 18. November auch aus Plauen überliefert.¹⁶ In Leipzig tauchte der Begriff gar erst am 11. Dezember auf – dann aber gleich auf zwei Transparenten: „Es lebe die sächsische Revolution!“ und „Wir brauchen jetzt eine psychologische Revolution – im Kopf muss es beginnen!“¹⁷

Die Bürgerrechtler selbst benutzten den *Revolutions*-Begriff lange nur in historischen Kontexten. So formulierte DJ in seinem Gründungsauftrag: „Wir wollen, dass die sozialistische Revolution, die in der Verstaatlichung stehen geblieben ist, weitergeführt und dadurch zukunftsfähig gemacht wird.“¹⁸ Ähnlich der Schriftsteller Stefan Heym in seiner Rede am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz. Freudig begrüßte er das Erlernen des „aufrechten Gangs“, und „das in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen waren“.¹⁹ Aber auch in westlichen Medien fand sich der Begriff selten. So berichtete „Die Tageszeitung“ (taz) vom 18. Oktober 1989 unter der Schlagzeile „Schlüsselläuten der Revolution“ von einer Dialogveranstaltung auf dem Dresdner Rathausplatz, ohne aber weiter auf den Begriff einzugehen.

All das verwundert, zog sich doch – dank Michail Gorbatschow und seiner „Revolution von oben“²⁰ – der Begriff durch die gesamte zweite Hälfte der 1980er Jahre. Daran, dass die Perestroika eine „neue Revolution“ in Nachfolge der Oktoberrevolution von

¹⁵ Vgl. Initiativgruppe 4.11.89 (Hrsg.), 40 Jahre DDR – TschüSSED 4.11.89, Berlin-Bonn 1990, S. 21.

¹⁶ Vgl. Annaliese Saupe, Das Volk steht auf!, Plauen 1990 (unveröffentlichte Chronik vom 28.10.1989 bis 17.3.1990, 19 Seiten). Aus dem nah gelegenen Markneukirchen ist die Variante „Es lebe die '89er Oktoberrevolution“ überliefert; vgl. B. Lindner (Anm. 1), S. 83.

¹⁷ Wolfgang Schneider (Hrsg.), Leipziger Demontagebuch, Demo – Montag – Tagebuch, Leipzig 1990, S. 154f.

¹⁸ Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (Anm. 7).

¹⁹ Initiativgruppe 4.11.89 (Anm. 15), S. 36.

²⁰ Michail Gorbatschow, Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1988, S. 65.

1917 sei, ließ Gorbatschow nie einen Zweifel. Der Sozialismus benötige „mehrere revolutionäre Anläufe (...), um alle seine Potenzen zur Geltung zu bringen“.¹¹

Das Adjektiv *friedlich* war im Herbst 1989 in der DDR dagegen ständig präsent. Denn anders als gewaltfrei konnten sich Bürgerbewegungen wie DJ keine Veränderungen vorstellen: „Unser Land bedarf der friedlichen demokratischen Erneuerung.“¹² Mit der landesweiten Eskalation der Gewalt durch die SED-Führung am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 gewann der Aspekt der Friedlichkeit noch mehr an Bedeutung – und zwar auf beiden Seiten: „Ein Volk, das zur Sprachlosigkeit gezwungen wurde, fängt an, gewalttätig zu werden“, mahnten Dresdner Schauspieler in einem öffentlich verlesenen Appell.¹³ Und am 9. Oktober beschwor die VL in Leipzig in einem Flugblatt Demonstrierende wie Sicherheitskräfte: „Die demokratische Bewegung kann nur friedlich und gewaltfrei ihren Weg gehen.“¹⁴

In Verbindung zueinander wurden beide Begriffe aber erst Wochen später gebracht. Am Abend des 4. November 1989 bilanzierten die Aktivistinnen und Aktivisten der Berliner Umweltbibliothek erleichtert die Ereignisse im Land mit dem Satz: „Eine neue DDR-Identität ist entstanden, die Identität einer gewaltlosen Revolution.“¹⁵ Und am 6. November umschrieb Klaus Hartung in einem taz-Kommentar unter dem vorahnungsvollen Titel „Der Fall der Mauer“ das Geschehen in der DDR wie folgt: „Es ist die erstaunlichste, die unvorstellbarste Revolution, die man sich denken kann. Die Läden sind geöffnet, die Eisenbahnen fahren, die Büros sind besetzt, und zur gleichen Zeit (...) wird die realsozialistische Herrschaft zersetzt (...)“

Den Begriff der *Friedlichen Revolution* aber, der die Vorgänge in der DDR im Herbst 1989 in gültiger Weise beschreibt, formulierte erst-

mals ein Westdeutscher: Walter Momper, damals Regierender Bürgermeister von West-Berlin. Am Abend nach dem Mauerfall, dem 10. November 1989, beglückwünschte er in einer Rede vor dem Schöneberger Rathaus „die Bürgerinnen und Bürger der DDR zu ihrer friedlichen und demokratischen Revolution.“ Weiter führte er aus: „Nach der Revolution von 1918, die auch am 9. November stattfand, ist dies die erste demokratische Revolution in Deutschland, die erste Revolution, die mit völlig friedlichen Mitteln (...) durchgesetzt wird. Wir bewundern den Mut und die Disziplin der demokratischen Bewegung in der DDR.“ Davon, so war er überzeugt, könnten sich die Westdeutschen „noch manche Scheibe abschneiden“.¹⁶ Mompers Glückwunsch an die friedlichen Revolutionäre in der DDR wurde in vielen Medien ausgestrahlt und tags darauf von zahlreichen westdeutschen Zeitungen gedruckt. Aber auch die Nachrichtenagentur der DDR ADN verbreitete Mompers Gratulation. Sie widmete seiner Rede sogar mehr als die Hälfte ihrer 30-Zeilen-Meldung – in der ihr eigenen Diktion: „Starken Beifall fand die Feststellung Mompers, es könne sein, dass der Westen, was die demokratische Kultur angehe, in der Zukunft von der DDR noch einiges lernen könne.“ Die Meldung erschien wortgleich in allen Tageszeitungen der DDR.¹⁷

Zwei Tage später findet sich Mompers Begriffspaar in einer Erklärung des NF: „Bürgerinnen und Bürger der DDR! Eure spontanen und furchtlosen Willensbekundungen im ganzen Land haben eine friedliche Revolution in Gang gesetzt, haben das Politbüro gestürzt und die Mauer durchbrochen.“¹⁸ Aber auch Ludwig Mehlhorn von DJ nannte die Ereignisse des Herbstes 1989 nun plötzlich „unsere friedlich-gewaltfreie Revolution“.¹⁹ Ein Sprachduktus, der sich in den Reihen der Herbstrevolutionäre vorerst aber nicht durchsetzen sollte. So bekundete Konrad Weiß schon bald darauf:

¹¹ Ebd., S. 58 f.

¹² Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (Anm. 7).

¹³ Hans Kromer, Dresden: Die friedliche Revolution, Bremen 1990, o.S.; am 4. und 5. 10. 1989 hatten Ausreisewillige gewaltsam versucht den Dresdner Hauptbahnhof zu stürmen, um die Züge mit den Botenschaftsflüchtlingen aus Prag zu erreichen.

¹⁴ B. Lindner (Anm. 1), S. 108.

¹⁵ R.L., Eine Kundgebung als Plebiszit, in: Telegraph, (1989) 7, S. 1.

¹⁶ Für den vollen Wortlaut der Rede vgl. www.ruhr-nachrichten.de/staedte/selm/Walter-Mompers-Rede-vom-10-November-1989;art931,722470 (29.4.2014).

¹⁷ Unter anderem in: Neues Deutschland (ND) und Berliner Zeitung vom 11. 11. 1989, S. 13 bzw. S. 8.

¹⁸ Initiativgruppe Neues Forum, Die Mauer ist gefallen, in: taz DDR-Journal zur Novemberrevolution, Berlin 1990, S. 132.

¹⁹ Ludwig Mehlhorn, „Die Mauer muss weg“ – Und nun?, in: Demokratie Jetzt, Zeitung der Bürgerbewegung, (1989) 8, S. 3.

„Ich selbst gebrauche eigentlich das Wort ‚Revolution‘ in diesem Zusammenhang nicht, sondern ich sage ‚Umbruch‘.“^{F30} Distanziert äußerte sich auch Bärbel Bohley, die von westlichen Medien gern als „Mutter der Revolution“ gefeiert wurde. Sie gab im Frühjahr 1990 zu Protokoll: „Ich habe schon immer daran gezweifelt, dass es eine Revolution ist. Ich habe das mehr als ein Aufbegehren empfunden, das aus einer großen Hilflosigkeit entstanden ist.“^{F31}

Westdeutschen Politikerinnen und Politikern ging die Wortmarke dagegen bald leicht über die Lippen. Bundeskanzler Helmut Kohl fand in seiner Ansprache vor der Dresdner Frauenkirche am 19. Dezember 1989 nun ebenfalls Worte „der Anerkennung und Bewunderung für diese friedliche Revolution“.^{F32} Wenige Wochen später präsentierte sich der DA, der zusammen mit der Ost-CDU und der DSU die Wahlvereinigung „Allianz für Deutschland“ eingegangen war, auf Handzetteln als „Partei der gewaltfreien demokratischen Revolution“.^{F33}

Wende

Im Jahr 1988 hatte Volker Braun das Gedicht „Die Wende“ verfasst:

*Dieser überraschende Landwind
In den Korridoren. Zerschmetterte
Schreibtische. Das Blut, das die Zeitungen
UND DER RUHM? UND DER HUNGER
Erbrechen. Auf den Hacken
Dreht sich die Geschichte um;
Für einen Moment
Entschlossen.“*

Ein Jahr später eröffnete am 11. Oktober 1989 der Dichter die 40. Spielzeit des Berliner En-

^{F30} Konrad Weiß, Die missglückte Revolution, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35 (1990) 5, S. 555.

^{F31} Hagen Findeis et al. (Hrsg.), Die Entzauberung des Politischen, Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interviews mit ehemals führenden Vertretern, Leipzig 1994, S. 57.

^{F32} Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Rede des Bundeskanzlers vor der Frauenkirche in Dresden, Kundgebung am 19. Dezember 1989, Bulletin 150–89 vom 22. 12. 1989, S. 1261.

^{F33} Demokratischer Aufbruch, Der Wahlkampf hat begonnen!, 1990 (o. D.), www.deutscheeinheit-leipzig.de/ausstellung/hausderdemokratie/dokumente/da/1_Allianz.pdf (30.3.2014).

sembles mit dem eigens dafür verfassten Prolog „Gegen die symmetrische Welt“. Der vierteilige Text endet mit der Aufforderung: „Eröffnen wir/Auch das Gespräch/Über die Wende im Land.“^{F34} Volker Braun bezieht sich dabei auf Gorbatschow, zu dessen Vokabular der *Wende*-Begriff gehört habe,^{F35} auch wenn der sowjetische Reformler ihn hauptsächlich im Zusammenhang mit globalen und Abrüstungsfragen verwendete.^{F36} Sein *Wende*-Gedicht trug Braun im Herbst 1989 wiederholt öffentlich vor, so unter anderem am 28. Oktober in der Ostberliner Erlöserkirche^{F37} oder in der Leipziger „Neuen Szene“ am 9. November. Sein Prolog-Text wurde in jenen Wochen vom Ostberliner Brecht-Zentrum als Flugblatt verteilt. Ebenfalls als Flugschrift im Umlauf war seit dem 4. September der Gründungsappell der VL, in dem es einleitend hieß: „Ein linkes alternatives Konzept für eine Wende wird immer dringlicher!“^{F38}

Der *Wende*-Begriff war – in Bezug auf die angestrebte Gesellschaftsreform – in der DDR also bereits länger im Gebrauch, noch bevor „Der Spiegel“ ihn am 16. Oktober 1989 auf seinen Titel druckte. Der eigentliche Aufmacher des Heftes war eine anderer, doch angesichts der machtvollen Demonstration der 70 000 am Montag zuvor in Leipzig überspannte das Cover zusätzlich eine gelbe Banderole. Sie verkündete kurz und knapp: „DDR – Die Wende“. Erst weitere zwei Tage später – am Ende der Begriffsschöpfungshistorie – trat Egon Krenz damit in Erscheinung. Der frisch gekürte SED-Generalsekretär verkündete am Abend des 18. Oktober 1989 via Fernsehen und Rundfunk: „Mit der heutigen Tagung des Zentralkomitees werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen.“^{F39} Allein, dass er den *Wende*-Begriff von nun an wieder und wieder gebrauchte, um sich und die SED zu den eigentlichen Erneuerern der DDR zu stilisieren, macht Krenz – auch im Nachhinein – nicht zu dessen Schöpfer, zu dem er bis heute aber allenthalben

^{F34} Beide Texte veröffentlicht in: Volker Braun, Die Zickzackbrücke. Ein Abrißkalender, Halle 1992, S. 13 bzw. S. 37–39.

^{F35} E-Mail an den Verfasser vom 14. 1. 2014.

^{F36} Vgl. M. Gorbatschow (Anm. 20), S. 62 f., 239 f.

^{F37} Vgl. Initiativegruppe Neues Forum (Anm. 28), S. 63 und Oktober 1989 Texte (Anm. 7), S. 154.

^{F38} Böhlener Plattform (Anm. 9), S. 12.

^{F39} Vgl. ND vom 19. 10. 1989, S. 4.

erklärt wird. Er hat den Begriff lediglich korrumpiert, was wachen Zeitgenossen übrigens bereits damals auffiel. Christa Wolf stellte in ihrer Rede am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz fest: „Mit dem Wort Wende habe ich meine Schwierigkeiten. Ich sehe da ein Segelboot, der Kapitän ruft: ‚Klar zur Wende!‘, weil der Wind sich gedreht hat und die Mannschaft duckt sich, wenn der Segelbaum über das Boot fegt.“^{f40} Und lakonisch kommentierten Transparente auf der gleichen Demonstration: „Wenden nicht winden“, „Zugeständnisse sind keine Wende“ oder „Prima Egon, wende gehst“.^{f41} Die Sprechergruppe der VL mahnte einen Tag später an: „Wir hören jetzt häufig, die ‚Wende‘ sei da, und manchmal schon, sie sei unumkehrbar. Wir hören dies auch von Politikern, die noch vor wenigen Wochen zentrale Interessen der Bevölkerung ignorierten und die Notwendigkeit einer Reform entschieden bestritten haben.“^{f42} Weitere Belege ließen sich anfügen. Statt also fortgesetzt auf Krenz als vermeintlichen Schöpfer des *Wende*-Begriffes zu zeigen und ihn damit nachträglich auf das Podest zu heben, das er damals gern erklommen hätte, sollte analytisch hinterfragt werden, warum „bis heute ‚Wende‘ derjenige Begriff (ist), der für die meisten Ostdeutschen den fundamentalen Wandel des Herbstes 1989 am besten einfängt“.^{f43}

„Wir sind das Volk!“

Auch die zentrale Losung der Friedlichen Revolution, die wie keine andere deren basisdemokratischen Anspruch auf den Punkt brachte, hat künstlerische Vorläufer. Dabei muss man nicht einmal bis auf Friedrich Schiller^{f44} oder Ferdinand Freiligrath und dessen Revolutionshymnus von 1848 „Trotz alledem!“ zurückgehen: „Wir sind das Volk, die Menschheit wir,/Sind ewig drum, trotz

alledem! (...)Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht/Unser ist die Welt, trotz alledem!“^{f45} Es reicht auch der Rückgriff auf aktuellere Quellen wie den Song „Prügelknaben“ der ostdeutschen Punkband Schleimkeim, die schon Mitte der 1980er Jahre sang: „Wir wollen nicht mehr, wie ihr wollt/Wir wollen unsere Freiheit/Wir sind das Volk, wir sind die Macht (...)Es ist zu spät, wenn es erstmal kracht.“^{f46} Die Band stammte zwar aus Gotha und gerufen wurde die Losung „Wir sind das Volk!“ zuerst auf der Leipziger Montagsdemonstration am 2. Oktober 1989,^{f47} aber „die Punkszene in Leipzig war durch Konzertauftritte und die umlaufenden Kassetten mit der SK-Musik vertraut, auch mit den Texten.“^{f48} Wer kann schon ausschließen, dass damals ein Punk „als erster die Parole gerufen“ hat; „unter den 25 000 Demonstranten werden gewiss einige dabei gewesen sein.“^{f49} Eine andere Spur führt gar in die USA. In Martin Scorseses Film „Taxi Driver“ (1975), verliebt sich dessen Held – der New Yorker Taxifahrer Travis (dargestellt von Robert De Niro) – in die Wahlkampf Helferin eines konservativen Politikers. Dessen Kampagne steht unter dem Slogan „We are the people!“ In der Synchronfassung des Films, der in den 1980er Jahren mehrfach von bundesdeutschen Fernsehsendern und damit auch auf das Territorium der DDR ausgestrahlt wurde, ist die Losung mit „Wir sind das Volk!“ übersetzt worden.

Die Situation, in der die Losung erstmals auf dem Innenstadtring von Leipzig gerufen wurde, war äußerst angespannt. Der Demonstrationzug wurde von einer Polizeisperrkette mit Hunden am Weiterziehen gehindert. „Als die Polizisten den Lautsprecher einschalteten und sagten: ‚Hier spricht die Volkspolizei!‘, antwortete die Menge: ‚Wir sind das Volk!‘“.^{f50} Eine Situation, die der auf

^{f40} Vgl. Initiativgruppe 4.11.89 (Anm. 15), S. 38.

^{f41} Ebd., S. 20ff.

^{f42} Aufruf der Initiative für eine vereinigte Linke an alle Werktätigen der DDR, 5. 11. 1989, in: Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst, (1990) 60/63, S. 12.

^{f43} Eckhard Jesse, Eine Revolution stürzt das SED-Regime, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Dreißig Thesen zur deutschen Einheit, Freiburg 2009, S. 29.

^{f44} Vgl. Hartmut Zwahr, Revolutionen in Sachsen. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte, Weimar 1996, S. 425.

^{f45} Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 403.

^{f46} www.golyr.de/schleimkeim/songtext-pruegelknaben-588920.html (20. 1. 2014).

^{f47} Vgl. B. Lindner (Anm. 1), S. 87f.

^{f48} Anne Hahn/Frank Willmann, Satan, kannst du mir noch mal verzeihen: Otze Ehrlich, Schleimkeim und der ganze Rest, Mainz 2008, S. 143. SK steht für Schleimkeim.

^{f49} Ebd.

^{f50} Zit. nach: Martin Jankowski, Der Tag, der Deutschland veränderte. 9. Oktober 1989, Leipzig 2007, S. 63.

dem Tiananmen-Platz in Peking vier Monate zuvor erstaunlich ähnelte. Ein chinesischer Zeitzeuge berichtete darüber im Juni-Heft der „Umweltblätter“: „Wir blieben sitzen und sangen Hand in Hand die ‚Internationale‘. Außerdem riefen wir: ‚Volksbefreiungsarmee, schlag nicht das Volk!‘“^{f51} Dieser und andere Berichte über den blutigen Terror in Peking machten unter den Bürgerrechtlern in der DDR die Runde und hingen auch in Kirchen aus. Dadurch könnte ebenfalls der „Wort-Funke“ auf die Leipziger Demonstranten übergesprungen sein. Denkbar ist aber auch, „dass der Ruf aus verschiedenen Anlässen nahezu gleichzeitig entstanden ist. Er lag bei der Fülle der Gelegenheiten in der Luft und verbreitete sich in Windeseile.“^{f52} So zeigt ein am 7. Oktober 1989 in Plauen aufgenommenes Foto zwei Jugendliche mit einem schmalen Transparent, auf dem die Losung „Wir sind das Volk!“ zu lesen ist.^{f53}

Ein weiterer Beleg dafür, dass diese Losung zuerst am 2. Oktober 1989 in Leipzig und nicht am 8. Oktober in Dresden gerufen wurde,^{f54} ist ihre frühe Adaption in die nicht weniger bekannte Losung „Wir sind ein Volk!“. Sie wurde erstmals am 9. Oktober 1989 auf einem Flugblatt dreier Leipziger Bürgerrechtsgruppen mehr als 30 000 Mal im Stadtzentrum verteilt. Auf diesem Appell für Gewaltlosigkeit ist der Satz „Wir sind ein Volk!“ im Drucksatz deutlich hervorgehoben. Er sollte nicht übersehen werden, wandte er sich doch an die hochgerüsteten Sicherheitskräfte ebenso wie an die 70 000 entschlossenen Demonstranten, die sich auf dem Ring um die Leipziger Innenstadt versammelt hatten. Sie alle waren an diesem Schicksalstag „ein Volk“, und nur wenn sich beide Seiten jeder Gewalt enthielten, war ein Blutvergießen zu verhindern. Gedruckt wurden die Flugblätter bereits am 8. Oktober 1989. Und auch

^{f51} Das Massaker auf dem Tiananmen-Platz, Bericht eines anonymen Teilnehmers, in: Wen-Hui, Zeitung der chinesischen KP in Honkong vom 5.6.1989, in: Umweltblätter, (1989) 7, S. 14–18. Die Umweltblätter, hergestellt in der Ostberliner Umweltbibliothek, erschienen 1989 in einer Auflage von bis zu 4000 Exemplaren.

^{f52} Wolfgang Schuller, Die deutsche Revolution 1989, Berlin 2009, S. 306.

^{f53} Vgl. Abbildung in Bernd Lindner, Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 1998, S. 75.

^{f54} Vgl. u. a. Michael Richter, Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Göttingen 2009, S. 350.

überregional wurde der Text bekannt, da ihn die taz in ihrer Ausgabe vom 9. Oktober vollständig abdruckte.^{f55}

Als die Losung am 11. November 1989 das nächste Mal in der Öffentlichkeit erschien, hatte sie eine gänzlich andere Konnotation: An diesem Tag titelte die „Bild“ in unübersehbar großen Lettern: „Wir sind das Volk“ rufen sie heute – ‚Wir sind ein Volk‘ rufen sie morgen!“ Ihre Karriere als CDU-Wahlkampflosung zur deutschen Einheit stand ihr da aber noch bevor.^{f56}

Vorläufiges Fazit

In dieser Begriffsgeschichte wurde mit *Bürgerbewegung*, *Friedliche Revolution*, *Wende* und „Wir sind das Volk“ auf einige zentrale Begriffe und Losungen des Herbstes 1989 in der DDR und ihre (möglichen) Quellen eingegangen. Auf die für die damalige Bürgerbewegung nicht minder zentralen Begriffe *Dialog* und *Reform* konnte hier aus Platzgründen nicht gesondert eingegangen werden. Die Recherchen, die dem Beitrag zugrunde liegen, sind jedoch weitaus umfangreicher. Zugleich harren weitere Quellen noch der Sichtung.^{f57} Direkte kausale Zusammenhänge zwischen den benannten Begriffsquellen und ihrem Wirksamwerden im Umbruchprozess 1989/90 können allerdings nur bedingt aufgezeigt werden. Zu sehr war ihre (Nach-)Nutzung in jenen Tagen von einer Vielzahl situativer und lokaler Bedingungen abhängig, als dass hier direkte Zusammenhänge belegt und behauptet werden können. Sie sind aber auch nicht auszuschließen. Deutlich wird jedoch, dass es sich sowohl bei der Ausprägung als auch bei der Durchsetzung dieser Begriffe und Losungen im Herbst 1989 um ein sich gegenseitig beeinflussendes, ost-westdeutsches Beziehungsgeflecht sehr unterschiedlicher Akteure und Medien handelte, die man auf den ersten Blick nicht immer zusammenbringen würde.

^{f55} Vgl. Thomas Mayer, Der nicht aufgibt. Christoph Wonneberger – eine Biographie, Leipzig 2014, S. 104f.

^{f56} Vgl. B. Lindner (Anm. 1), S. 143f.

^{f57} Für entsprechende Hinweise ist der Autor dankbar.

Vor dem Aufbruch. 1988 als vergessenes Jahr

Dass Kaiser Franz Joseph seine Hühneraugen schmerzen, Alma Mahler das gemeinsame Kind mit Oskar Kokoschka abtreibt, Erzherzog

Alexander Kraus Franz Ferdinand, vom

Dr. des., geb. 1976; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schreiblabor Geschichte des Historischen Seminars der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Domplatz 20–22, 48143 Münster.
alexander.kraus@uni-muenster.de

Christoph Lorke

geb. 1984; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (s.o.).
christoph.lorke@uni-muenster.de

höfischen Leben ausgeschlossen, sich zum Spielen mit seiner Modelleisenbahn zurückzieht, Franz Kafkas Heiratsantrag an Felice Bauer zu einem Fiasco gerät, zwischen Sigmund Freud und Carl Gustav Jung ein Gelehrtenstreit par excellence ausbricht oder sich Robert Musil einmal vor seiner Frau schlafen legt und sodann zum liebenden Beobachter wird; ja wer, wann, wo, mit wem urlaubt oder gar

das Bett teilt, sich Drogen hingibt oder in Eifersucht vergräbt – all das macht für Florian Illies den „Sommer des Jahrhunderts“ aus.¹ „1913“ war der belletristische Coup des vergangenen Jahres. Mit seinem biografisch, persönlich-individuell angelegten Buch gelang Illies ganz offenbar eine Epochendiagnose der anderen Art. Um die Dynamik und Abruptheit, das zeitgenössische Sich-in-Sicherheit-Wiegen aufzuzeigen, entfaltete er in fast schon lapidarer Querschnitthaftigkeit die Ruhe vor dem Sturm, der im Sommer „danach“ jäh einsetzen sollte. Gerade die Unwissenheit ob des Kommenden, die Illies sichtbar macht, vermeintlich Wichtiges wie Unwichtiges aus dem Leben prominenter Zeitgenossen anekdotisch aneinanderreihend und im Stakkato vorgebracht, war es, die das Buch über das zuvor weitgehend unbeachtete Jahr zu einem Publikumerfolg avancieren ließ.

Jene Unwissenheit ist es, die 1913 mit 1988 verbindet. Beide stehen im Schatten der ihnen folgenden Jahre, die von Geschichtsschreibung sowie Erinnerungskultur wenig überraschend ungleich stärker beachtet werden. Die Ereignisse von 1989 bringen die des Jahres „vor dem Aufbruch“ fast zum Verschwinden, überlagern sie, färben sie ein. Denn kaum einmal werden sie nicht vom Ende her gedacht. Wer jedoch innehält, vermag Besonderheiten, Wechselwirkungen und Wirkmechanismen im deutsch-deutschen Kräftefeld auszumachen. An die Stelle eines Narrativs, das die DDR als hoffnungslose Alternative zur Bundesrepublik zeigt, tritt eines, das die relative Stabilisierung der Beziehungen beider deutscher Staaten betont.

Für eine solche Geschichtsschreibung reicht es allerdings kaum aus, allein das Who's who der kulturellen Avantgarde und der politischen Entscheidungsträger in den Blick zu nehmen. An ihre Seite müssten Alltagsphänomene treten, kleine Schlaglichter auf private Sorgen, Herausforderungen und individuelle Glücksmomente ebenso geworfen werden, wie Glanzpunkte gezeigt, die zwar in keinem Jahresrückblick fehlen, die Weltgeschichte indes kaum merklich veränderten. Das Jahr 1988 müsste, wie es der Literaturwissenschaftler Hans Ulrich Gumbrecht nach dem prognostizierten Verblenden der „großen Erzählungen“ für das Jahr 1926 erarbeitet hat, aus sich selbst heraus gedacht werden, als „unmittelbare und sinnlich spürbare Illusion“.² Diese Überlegungen sind auf das Engste mit den vielfältigen konzeptionellen Herausforderungen einer deutsch-deutschen Teilungsgeschichte verbunden, welche die Geschichtswissenschaften seit Jahrzehnten umtreiben.

Gemeinsames und Trennendes

1988 legte der Bielefelder Zeitgeschichtspräsident Christoph Kleßmann den zweiten Teil seiner deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte vor. Sechs Jahre nach seinem Werk

¹ Vgl. Florian Illies, 1913. Der Sommer des Jahrhunderts, Frankfurt/M. 2013⁹, Auszüge auch in: APuZ, (2013) 12, www.bpb.de/apuz/156345 (Anm. d. Red.).

² Hans Ulrich Gumbrecht, 1926. Ein Jahr am Rand der Zeit, Frankfurt/M. 2003, S. 8.

zur „doppelten Staatsgründung“,¹³ in dem er das erste Nachkriegsjahrzehnt in den Blick genommen hatte, wendete er sich nun den Jahren bis 1970 zu, beleuchtete innen- wie außenpolitische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen beider deutscher Staaten. Aufschlussreich für das bundesdeutsche Denken der Zweistaatlichkeit im Jahr 1988 ist das Vorwort des Buches, das in der Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung vom Direktorium der Behörde verfasst wurde: Kleßmanns Ausführungen ermöglichten dem Leser „besser (zu) begreifen, woher wir kommen, was wir sind und wie wir unsere gemeinsame Zukunft gestalten wollen“.¹⁴ Die Entwicklung eigener Identitäten, das Auseinanderdriften der beiden Staaten wurde ebenso akzentuiert, wie die künftige Ausgestaltung des Nebeneinanders. Doch diese „gemeinsame Zukunft“ stellten sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches wohl nur die kühnsten Träumer als eine wiedervereinigte vor. Mit der Teilung hatten sich die meisten Zeitgenossen hüben wie drüben abgefunden. Davon zeugt auch das ebenfalls 1988 veröffentlichte „Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit“, das auf über 800 Seiten Stichworte von A wie „Aberglaube“ bis Z wie „Zynismus“ versammelte und sich als „Ethnologie der Deutschen“ verstand. In dieser Fortsetzung des „Kulturpolitischen Wörterbuches“ von 1983 wurde in vergleichender Perspektive verfolgt, wie weit „die Unterschiede im Bewußtsein, im Selbstverständnis, in der Lebenswirklichkeit“ lagen, um der Frage nachzugehen, ob sich nach über vierzig Jahren deutscher Teilung bereits zwei deutsche Kulturen herausgebildet haben und wie es hier wie dort um die nationale Identität bestellt sei.¹⁵

Zementierung und Verstetigung der Trennung – so ließe sich der Eindruck zum deutsch-deutschen Verhältnis kurz vor der „Implosion“ der DDR im Herbst 1989 wohl am ehesten zusammenfassen. Schon der

¹³ Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung: Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1982.

¹⁴ Franklin Schultheiß et al., Vorwort, in: Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 9f., hier: S. 10.

¹⁵ Bernd Weyergraf, Vorwort, in: Wolfgang R. Langenbucher et al. (Hrsg.), *Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit*, Stuttgart 1988, S. 9.

Staatsbesuch Erich Honeckers 1987 in Bonn als symbolischer Höhepunkt der Zweistaatlichkeit,¹⁶ die Verständigung auf 18 innerdeutsche Städtepartnerschaften allein im Jahr 1988¹⁷ oder die im März getroffene Vereinbarung über einen Gebietsaustausch, um die durch den Bau der Berliner Mauer entstandenen Ex- und Enklaven zu beseitigen, wiesen doch neben einer weiteren Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen eher auf eine Stabilisierung des Status quo der Teilung hin, denn auf einen sich anbahnenden allumfassenden Wandel.¹⁸ Als Erich Honecker schließlich am 2. Dezember 1988 auf einer Tagung des Zentralkomitees der SED vehement die sowjetische Reformpolitik ablehnte und noch im Januar 1989 erklärte, die Mauer werde noch 50 oder 100 Jahre bestehen bleiben,¹⁹ wurde der Befund des Eingrichtet-Seins von politisch oberster Stelle nur noch weiter bekräftigt. Ein Ende des Systems erschien in jenem Jahr als undenkbar, galt die DDR doch neben der Volksrepublik Bulgarien als stabilster kommunistischer Staat. Ausrufe wie „Wahnsinn“ nur wenige Monate später – man schrieb den 9. November 1989 – drückten vor allem die Unfassbarkeit und Unverhofftheit der Ereignisse aus.¹⁰

Wie unter den größtenteils verblüfften Zeitgenossen stiftete das Eruptive von 1989 übrigens auch in der Geschichtswissenschaft allerhand Verwirrung, stellten die Ereignisse nicht nur unter den an langfristigen Prozes-

¹⁶ Vgl. Dierk Hoffmann, Honecker in Bonn. Deutsch-deutsche Spitzentreffen 1947–1990, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.), *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, Berlin 2008, S. 333–356.

¹⁷ Insgesamt gab es bis Ende 1988 über 40 deutsch-deutsche Städtepartnerschaften. Vgl. Gilbert Gornig, *Die innerdeutschen Städtepartnerschaften*, in: Mari Haendcke-Hoppe/Erika Lieser-Triebnigg (Hrsg.), *40 Jahre innerdeutsche Beziehungen*, Berlin 1990, S. 153–178, hier: S. 153.

¹⁸ Vgl. Peter Bender, *Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990*, Bonn 2008.

¹⁹ Vgl. Erich Honecker, *DDR leistet konstruktiven Beitrag zum Frieden*, in: *Neues Deutschland* vom 20.1.1989, S. 1.

¹⁰ Vgl. Zbigniew Brzezinski, *Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems*, Wien 1989; Karsten Timmer, *Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989*, Göttingen 2000; Sebastian Richter, *Norm und Eigensinn. Die Selbstlegitimation politischen Protests in der DDR 1985–1989*, Berlin 2007.

sen interessierten Sozialhistorikerinnen und -historikern „etwas professionell Irritierendes“ dar.¹¹ Schon bald nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung begab sich die Fachwissenschaft auf Erklärungssuche: Unter dem „Wortungetüm“ einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ sollten die Prozesse von Abgrenzung und Verflechtung im geteilten Deutschland akzentuiert werden, um das Neben-, Gegen- und Miteinander besser zu verstehen.¹² Trotz verschiedener Einwände gegen diese von Christoph Kleßmann 1993 formulierte und seitdem vielzitierte Zielformel war die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer solchen Versuchsanordnung zwar nicht in Detailfragen, aber doch im Grundsatz unumstritten.

Eine produktive Erweiterung erfuhren Kleßmanns Ideen ein gutes Jahrzehnt später durch Konrad H. Jarausch. Eine „chronologisch sensible und inhaltlich plurale Sequenzperspektive“ habe den Reiz, die ostdeutsche Teilgeschichte nicht *a priori* geringzuschätzen und gängige Großdeutungen zu reproduzieren, die der „Erfolgsgeschichte“ Bundesrepublik vereinfachend eine gescheiterte Gegenerzählung gegenüberstellt. Gerade systematische, inhaltlich klar definierte Teilkapitel könnten dabei helfen, fuhr der Potsdamer Zeithistoriker fort, insbesondere die 1980er Jahre nicht teleologisch zu deuten, sondern zunächst als offene Konstellation „zwischen endgültiger Verfestigung und schleichender Überwindung der Zweistaatlichkeit“.¹³ Zudem hat sich in der Zwischenzeit die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich bestimmte Untersuchungsfelder besser, andere weniger gut für einen systematischen

Vergleich zwischen Demokratie und Diktatur eignen: Sprach Hans Günter Hockerts noch von der Notwendigkeit, „integrierende Perspektiven und Synthesekerne“ zu definieren,¹⁴ so nannte der frühere Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin Horst Möller vor allem die Untersuchung gemeinsamer Wertvorstellungen und gesellschaftlicher Maxime als Gebiete, deren Vergleich sich lohne.¹⁵

Andere Historiker machten sozial-, kultur- und alltagsgeschichtliche Phänomene als potenziell ebenso fruchtbare Themen aus, wie die Wahrnehmungen des jeweiligen Gegenübers. Verzichte die Forschung dabei auf eine Überbetonung systemvergleichender politischer Faktoren, so Andreas Wirsching, ließe sich ein prinzipieller historiografischer Grundkonsens zusammenfassen. Dann gelänge es, „den gemeinsamen Erfahrungsraum (zu) vermessen“¹⁶ und eine ausgewogene, west- wie ostdeutsche Erinnerungsformen gleichermaßen berücksichtigende deutschdeutsche Teilungsgeschichte zu erzählen. Als Ergebnis der intellektuellen Auseinandersetzung mit der doppelten Nachkriegsgeschichte sind bis heute eine Reihe von Sammelbänden erschienen, die sich dem deutsch-deutschen Verhältnis aus unterschiedlichen Blickwinkeln zuwenden, dabei jedoch weniger die Ereignisse und Alltagsphänomene innerhalb beider deutscher Staaten im Jahr vor 1989 fokussieren, als vielmehr die „klassischen“ Zäsuren und langen Linien.¹⁷

¹¹ Jürgen Kocka, Überraschung und Erklärung. Was die Umbrüche von 1989/90 für die Gesellschaftsgeschichte bedeuten könnten, in: Manfred Hettling (Hrsg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte?, München 1991, S. 11–21, hier: S. 11.

¹² Vgl. Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung, in: APuZ, (1993) 29–30, S. 30–41; ders., Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte, in: APuZ, (2005) 18–19, S. 3–11; ders., Spaltung und Verflechtung, in: ders./Peter Lautzas (Hrsg.), Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Bonn 2006, S. 20–37, hier: S. 34.

¹³ Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen.“ Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen, 1 (2004) 1, S. 1–15, www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208146/default.aspx (2.5.2014).

¹⁴ Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. IX.

¹⁵ Horst Möller, Demokratie und Diktatur, in: APuZ, (2007) 3, S. 3–7; Wertvorstellungen betonend: Konrad H. Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004.

¹⁶ Andreas Wirsching, Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung, in: APuZ, (2007) 3, S. 13–18, hier: S. 18; ähnlich Hermann Wentker, Zwischen Abgrenzung und Verflechtung, in: APuZ, (2005) 1–2, S. 10–17; Thomas Großbölting, Geteilter Himmel: Wahrnehmungsgeschichte der Zweistaatlichkeit, in: APuZ, (2012) 1–3, S. 15–21.

¹⁷ Vgl. U. Wengst/H. Wentker (Anm. 6); Tobias Hochscherf et al. (Hrsg.), Divided, But Not Disconnected, New York–Oxford 2010; Detlev Brunner et al., Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013; Andreas H. Apelt et al. (Hrsg.), 2 × Deutschland, Halle 2013. Für 1988 vgl. Christoph Wunnicke, Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988, Berlin 2008, S. 26–29.

Vor dem „annus mirabilis“

Gerade weil 1988 ein oft übersehenes Jahr ist, es weder wie 1964 als Ausgangsjahr der „68er-Revolution“ charakterisiert werden kann,¹⁸ noch sich in ihm wie 1979 „zahlreiche Ereignisse von globaler Bedeutung“ verdichteten,¹⁹ es aber auch nicht „das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges“ war,²⁰ bietet es sich an, seine Ereignishaftigkeit einmal fernab langer Linien synchron und schnappschusshaft zu veranschaulichen – dies auch, um dabei bewusst die historiografisch und erinnerungskulturell etablierten und auf den Fluchtpunkt 1989 hinauslaufenden Narrative zu kontrastieren.

Die Beschreibungen jenes *annus mirabilis*²¹ sind oftmals sehr dicht, schließlich ist die nachträglich zugeschriebene, explosionsartige Geschwindigkeit der Entwicklungen retrospektiv ungleich besser nachvollziehbar. Allerdings suggeriert ein solches Erzählen nicht selten eine gewisse Zwangsläufigkeit der Entwicklungen.²² Keine Frage: Vieles spitzte sich tatsächlich erst 1989 zu – auch und gerade im internationalen Kontext. So wurde beispielsweise das Abschlussdokument der Wiener Folgekonferenz der KSZE im Januar verabschiedet, während das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Ungarns erste Lockerungen beschloss und im folgenden Monat die Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen begannen. In der DDR – und natürlich nicht nur dort – garte es jedoch bereits lange vor dem Herbst: Das Vertrauen in die reformunfähige, gerontokratische Führungsriege schwand – selbst in den Reihen der SED²³ – bei gleichzeitigem Anstieg der

Unzufriedenheit mit dem politischen System. Noch nie zuvor hatten so viele Menschen in der DDR einen Ausreiseantrag gestellt wie 1988 (113 000). Angesichts fehlender demokratischer Freiheiten, des steten Ausbaus des Überwachungssystems, der maroden Infrastruktur, der ökonomischen Misere und der anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten resignierte ein Großteil der Bevölkerung, zumal der eigene Lebensstandard entgegen aller Verheißungen deutlich hinter dem der Bundesrepublik zurückblieb. Die Entwicklungen in der Friedensbewegung lassen 1988 eine Verdichtung des gesellschaftlichen Unmutes erahnen.²⁴ Ab Februar 1988 tagte die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung unter dem Dach der Kirchen; im Juni forderte der Theologe Friedrich Schorlemmer auf dem Evangelischen Kirchentag in „20 Wittenberger Thesen“ eine grundlegende Demokratisierung der DDR. Im November wurde unter großem Protest die sowjetische Monatszeitschrift „Sputnik“ verboten, die der DDR-Führung zu systemkritisch war.²⁵ Doch waren dies aus Sicht des „gewöhnlichen“ Ostdeutschen bereits Menektekel für ein Ende des Regimes?

Auf der anderen Seite befand sich die Bundesrepublik im Jahr vor dem Mauerfall in einem „fundamentalen gesellschaftlich-kulturellen Veränderungsprozess“,²⁶ zu dem eine verstärkte Individualisierung, ein Wandel der Geschlechterverhältnisse und Freizeitmuster ebenso zu zählen sind, wie die Liberalisierung sexueller Normen, eine spürbare Internationalisierung, aber auch eine fortschreitende Massenmedialisierung und beginnende Digitalisierung. Zugleich erlebte Westdeutschland 1988 mit 3,4 Prozent sein größtes Wirtschaftswachstum seit 1979, ging das Kabinett Kohl III zwar zuversichtlich in sein zweites Jahr, doch standen auch weiterhin immense Herausforderungen auf dem tagespolitischen Tapet, die das Ende des „Booms“ politisch, sozial und ökonomisch hinterlassen hatte: Immer noch waren über zwei Milli-

¹⁸ Robert Lorenz/Franz Walter (Hrsg.), 1964? Das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld 2014.

¹⁹ Frank Bösch, Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: Zeithistorische Forschungen, 9 (2012) 1, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Boesch-1-2012 (2.5.2014).

²⁰ Georg Schild, 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges, Paderborn 2013.

²¹ So etwa Konrad H. Jarausch, Der Umbruch 1989/90, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 342–351, hier: S. 350.

²² Vgl. Klaus-Dietmar Henke, 1989, in: ders. (Hrsg.), Revolution und Wiedervereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 11–45.

²³ Vgl. Landolf Scherzer, Der Erste. Protokoll einer Begegnung, Rudolstadt 1988.

²⁴ Vgl. Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur, Bonn 1999², S. 297–303.

²⁵ Vgl. als Überblick: Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel: Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009²; Erhart Neubert, Unsere Revolution, München 2009²; Frank Joestel, Die DDR im Blick der Stasi 1988, Göttingen 2010.

²⁶ Andraes Rödder, Deutschland einig Vaterland, Bonn 2010, S. 32.

onen Menschen arbeitslos, was einer Quote von knapp unter neun Prozent entsprach, und die Ausgaben für Sozialhilfe erreichten mit gut 21 Milliarden DM einen neuen Höchststand. Angesichts dieser Problemlage schien die DDR insgesamt, „sofern nicht familiäre Bindungen bestanden, aus dem Gesichtskreis der Westdeutschen weitestgehend verschwunden“.²⁷ Aber war das tatsächlich so? Blenden wir dafür zurück ins Jahr 1988.²⁸

1988: Schlaglichter auf ein vergessenes Jahr

Im „Literarischen Quartett“, das am 25. März 1988 im ZDF erstmals auf Sendung geht, wird im ganzen Jahr lediglich ein Titel aus der DDR besprochen – Werner Mitzenzweiss „Das Leben des Bertolt Brecht“, das pünktlich zu Brechts 90. Geburtstag erscheint. Die Feier wird auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs begangen, ein Beleg mehr für die „ideelle Fortexistenz der Kulturnation“.²⁹ Das in diesem Jahr dennoch geringe westdeutsche Interesse an ostdeutschen Büchern mag auch an Marcel Reich-Ranickis grundsätzlicher Skepsis liegen, verlautbart er doch wenig später, er habe „an die Existenz einer DDR-Literatur (...) nie geglaubt“.³⁰ Sein Freund Siegfried Lenz hingegen, der auch in der DDR ein vielgelesener Autor ist, bekommt am 9. Oktober in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels auch deshalb verliehen, weil er in seinem literarischen Schaffen konsequent darum bemüht war, die „Trennungslinie“ zwischen beiden deutschen Staaten zu entschärfen.³¹ Einen Monat darauf bekundet dann auch Martin Walser, einer der erklärten Intimfeinde Reich-Ranickis, dass er sich mit dem geteilten Deutschland nie habe arrangieren können. Das gilt ganz offenbar für eine

²⁷ A. Wirsching (Anm. 16), S. 13.

²⁸ Die folgenden Ausführungen basieren auf den Ergebnissen unserer im Wintersemester 2013/14 an der Universität Münster abgehaltenen Übung „1988. Ein Jahr am Rande der Zeit“, deren Ergebnisse voraussichtlich in diesem Jahr in Buchform erscheinen werden.

²⁹ K. H. Jarausch (Anm. 13), S. 7

³⁰ Marcel Reich-Ranicki, Vorwort, in: ders., Ohne Rabatt. Über Literatur aus der DDR, Stuttgart 1991, S. 9–14, hier S. 9.

³¹ Vgl. Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Siegfried Lenz. Ansprachen aus Anlass der Verleihung, Frankfurt/M. 1988, S. 7.

Vielzahl von Leserinnen und Lesern im geteilten Deutschland, stoßen doch zwei Buchausstellungen auf ein reges Publikumsinteresse: So zum einen die im Oktober infolge gemeinsamer Anstrengungen des Leipziger Börsenvereins der Deutschen Buchhändler und des Frankfurter Börsenvereins des Deutschen Buchhandels in Ostberlin verwirklichte Schau „Bücher aus der Bundesrepublik Deutschland“, zum anderen die im Dezember durch den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine eröffnete Ausstellung „Leben, wie es im Buche steht – Bücher aus der DDR“ in Saarbrücken. So ganz verschwunden ist das gegenseitige Interesse offenbar nicht.

Dies zeigt sich auch auf dem Feld der Musik: Wie schon im Jahr zuvor, als Westberlin anlässlich der 750-Jahrfeier der Stadt zu Pfingsten ein Festival unter anderem mit David Bowie veranstaltete, bei dem auf der anderen Seite der Mauer dank der Windrichtung eine große Anzahl Musikbegeisterter bis zum Einschreiten der Volkspolizei seine Freude hatte, kommt es auch 1988 zu spektakulären Großkonzerten in West und Ost. Da im Ostteil der Stadt jene intern als Krautwandszenarien diskutierten Ereignisse aus dem Vorjahr noch in lebhafter Erinnerung sind, organisiert die FDJ gemeinsam mit dem westdeutschen Friedensbündnis „Künstler in Aktion“ kurzerhand eine Konkurrenzveranstaltung. Während also vor dem Reichstag beim „Berlin Open Air“ zunächst Pink Floyd (16. Juni) und drei Tage später Michael Jackson die Massen begeistern, rocken mit James Brown und Bryan Adams an den selben Tagen internationale Topstars auch im Osten Berlins. Katharina Witt, die im Februar 1988 bei den Olympischen Winterspielen in Calgary erneut Gold im Eiskunstlauf gewinnen konnte, wird als Moderatorin der Veranstaltung allerdings gnadenlos ausgepiffen.

Im Rahmen des 5. Berliner Rocksommers, der unter dem Motto „Nikaragua im Herzen“ veranstaltet wird, findet schließlich am 19. Juli das größte Open-Air-Konzert in der Geschichte der DDR statt: Der von den Ostmedien zum *working class hero* ernannte Bruce Springsteen zieht auf der Radrennbahn Berlin Weißensee mehr als 160 000 Zuschauerinnen und Zuschauer in seinen Bann – unzählige Musikfans verschaffen sich an den Ordnern vorbei Zugang zum Gelände.

Dass es so weit kommen kann, liegt auch an einem Richtungswechsel der Veranstaltungspolitik der DDR, die aus den Ereignissen aus dem Vorjahr die richtigen Lehren gezogen hat und nun versucht, sich die Rockbegeisterung zu Nutze zu machen. Die Rock-Musik vereint das geteilte Deutschland? Nicht nur diese, denn auch Bobby McFerrins Song „Don't Worry, Be Happy“ steht wochenlang an der Spitze der bundesdeutschen Hitparade und begeistert die Hörerinnen und Hörer östlich der Mauer gleichermaßen.

Auch andere mediale Phänomene vermögen die Massen hüben wie drüben mitzureißen. Der Film „Dirty Dancing“, der in beiden deutschen Staaten bereits im Oktober 1987 Premiere hatte, löst eine regelrechte Mambob-Epidemie aus und dominiert das Kinojahr 1988 hier wie dort. Überhaupt eröffnen gerade kulturelle Phänomene neue Gelegenheiten, sich einander anzunähern: Mit Lorient's „Ödipussi“ kommt es am 10. März zum ersten Mal in der deutsch-deutschen Kinogeschichte zu einer doppelten Uraufführung. Diese gerät zu einem medialen Spektakel, entfacht doch die slapstickartig vorgeführte Absurdität kleinbürgerlicher Borniertheit in Bundesrepublik wie DDR Heiterkeit: Fünfzehn Fernsehsender aus beiden Teilen Deutschlands berichten über den Film. Die west- wie ostdeutsche Presse feiert Vicco von Bülow – auch im Osten Deutschlands bereits eine Kultfigur – einen Tag später unisono als „Satire-Gentleman“ („Bild“), „Grandseigneur des deutschen Humors“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“), Mann „mit einer ganz besonderen Art von Witz“ („Neue Zeit“) oder „Humor-Multitalent“ („Berliner Zeitung“), der, wie das „Neue Deutschland“ festhält, auch den Bürgerinnen und Bürgern der DDR „seit Jahren nahesteht“. Er selbst erzählt zwei Tage vor der Premiere in einem Interview mit dem „Spiegel“, dass er eine gute Beziehung zu den Menschen in Ostdeutschland habe – es sei ja auch seine „Heimat, und die Menschen sind dieselben wie früher. Daß sie in einem anderen politischen System leben, das ist eine andere Frage.“^{F2} 1988 erlebt übrigens auch „Alf“ seine deutsche Fernsehpremiere. Die im ZDF ausgestrahlte US-Serie über den skurrilen Außerirdischen interessiert auch

zahlreiche Zuschauer aus der DDR und wird somit zu einem weiteren Beleg für einen audiovisuell zumindest partiell gemeinsam genutzten Erfahrungsraum.

Während der extraterrestrische Bruchpilot in den Wohnzimmern etwas für die deutsch-deutsche Verständigung tut, kommt auch die Politik in Bewegung: So legt die CDU im Februar 1988 jegliche Pläne zur Wiedervereinigung vorerst ad acta und beschließt stattdessen, die bestehenden Kontakte zur DDR zu vertiefen.^{F3} Die SPD-Bundestagsfraktion fordert auf ihrer Frühjahrstagung im April, Berlin künftig zu einer Hauptstadt des Dialogs zwischen West und Ost zu machen; derweil bereist Bundeskanzler Helmut Kohl einen Monat später als Privatmann drei Tage lang Gotha, Erfurt, Weimar, Dresden und Saalfeld, um sich ein Bild der dortigen Verhältnisse zu machen.^{F4}

Unabhängig von diesen persönlichen Erfahrungen wird im Jahr 1988 aber auch die gemeinsame Vergangenheit als geteilte Herausforderung wieder akut. So stellt die Proklamation des Staates Palästina am 15. November beide Teile Deutschlands vor erinnerungspolitische wie tagesaktuelle Herausforderungen, die zudem noch in die ideologische Konfrontation des Kalten Krieges eingebettet werden müssen. Während die DDR am 13. Dezember bei der Sitzung der UN-Generalversammlung für die Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas stimmt, enthält sich die Bundesrepublik. Einen derartigen Affront gegen Israel will sich die Bundesregierung nicht erlauben, erst recht nicht im 50. Jahr nach der „Reichspogromnacht“, an die in Ost und West mit Gedenkveranstaltungen, Buchvorstellungen, Lesungen und Ausstellungen erinnert wird. Hier wie dort geht es darum, der Weltgemeinschaft und dem Gegenüber einen verantwortungsvollen Umgang mit dem dunklen Erbe des Nationalsozialismus zu demonstrieren. Während also Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bereits Ende Januar eine Reise zur israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem unternimmt, erklärt der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker am 29. Mai die grundsätzliche Bereitschaft

^{F2} Der Faun und sein Wunschtraum. Interview mit Lorient, in: Der Spiegel, Nr. 10 vom 7.3.1988, S. 216–222, hier: S. 222.

^{F3} Vgl. CDU: Abschied von alten Einheits-Träumen, in: Der Spiegel, Nr. 7 vom 15.2.1988, S. 18–21.

^{F4} Vgl. C. Wunnicke (Anm. 17), S. 26–29.

der DDR, Entschädigungen für die zwischen 1933 und 1945 an Juden begangenen Verbrechen zu leisten – und signalisiert damit der internationalen Staatengemeinschaft, man könne ebenso verantwortungsvoll mit der eigenen Vergangenheit umgehen.

Am 6. Juli kommentiert das „Neue Deutschland“ auf der Titelseite zwar stolz eine Pressekonferenz vom Vortag, auf der unter anderem der geplante Wiederaufbau der Neuen Berliner Synagoge angekündigt wurde – dies zeige die Wahrung antifaschistischer Traditionen in humanistischer Weise –, doch wie fügt sich in dieses Bild die Meldung auf Seite vier derselben Ausgabe, welche die Strafen für fünf Jugendliche aufführt, die im März den jüdischen Friedhof in Berlin Prenzlauer Berg geschändet hatten?¹⁵ Noch im Februar bezifferte das Ministerium für Staatssicherheit die Zahl rechtsradikaler Skinheads in der DDR auf 800 – doch durften diese das Bild einer vergangenheitsbewussten Gesellschaft nicht stören. Auch in der Bundesrepublik ist Rechtsextremismus 1988 ein veritables Problem. Im Jahr zuvor überschritten allein die drei auflagenstärksten rechtsextremen Wochenzeitungen „Deutsche National-Zeitung“, „Deutscher Anzeiger“ und „Deutsche Wochenzeitung“ zusammen die Schwelle von 100 000 verkauften Exemplaren.¹⁶

Als am 8. November 1988 in Frankfurt am Main das Jüdische Museum im Rothschildpalast am Untermainkai eröffnet, tagt die DDR-Volkskammer in einer Sondersitzung. Geladen sind zahlreiche Gäste, darunter Repräsentantinnen und Repräsentanten jüdischer Organisationen aus dem In- und Ausland. Einen Tag darauf, als der Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR im Deutschen Theater an die Pogromnacht erinnert, hält Helmut Kohl – sein Auftritt ist aufgrund der Bitburg-Kontroverse von 1985 durchaus umstritten – bei einer Gedenkveranstaltung in der Frankfurter Westend-Synagoge eine Rede. Wiederum einen Tag später wird für die in der Pogromnacht geschändete und später zerstörte Neue Synagoge Berlin im Osten der Stadt der Grundstein für den Wiederauf-

bau gelegt; in der Bundesrepublik führt die rhetorisch verunglückte 45-Minuten-Ansprache des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger (CDU) im Rahmen einer Gedenkveranstaltung im Bundestag zum Eklat. Einen Tag später tritt er zurück.

Keine acht Wochen danach erheben die Menschen in West- und Ostdeutschland ihre Sektgläser zum Jahreswechsel 1988/1989 – Jenninger ist vermutlich kein Gesprächsthema mehr. Dass es nur geschlagene elf Monate später in West und Ost, vor allem aber auch gemeinsam wieder Grund zum Anstoßen geben wird, ahnen an jenem 1. Januar 1989 wohl die Wenigsten.

Gerade solch scheinbar belanglose Anekdoten sind es, die helfen können, deutsch-deutsche Verflechtungen und Kontraste zu konturieren, um „ein Maximum an Wechselbezügen in jeweils ganz unterschiedlichen thematischen Zusammenhängen“¹⁷ herzustellen und sich auf diesem Wege zumindest ausschnittshaft einer „Vergegenwärtigung der Welten“ (Hans Ulrich Gumbrecht) im Jahr vor der großen Epochenschwelle anzunähern. Eine derartige, teleologische Verlockungen widerstehende und hier nur kurz angerissene Zusammenschau der deutschen Doppelgeschichte vermag gerade „nach weniger offenkundigen, aber vielleicht hoch wirksamen Kräften deutsch-deutscher Vergemeinschaftung zu fahnden“,¹⁸ die 1988 virulent waren – einem versteckten, ja vernachlässigten Jahr am Rande der Zeit.

¹⁵ Vgl. Annette Leo, *Umgestoßen. Provokation auf dem jüdischen Friedhof in Berlin Prenzlauer Berg 1988*, Berlin 2005.

¹⁶ Vgl. Richard Stöss, *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, Berlin 2000³, S. 54.

¹⁷ C. Kleßmann (Anm. 3), S. 14.

¹⁸ A. Wirsching (Anm. 16), S. 15.

Call for Papers

CfP für die Deutschlandforschertagung:

Vom 30. Oktober bis 1. November 2014 veranstaltet die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb mit Kooperationspartnern in Weimar die Deutschlandforschertagung 2014 zum Thema

„Was bleibt von der Mauer? Deutsche und europäische Dimensionen“

Kernstück der Tagung ist der Austausch in drei thematischen Sektionen:

- I. Herrschaft und Widerstand gegen die Mauer
- II. Gesellschaft und Mauer, damals und heute
- III. Kultur und Sport im Schatten der Mauer

Für diese Sektionen sind insbesondere Nachwuchswissenschaftler(innen) und Doktorand(inn)en aufgefordert, ihre Forschungsergebnisse vorzustellen. Beitragsvorschläge sind bis zum 15. August 2014 möglich.

Den ausführlichen Call for Papers können Sie hier herunterladen:
www.bpb.de/185197

APuZ

Nächste Ausgabe

27/2014 · 30. Juni 2014

Widerstand

Christopher Daase

Was ist Widerstand?

Johannes Tuchel

Zeitgemäße Deutungen des 20. Juli 1944

Angelika Nußberger

Widerstand im NS – eine aktuelle Botschaft aus dem vergangenen Jahrhundert

Andrea Löw

Widerstand und Selbstbehauptung von Juden im NS

Jürgen Zimmerer

Widerstand gegen die deutsche Kolonialmacht: Aufstand der Herero

Christoph Marx

Von der Widerstandsbewegung zur Regierungspartei: Der ANC

Adam Krzemiński

Widerstand und Opposition gegen den Sowjetkommunismus



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Anne-Sophie Friedel (Volontärin)
Barbara Kamutzki
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
30. Mai 2014

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung **Das Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro. Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Postfach 501055
18155 Rostock
Fax.: (038204) 66273
bestellungen@shop.bpb.de
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg) werden mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in **Aus Politik und Zeitgeschichte** stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Aufbruch '89

APuZ 24–26/2014

- Angela Siebold*
3–9 **1989 – eine Zäsur von globaler Reichweite?**
Gemeinhin gilt die Zeit um 1989 als historisch relevanter Einschnitt, der Europa, eingerahmt von UdSSR und USA, grundlegend veränderte. Doch gibt es auch eine globale Relevanz der „Zäsur 1989“? Und wenn ja, wie nähert man sich ihr?
- Aron Buzogány*
10–15 **25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung**
Auf die friedlichen Revolutionen in Osteuropa folgte ein Aufbruch zu Demokratie, Marktwirtschaft und EU-Integration. Heute sind die Erfolge groß – doch auch die Enttäuschung und das Bedürfnis nach neuen politischen Narrativen.
- Stefan Troebst*
16–21 **Das andere 1989: Balkanische Antithesen**
Mit Repression und Vertreibung in Bulgarien, Verelendung und Dorfvernichtung in Rumänien sowie ethnopolitischen Konflikten in Jugoslawien gleicht das *annus mirabilis* 1989 in der Erinnerung vieler Südosteuropäer eher einem *annus horribilis*.
- Axel Schildt*
22–26 **Politischer Aufbruch auch im Westen Deutschlands?**
Freude und Aufregung herrschten angesichts des Mauerfalls auch im Westen Deutschlands. Doch die in Medien und Politik bemühte Aufbruchsrhetorik verpuffte in der Normalität einer Gesellschaft, die ihrer offenbar nicht bedurfte.
- Thomas Lindenberger*
27–32 **Ist die DDR ausgeforscht?**
Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick
Die DDR ist eines der am gründlichsten erforschten Themen der Weltgeschichte nach 1945. Interessant bleibt sie als Untersuchungsobjekt mit vergleichendem Blick auf postkommunistische Länder sowie auf den Westen Deutschlands und Europas.
- Bernd Lindner*
33–39 **Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche**
Die Ereignisse in der DDR von 1989/1990 sind heute fest mit Begriffen und Losungen wie „Friedliche Revolution“ verbunden. Doch wer hat wann und in welchem Kontext 1989 diese Wortmarken in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht?
- Alexander Kraus · Christoph Lorke*
40–46 **Vor dem Aufbruch. 1988 als vergessenes Jahr**
Vergessen scheint 1988 von Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur. Ein nicht teleologischer Blick auf im Verborgenen liegende Phänomene im geteilten Deutschland bietet ungewohnte Einsichten in die Zweistaatlichkeit kurz „vor dem Aufbruch“.